



Landtag von Baden-Württemberg

33. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 10. Mai 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 13:39 bis 14:41 Uhr

Schluss: 18:04 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	1759	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	1815
1. Aktuelle Debatte – Die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schützen – Arbeitszeit nicht beliebig ausweiten! – beantragt von der Fraktion der SPD.	1759	Minister Manfred Lucha	1816
Abg. Daniel Born SPD.	1759	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	1818
Abg. Alexander Schoch GRÜNE.	1761	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1819
Abg. Fabian Gramling CDU	1763, 1769	Beschluss	1820, 1828
Abg. Carola Wolle AfD	1765	4. Regierungsbefragung	
Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	1766, 1770	4.1 Situation der Geburtshilfe in Baden-Württemberg	1801
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut.	1767	Abg. Jutta Niemann GRÜNE	1801
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1771	Staatssekretärin Bärbl Mielich	1801, 1802, 1803, 1804, 1805
2. Aktuelle Debatte – Ein Jahr Grün-Schwarz, ein Jahr Stillstand in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP.	1771	Abg. Rainer Hinderer SPD	1801, 1802, 1804
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1771, 1791	Abg. Petra Krebs GRÜNE	1802, 1803
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	1774, 1794	Abg. Thomas Marwein GRÜNE	1802
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	1776, 1796	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1803
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD	1779, 1789	Abg. Andreas Kenner SPD	1804
Abg. Andreas Stoch SPD	1782, 1789	Abg. Beate Böhlen GRÜNE	1804
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	1783	Abg. Alexander Schoch GRÜNE	1805
Minister Thomas Strobl	1798	4.2 Stand der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg	1805
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Gewährleistung offener Kommunikation und Identifizierbarkeit – Drucksache 16/896		Abg. Sabine Wölfle SPD	1805
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/1944.	1810, 1828	Minister Manfred Lucha	1806, 1807
Abg. Thomas Poreski GRÜNE	1810	Abg. Andreas Kenner SPD	1807
Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU	1812	Abg. Rainer Hinderer SPD	1807
Abg. Dr. Christina Baum AfD	1813	4.3 Novellierung des Privatschulgesetzes	1807
Abg. Sascha Binder SPD	1814	Abg. Sylvia Felder CDU	1807
		Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	1808, 1809, 1810
		Abg. Norbert Beck CDU	1809
		Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	1809
		Abg. Dr. Stefan Füst-Blei SPD	1809
		Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	1809
		Abg. Sandra Boser GRÜNE	1810

<p>5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 16. Februar 2017 – Mögliche Folgen eines EU-Austritts des Vereinigten Königreichs für Baden-Württemberg – Drucksachen 16/1639, 16/1797. 1820</p> <p>Abg. Barbara Saebel GRÜNE 1820</p> <p>Abg. Joachim Kößler CDU 1821</p> <p>Abg. Dr. Heiner Merz AfD 1822</p> <p>Abg. Dr. Boris Weirauch SPD 1823</p> <p>Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP 1824</p> <p>Minister Guido Wolf 1825</p> <p>Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) 1827</p> <p>Beschluss 1828</p> <p>6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neutralität bei Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes – Drucksache 16/1954</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/1994. 1828</p> <p>Abg. Jürgen Filius GRÜNE 1828</p> <p>Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU 1829</p> <p>Abg. Rüdiger Klos AfD 1830</p> <p>Abg. Sascha Binder SPD 1831</p> <p>Abg. Nico Weinmann FDP/DVP 1832</p>	<p>Minister Guido Wolf 1832</p> <p>Abg. Rüdiger Klos AfD (persönliche Erklärung) . 1834</p> <p>Beschluss 1833</p> <p>7. Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg – Bestätigung der Vertreterinnen/Vertreter und der Ersatzmitglieder, die seitens des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg e. V. vorgeschlagen wurden, sowie Bestätigung des Vertreters der kommunalen Landesverbände 1835</p> <p>8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 25. April 2017 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksachen 16/1958, 16/1987. abgesetzt (1835)</p> <p>Nächste Sitzung 1835</p> <p>Anlage</p> <p>Vorschlag für die Neubesetzung der Vertreterinnen und Vertreter des VDSR-BW und des Vertreters der kommunalen Landesverbände im Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg 1836</p>
---	---

Protokoll

über die 33. Sitzung vom 10. Mai 2017

Beginn: 10:01 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, damit wir beginnen können. Das gilt auch für Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz. – Danke.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Guten Morgen, Frau Präsidentin! – Glocke der Präsidentin)

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 33. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich nur einige wenige Sätze zum gestrigen Europatag sagen.

Der gestrige Europatag erinnert uns an die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 9. Mai 1951. Dieser Tag markiert den Anfang des Weges zur Europäischen Union. Europa hat Brücken gebaut und das Zusammenleben der Völker gestärkt. Nie hat es eine so lange Phase des Friedens in Europa gegeben. Das nehmen wir heute so selbstverständlich hin. Die Kinder kennen es gar nicht mehr anders.

Zum Europatag fand am Montag hier im Plenum eine große Jugendveranstaltung des Landtags mit über 400 Jugendlichen statt. Die Jugendlichen diskutierten mit Abgeordneten des Landtags und des Europäischen Parlaments lebhaft über die Zukunft Europas. Für sie, die Jugendlichen, ist Europa Heimat. Das dürfen wir nicht gefährden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ein starkes Zeichen für Europa war am Sonntag die Wahl von Emmanuel Macron zum Staatspräsidenten in Frankreich. Seine Wahl ermutigt dazu, die deutsch-französische Zusammenarbeit zu stärken und das gegenseitige Verständnis zwischen den Menschen weiter zu vertiefen. Gerade unser Land mit seiner Grenze zum Elsass kann dazu auch auf der parlamentarischen Ebene einen wichtigen Beitrag leisten.

Vielen Dank.

Wir kommen nun zu den üblichen Bekanntgaben:

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Deuschle, Frau Abg. Erikli, Herr Abg. Dr. Fiechtner, Herr Abg. Hockenberger, Herr Abg. Kopp sowie Frau Abg. Lindlohr.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich bis zur Mittagspause Frau Staatssekretärin Schütz, von 10:30 Uhr bis 13 Uhr Herr Minister Hauk, von 11 Uhr bis 15 Uhr Herr Minister Hermann, von 12:45 Uhr bis 13:45 Uhr Frau Ministerin

Dr. Hoffmeister-Kraut, ab 14:45 Uhr Herr Minister Untersteller und ganztätig Frau Staatsrätin Erler.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schützen – Arbeitszeit nicht beliebig ausweiten! – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf wie immer die Mitglieder der Landesregierung darum bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten – was ja auch immer gelingt.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung hinweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abg. Born.

Abg. Daniel Born SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor rund zwei Wochen, am 24. April, erklärte Finanzminister Wolfgang Schäuble hier in Stuttgart in einem Festzelt, er wolle das Arbeitszeitgesetz lockern – eine Forderung, die von konservativer Seite nicht unbedingt nur bei Haxen und Bier gern erhoben wird.

Wie die grüne Seite da tickt, wissen wir bis zum heutigen Vormittag nicht ganz. Im Koalitionsvertrag jedenfalls steht zur Arbeitszeit 1 : 1 eine Formulierung aus dem CDU-Wahlprogramm. Das bedeutet – Möglichkeit 1 –: Die Grünen ticken da genauso wie die Schwarzen.

(Heiterkeit des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Oder Möglichkeit 2: Den Grünen ist es egal.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie ticken richtig im Gegensatz zu Ihnen!)

Die Tatsache, dass der Herr Ministerpräsident bei seiner Regierungserklärung die Gewerkschaften in unserem Land mit keinem Wort erwähnt hat, spricht für Möglichkeit 2.

Doch lassen Sie uns anschauen, wie sich die Sachlage bei der Arbeitszeit – die Wolfgang Schäuble so gern, nur mit der Be-

(Daniel Born)

grenzung auf ein Maximalmaß im Rahmen des Europarechts, hochpeitschen möchte – darstellt.

In der Landwirtschaft beispielsweise, in der unbestritten manche Arbeiten allein wetterbedingt nicht so leicht planbar sind, ist es schon jetzt möglich, durch Antrag vom Arbeitszeitrecht abzuweichen. Auch in der Gastronomie ist es möglich, dass Arbeitskräfte mehr als acht Stunden am Tag arbeiten und auch pro Woche erheblich mehr arbeiten, als es üblich ist. Wir reden hier über 60 Stunden in der Woche.

Das ist natürlich an Kriterien und an Voraussetzungen gebunden. Aber wer will das kritisieren? Wer 60 Stunden in der Woche Leute Bierkrüge schleppen oder in Küchen arbeiten lässt, der darf doch auch an Voraussetzungen und Kriterien gebunden sein.

(Beifall bei der SPD)

Wer will das ernsthaft kritisieren?

Es besteht ja immer die Möglichkeit, über Tarifverträge Regelungen zu finden, die den Situationen der Betriebe gerecht werden. Denn die Erfolgsgeschichte baden-württembergischer Unternehmen, kleiner wie großer, ist ja, dass Unternehmen, Beschäftigte und Gewerkschaften an einem Strang ziehen. Das gelingt verdammt oft, und darum sind die Unternehmen in Baden-Württemberg auch so erfolgreich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Sicher nicht wegen der SPD!)

Bei Gesprächen über die Arbeitszeit, gerade auch mit Konservativen, kommt oft das Beispiel, dass es eben ein bisschen länger warm und ein bisschen länger hell ist, und dann ist man doch so gern lange im Biergarten. Dabei geht es aber auch darum: Mit welcher Haltung und von welcher Warte aus mache ich meine Arbeitspolitik? Denke ich auch an die Kellnerin, die bereits seit einigen Stunden durch diesen Biergarten läuft und Krüge schleppt und die vielleicht nach zehn Stunden nicht mehr laufen kann, die nach den zehn Stunden Arbeit nach Hause kommt und am nächsten Morgen ihr Kind für die Schule oder für den Kindergarten richten muss und dann in ihren anderen Teilzeitjob muss – und die dann an der Grenze dessen ist, was man noch leisten kann?

Arbeitszeitregelungen sind auch Gesundheitsschutz. Sie spielen eine wichtige, eine zentrale Rolle im Gesundheitsschutz, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer andernfalls ihr Pensum nicht schaffen. Das breite Pensum, das das Leben von ihnen abverlangt, können sie so nicht schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man hiervor nicht die Augen verschließt, vor diesen Schicksalen, vor diesen Geschichten, vor diesen Erkenntnissen, dann heißt das doch nicht, dass man nicht begriffen hätte, dass sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch die Anforderungen an Arbeitszeit verändert haben. Die Vorstellungen von heute unterscheiden sich im Hinblick auf Ort, Zeit und Gestaltung der Arbeit erheblich von den Vorstellungen von vor zehn oder 20 Jahren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat heute einen anderen Stellenwert. Es gibt ein zunehmendes Bedürfnis, den individuellen Lebensrhythmus mit

der Erwerbsarbeit in Einklang zu bringen. Das kann der Wunsch des jungen Familienvaters sein, mehr Zeit mit seinen Kindern zu verbringen, das kann der Pflegefall in der Familie sein, oder das kann auch der schlichte Wunsch sein, in einer bestimmten Lebensphase mehr oder auch weniger zu arbeiten. Hier besteht aus Arbeitnehmersicht ein Bedürfnis nach Flexibilität.

Aber wenn wir ehrlich sind, stellen wir fest: Über flexible Arbeitszeiten wird häufig allein aus Arbeitgebersicht argumentiert und diskutiert. Flexibilität wird häufig gleichgesetzt mit Verfügbarkeit rund um die Uhr. Da sind noch Mails zu checken, da hat ein Handy in Betrieb zu bleiben, da ist am Wochenende noch zu schauen, ob man irgendetwas erledigen kann, was die Kollegen nicht erledigen konnten, vielleicht weil einer krank war, vielleicht weil etwas anderes war oder weil mehr Arbeit angefallen ist, weil man im Büro etwas nicht geschafft hat.

Auch deshalb hat Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles ihr Weißbuch „Arbeiten 4.0“ vorgelegt – eine Pflichtlektüre, so meinen wir, für jeden von uns, der sich mit Arbeit und Wirtschaft beschäftigt. In diesem Weißbuch werden Trends, gewandelte Werte, wichtige Handlungsfelder der zukünftigen Arbeitsgesellschaft skizziert mit der Möglichkeit, sich im öffentlichen Dialog mit Experten aus Betrieben, mit Beschäftigten, mit Betriebsräten, mit Personalräten, mit Geschäftsführern, mit Wissenschaftlern, auch mit Sozialverbänden, mit Sozialpartnern, mit Gewerkschaften, auch über soziale Medien, auch als Einzelner einzubringen mit den Erfahrungen, die man selbst gesammelt hat.

So soll auf Bundesebene ein Kompromiss zur Gestaltung der Arbeitszeitregelungen entwickelt werden, damit die Interessen der Arbeitnehmer ebenso stark gewichtet werden wie die Interessen der Unternehmen, damit beides Berücksichtigung finden kann, wenn wir sagen: Änderungen in der Arbeitszeit dürfen nicht am sozialen Kitt in unserem Land schleifen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Weißbuch sind Experimentierräume, Labore festgehalten. Die Tarifparteien sollen sich darauf einigen können, dass es zeitlich begrenzt möglich ist, neue Arbeitszeitmodelle zu erproben und zu experimentieren. Das Ganze wird wissenschaftlich insbesondere auch unter dem Aspekt des Gesundheitsschutzes begleitet und ausgewertet.

Wir begrüßen das in dieser Form, in dieser Seriosität und in dieser Schwerpunktsetzung auf den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Denn eine Veränderung der Arbeitszeitregelungen kann eben auch bedeuten, dass Arbeitszeit und Freizeit weniger planbar sind. Da geht es dann für viele Beschäftigte auch darum, die völlige Entgrenzung von Arbeit in die Freizeit hinein – und Freizeit ist ja nicht nur Vergnügen; Freizeit bedeutet auch, das, was man noch organisieren muss, was man außer Arbeit noch leisten muss, auf die Bahn zu bringen – zu verhindern.

Jeder Mensch hat das Recht auf Feierabend und auf Wochenende, auf Pause und auf Schicht im Schacht. Mittelfristig –

(Daniel Born)

das wissen wir aus vielen Untersuchungen und Studien – ist es für die Gesundheit und für die Produktivität sogar schädlich, wenn man nicht mehr abschalten und sich nicht regenerieren kann.

Wir sprechen hier von Zeitsouveränität. Die Frage, die sich hier stellt, lautet einfach: Wer verfügt wann über wessen Zeit? Nichts anderes steckt dahinter. Aus diesem Grund halten wir es für wichtig, dass die Erwerbstätigen mitbestimmen können. Die Weiterentwicklung der Mitbestimmung ist eines der zentralen Themen, wenn wir über die Flexibilisierung von Arbeitszeit reden.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Die Debatte über flexible Arbeitszeit muss auch die Forderung nach mehr Mitbestimmung umfassen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was schlägt die Bundesarbeitsministerin vor?)

Baden-Württemberg sollte Wirtschaftspolitik als eine Politik verstehen, die sich Innovationen öffnet, die aber auch die Stärke und das Selbstverständnis hat, Leitplanken zu setzen, als eine Politik, die die Haltung hat, Chancen zu erkennen, die aber Probleme und Sorgen nicht ignoriert, sondern erkennt, dass Leistungsfähigkeit, Personalentwicklung, Gesunderhaltung und Fachkräftegewinnung zusammen gedacht werden müssen.

Der beste Weg dafür ist das gemeinsame Gespräch: sich zu hören, sich austauschen. Bei einer Politik, die diesen Weg beschreitet und zugunsten eines gerechten, familienfreundlichen und nachhaltigen Arbeitsmarkts diese Mühe auf sich nimmt, ist der Arbeitsmarkt in guten Händen.

Bei einer Politik, die Autogipfel veranstaltet, ohne die Beschäftigten einzuladen, ist dieses Anliegen, ist dieser Arbeitsmarkt nicht in guten Händen. Wie Sie in den Regierungsfraktionen das machen, sieht man am Beispiel der Einladungs politik beim Autogipfel.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

So, wie Sie das machen, verdaddelt man das, was wir an sozialem Kitt, an sozialem Miteinander, an sozialer Marktwirtschaft und an Tarifpartnerschaft auf dem Arbeitsmarkt haben.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Zählen die Gewerkschaften nicht zu den Beschäftigten?)

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg, die mit ihrem Fleiß und ihrer Arbeit dieses Land jeden Tag ein bisschen besser machen, haben eine Regierungspolitik verdient, die ihre Rechte und ihre Gesundheit nicht verdaddelt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE er teile ich Herrn Abg. Schoch das Wort.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsi dentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen

und Herren! Es ist sehr schön, Herr Born, dass Sie sich über unsere Gefühlslage Gedanken machen.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich glaube, wir haben klare und deutliche Positionen zum Thema Arbeitszeit und natürlich auch zum Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Sie haben diese Aktuelle Debatte beantragt. Gemäß Ihren Ausführungen war interessanterweise der Cannstatter Wasen Hinter grund und Auslöser – eine sehr interessante Positionierung.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD – Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Ich denke, in der heutigen Aktuellen Debatte sollte es natür lich darum gehen, die Aktualität hervorzuheben. Eine solche Aktualität dieser Debatte sehe ich momentan nicht unbedingt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was?)

Momentan ist es so, dass das Weißbuch vorliegt,

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

das Weißbuch „Arbeiten 4.0“. In diesem Weißbuch werden die Auswirkungen der Arbeit dargelegt. Ich möchte nun ver suchen, das Thema so aufzunehmen, dass zum einen die ge sellschaftspolitische Bedeutung dieses Themas deutlich wird und zum anderen der betriebliche Aspekt aufgezeigt wird.

Die Arbeitszeit ist ein zentraler Bestandteil des Arbeitslebens mit direkten Auswirkungen auf das Privatleben der Beschäf tigten. Die Gestaltung der Arbeitszeit bestimmt zu großen Teil en, welche Zeit zur Erholung und für private Verpflichtungen zur Verfügung steht. Aufgrund der sich verändernden Anfor derungen in der Arbeitswelt steht auch die Regulation und Ge staltung der Arbeitszeit im Fokus politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Diskussionen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben in Deutschland ein Arbeitszeitgesetz, das auf der Grundlage der EU-Arbeits zeitrichtlinie entstanden ist und ein hohes Maß an Flexibilität bietet. Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Arbeitszeitmo dellen, die schon aktuell den Alltag in Betrieben in Baden-Württemberg und Deutschland prägen: Ganztags- und Teil zeitmodelle, auch Sabbatjahre, Kern-/Gleitzeitmodelle, Home office und Telearbeit. Die Arbeitswelt ist schon heute bunt und flexibel, und wir wollen, dass sie auch in der Zukunft bunt und flexibel ist; dafür werden wir uns einsetzen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Was heißt das jetzt ganz konkret?)

Mit dem geltenden Arbeitszeitgesetz haben wir einen guten Rahmen – hören Sie zu! –, aber wie bei allen Gesetzen ist es auch hier sinnvoll, dies in gewissen Zeitabständen zu über prüfen. Passen die Rahmenbedingungen des Gesetzes noch in die Arbeitswelt? Das geltende Arbeitszeitgesetz ist zum einen sehr flexibel und bietet viele Möglichkeiten für Sonderrege lungen und Ausnahmen bzw. tarifliche Öffnungsklauseln. Auch die der SPD angehörende Bundesarbeitsministerin hat dies deutlich gemacht. Es legt eine Wochenarbeitszeit von bis zu 48 Stunden fest, es ermöglicht die Verlängerung der tägli

(Alexander Schoch)

chen Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden und – über tarifvertragliche Regelungen – über zehn Stunden hinaus. Ich denke, das sind flexible Möglichkeiten, die hier geboten werden.

An diesen drei Punkten zeigt sich zum einen, dass dieses Gesetz flexibel ist, und zum anderen, dass überprüft werden muss, wo vielleicht entsprechende Veränderungen durchgeführt werden müssen. Die Durchführung solcher Veränderungen erfolgt natürlich vor dem Hintergrund dessen, was aktuell in der Arbeitswelt passiert.

In dem Arbeitszeitreport „Deutschland 2016“ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin wird deutlich gemacht, dass die durchschnittliche Arbeitszeit der Beschäftigten in Deutschland 43,5 Wochenstunden beträgt, obwohl durchschnittlich nur 38,6 Stunden vertraglich vereinbart sind. Darüber hinaus geht aus dem Bericht hervor, dass ein Drittel der Beschäftigten unentgeltlich Überstunden macht. Längere Arbeitszeiten und Überstunden – so heißt es in dem Bericht – gehen häufig auf Termin- oder Leistungsdruck zurück.

Mit zunehmender Länge der Arbeitszeit sinkt der Anteil der Beschäftigten mit einer ausgeglichenen Work-Life-Balance und steigt der Anteil der Beschäftigten mit gesundheitlichen Beschwerden. Hingegen haben jetzt schon etwa vier von zehn Beschäftigten nach eigener Aussage einen relativ hohen Anteil an der Gestaltung ihrer eigenen Arbeitszeit. 22 % der Beschäftigten sagen, dass ihr Arbeitsumfeld sich problematisch darstellt und sie manchmal auch unter dem Druck stehen, dienstliche Belange mit ins Private zu nehmen.

Das zeigt: Hier besteht Novellierungsbedarf. Dies ist auch in dem Weißbuch „Arbeiten 4.0“ zum Ausdruck gekommen.

Diese Aussagen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern machen doch deutlich, dass es eine schwierige Gratwanderung ist, einen Ausgleich zwischen höherer Flexibilität und einem Höchstmaß an Schutz zu schaffen. Hier sind gute tarifliche Regelungen, betriebliche Regelungen und betriebliche Übungen gefragt, die auch hohe Anforderungen an Personalabteilungen und Betriebsräte stellen. Die Gestaltung der Arbeitszeit stellt immer ein Auspendeln zwischen betrieblichen Interessen und dem Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer dar.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist festzustellen – das merken wir, wenn wir in die Betriebe gehen –, dass sich die Arbeitswelt durch die Digitalisierung verändert. Wir haben im grün-schwarzen Koalitionsvertrag festgeschrieben – ich darf zitieren –:

Die Digitalisierung wird Baden-Württemberg entscheidend prägen. Wir verstehen die Digitalisierung als Gestaltungsaufgabe, die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gleichermaßen fordert.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Dabei stellen wir die Chancen des digitalen Wandels in den Vordergrund, ohne die Risiken auszublenden. ... Digitalisierung soll zum Innovations- und Nachhaltigkeitsmotor werden.

Wenn das nicht eine klare Aussage bezüglich unseres Verantwortungsbewusstseins, auch gegenüber den Unternehmern, ist, was dann, meine Damen und Herren?

Weiter heißt es – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber zum Thema „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ und zu Ihrer Position haben Sie bislang nichts gesagt! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das hat er doch zehn Minuten ausgeführt!)

– Das habe ich doch gerade deutlich gesagt. Sie müssen nur einmal vernünftig zuhören. Ich habe mich auf die Position der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin bezogen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Außer wachweichen Formulierungen habe ich gar nichts gehört! – Gegenruf: Kein Dialog! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt hier keinen Dialog. Zwischenrufe sind möglich. Wenn Sie, Herr Abg. Gall, eine Zwischenfrage haben, können Sie sich gern melden. Ansonsten hat Herr Abg. Schoch das Wort.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Weiter heißt es im Koalitionsvertrag:

Wir stehen dafür, dass den Wünschen der Beschäftigten nach mehr Arbeitszeitsouveränität und den Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber Rechnung getragen und vorhandene Hürden abgebaut werden. Wir befürworten passgenaue Arbeitszeitregelungen, ... Dabei haben Lösungen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene für uns Vorrang vor gesetzlichen Regelungen.

So steht es im Koalitionsvertrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Sie sehen, meine Damen und Herren von der SPD: Wir sind nahe an der Praxis.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Sascha Binder SPD)

Wir sind an den Menschen in den Betrieben und bei den Sozialpartnern, die für uns in erster Linie diejenigen sind, die Lösungen finden müssen, und die für unsere Fraktion die kompetenten Ansprechpartner sind.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir sprechen mit den Sozialpartnern.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie sehen die Lösungen denn aus?)

Das haben Sie schon gemerkt, und das haben wir momentan auch in Gesprächen zum Autogipfel noch einmal deutlich gemacht.

Wir unterstützen die Sozialpartner.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die sind doch gar nicht dabei! Sie haben sie doch nicht einmal eingeladen!)

Wir engagieren uns dort, wo wir Einfluss nehmen können, und wir stehen in der Pflicht, die Digitalisierung der Landesverwaltung vorbildlich umzusetzen.

(Alexander Schoch)

Aber was will uns die SPD mit dieser Aktuellen Debatte eigentlich mitteilen? Eine Botschaft aus Baden-Württemberg mit der Bitte an Frau Nahles, das Arbeitszeitrecht nicht zu ändern, oder was soll diese Aktuelle Debatte?

(Zurufe der Abg. Rüdiger Klos AfD und Reinhold Gall SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meines Wissens hat die Bundesregierung bisher keine Gesetzesvorhaben zur Umsetzung der Vorschläge zur Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen aus dem Weißbuch „Arbeiten 4.0“ eingebracht. Zur Verdeutlichung: Im Weißbuch heißt es zum Thema Arbeitszeit:

Grundlegend ist der auch gesetzlich verankerte Schutz vor Entgrenzung und Überforderung. Hinzu kommt das wachsende Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Zeitsouveränität.

In dieser Aussage sehe ich doch keine Tendenzen zur Ausweitung der Arbeitszeit. Vielmehr haben wir genau das auch in unserem Koalitionsvertrag deutlich gemacht.

Weiter heißt es in dem Weißbuch:

Immer wichtiger werden ausgehandelte Arbeitszeitmodelle und Flexibilitätskompromisse.

– Das haben Sie, Herr Born, gerade auch noch einmal verdeutlicht. Da sind wir zusammen.

Die Gestaltung der Arbeitszeit ist nicht zu trennen von betrieblichen Personalkonzepten, den Kriterien der Leistungsbewertung und Führungskulturen.

Auch im Weißbuch wird auf die Gestaltungskraft der Sozialpartner verwiesen, wo wir einen ganz besonderen Stellenwert sehen.

Dies bestätigt die Haltung der grünen Landtagsfraktion, die sich auch, wie bereits dargelegt, im Koalitionsvertrag widerspiegelt.

Wenn die Bundesregierung nun ankündigt, ein Gesetz zur Umsetzung der Vorschläge zur Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen aus dem Weißbuch „Arbeiten 4.0“ einzubringen, dann heißt das für uns: Im Rahmen dieses Gesetzesvorhabens wird ebenso wie die Landesregierung auch der Landtag Gelegenheit haben, seine Vorstellungen zur Arbeitszeitflexibilisierung einzubringen. Das werden wir natürlich auch kompetent machen.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Schoch.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Ich denke, das ist dann der richtige Weg, um dieses wichtige und weitreichende Thema auch nachhaltig zu behandeln. Die Debatte sollte dann auch zu diesem Zeitpunkt geführt werden.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schoch, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Ich komme zum Schluss. – Für uns Grüne ist selbstverständlich, dass wir nicht über die Ausweitung der Arbeitszeit sprechen, sondern über Flexibili-

tät, Work-Life-Balance, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gesundheitsschutz und Arbeitsintensität. Dies entspricht auch unserer im grün-schwarzen Koalitionsvertrag ausgeführten Position zur nachhaltigen ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schoch, Sie müssen wirklich zum Schluss kommen!

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: ... Stärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gramling das Wort.

Abg. Fabian Gramling CDU: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Angst, dass neue Technologien Arbeitsplätze vernichten, die Gesellschaft umkrepeln und sich nur zum Vorteil einiger weniger auswirken können, ist nicht neu. Bereits vor zwei Jahrhunderten, als sich die Industrialisierung in Großbritannien durchsetzte, wurde insbesondere in Liverpool und Manchester kontrovers die sogenannte Maschinenfrage diskutiert. Damals hatten viele Menschen Angst um ihre Zukunft, weil die Dampfmaschine ihre Arbeitsplätze in den Produktionshallen überflüssig machte.

Heute stehen wir wie damals vor einem Umbruch in der Arbeitswelt. Es geht um die Fragen, wie wir arbeiten, was wir arbeiten und wo wir arbeiten. Das ist ein schleichender Prozess, und dieser Prozess hat in den letzten Monaten und Jahren kontinuierlich Fahrt aufgenommen.

Lassen Sie uns aber einmal anschauen, wie der Arbeitsalltag bei vielen Menschen hier im Land heute aussieht. Bereits heute sind Mitarbeiter nicht mehr per se an ihren Schreibtisch im Büro gebunden. Sie können ihre Aufgabe dank digitaler Endgeräte von überall aus erledigen, ob im Rahmen von Homeoffice am heimischen Esstisch oder im Café nebenan. Man kann infolge flexibler Arbeitszeitmodelle z. B. nachmittags das Büro früher verlassen, kann sein Kind von der Schule oder von der Kita abholen und sich am Abend noch einmal an den Laptop setzen. Gerade diese Flexibilität hat selbst Bundesarbeitsministerin Nahles in einem FAZ-Interview vom 27. Februar dieses Jahres ausdrücklich begrüßt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Vom digitalen Nomaden, der seine Arbeit von Urlaubsdestinationen weltweit aus verrichten kann, möchte ich hier gar nicht sprechen, ebenso wenig vom Crowdfunder, der gezielt ein Projekt von einem Unternehmen annimmt und ausführt. Natürlich kann man diese Arbeitsformen verteufeln, liebe SPD; verhindern wird man sie im weltweiten Cluster damit aber mit Sicherheit nicht.

Was ich mit diesem Beispiel skizzieren wollte, ist: So individuell und so vielfältig, wie die Menschen in unserem Land sind, genauso individuell werden in Zukunft auch die Arbeitszeitmodelle aussehen.

(Fabian Gramling)

Wie innovativ und flexibel ein Arbeitgeber gemeinsam mit seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf die Herausforderung des digitalen Wandels reagieren kann, zeigt der schwäbische Mittelständler Trumpf aus Ditzingen. Dort wurde im Herbst 2016 von der Wochen- auf die Jahresarbeitszeit umgestellt. Je nach Auftragslage und Kapazitätsauslastung kann der Mitarbeiter mit der Führungskraft selbst vereinbaren, wie viel Zeit aktuell gearbeitet werden soll. Diese flexible Lösung wurde übrigens gemeinsam mit der IG Metall vereinbart. Von einer Regelung auf dem Rücken der Arbeitnehmer kann daher keine Rede sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Doch beim Thema „Flexible Arbeitszeiten“ scheint bei dem einen oder anderen Sozialdemokraten, wie wir heute schon erleben durften, ein automatischer Empörungsreflex einzutreten.

(Lachen bei der AfD)

Der Titel der Aktuellen Debatte suggeriert auf jeden Fall, dass man in Deutschland die Arbeitszeit, wenn die SPD nicht so gut aufpassen würde, beliebig ausweiten könnte.

(Abg. Sabine Wölfe SPD: Gut erkannt! – Zuruf von der SPD: Ja, so ist es!)

In diesem Zusammenhang wird auch der europarechtlich zulässige Rahmen von 48 Wochenstunden gern kritisiert, auch von meinem Vorredner der SPD-Fraktion. Da möchte ich daran erinnern, dass wir uns zumindest in breiten Teilen dieses Hauses in den letzten Wochen und Monaten immer wieder darauf besonnen haben, positiv über Europa zu reden. Deswegen ist es mir wichtig, nicht nur diese 48 Wochenarbeitsstunden herauszugreifen, sondern dann fairerweise auch zu ergänzen, dass in dieser EU-Richtlinie auch steht, dass eine tägliche Ruhezeit von mindestens elf zusammenhängenden Stunden verpflichtend ist. Das gilt es dann auch zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer den digitalen Wandel der Arbeitswelt gestalten will, der braucht Mut, und er braucht innovative Konzepte. Die digitale Transformation und der weltweite Wettbewerb stellen die Unternehmen in unserem Land vor große Herausforderungen, welche sich mit weiteren bürokratischen Pflichten und einem engeren regulatorischen Korsett nicht bewältigen lassen. Es ist Aufgabe der Politik, auf die sich ändernden Rahmenbedingungen die passenden Antworten zu finden.

Ich begrüße daher ausdrücklich die Positionierung unserer Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, tarifliche Öffnungsklauseln bzw. bei nicht tarifgebundenen Unternehmen mehr Flexibilität durch Betriebsvereinbarungen zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Vor einer Woche hat unsere Wirtschaftsministerin die Initiative Wirtschaft 4.0 gestartet. Denn insbesondere für das Innovationsland Baden-Württemberg bringt diese Entwicklung große Chancen mit sich. Bereits heute können ganze Produk-

tionsabläufe in der Fertigung mit intelligenten Programmen gesteuert werden. Für die Arbeitswelt bedeutet dies die Schaffung neuer, attraktiver Arbeitsplätze, welche durch flexible Arbeitszeitkonten und neue, lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle zu mehr Innovation und Produktivität sowie Lebensqualität führen können.

Die Digitalisierung kann aber nur erfolgreich sein und damit dafür sorgen, dass auch die nachfolgenden Generationen noch in Wohlstand leben können, wenn wir auf „Wirtschaft 4.0“ nicht mit „Arbeitsrecht 1.0“ antworten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir, die CDU-Landtagsfraktion, werden daher in den kommenden Monaten das Thema „Arbeit 4.0“ als eines der Schwerpunktthemen bearbeiten –

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja! Sehr gut!)

die Themen lauten: Flexibilisierung, das Miteinander von Mensch und Maschine sowie Weiterbildung.

Ausdrücklich möchte ich auch noch darauf hinweisen, dass die CDU-Landtagsfraktion den Vorstoß von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble unterstützt, das Arbeitszeitgesetz – jetzt höre man gut zu – insbesondere für die Gastronomen zu flexibilisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Ja! Genauso haben wir es uns gedacht! – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Denn wenn Herr Born von der SPD bei den Ausführungen des Finanzministers richtig aufgepasst hätte, hätte er mitbekommen, dass ausdrücklich nicht von einer Verlängerung die Rede war. Sie scheinen in der Rhetorik der Achtzigerjahre hängen geblieben zu sein. Ich bin mal gespannt, wo das Schulzüglein am Ende des Tages stehen bleiben wird.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD – Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, um hier und heute zielgerichtet über die Gestaltung der Arbeitszeit von morgen zu diskutieren, wäre eines sehr hilfreich gewesen: ein entsprechendes Bundesgesetz. Dies ist zwar seit Wochen von der Ministerin mit einem roten Parteibuch angekündigt, aber es scheint so, als ob man statt inhaltlicher Debatten lieber mit den Zukunftssorgen der Menschen Wahlkampf machen möchte.

(Zuruf von der FDP/DVP: Hört, hört!)

Abschließend kann ich an die Adresse der SPD nur sagen: Die Flexibilisierung der Arbeitszeit scheint mir für Sie das zu sein, was die Schwerkraft für so manchen Physiker ist: Man blendet sie bei seinen Überlegungen gern aus; man ignoriert die möglichen Folgen. Aber bei einer Sache können Sie sich sicher sein: So real die Schwerkraft ist, so sicher und notwendig wird auch die Flexibilisierung der Arbeitswelt sein.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Da freuen sich die Arbeitnehmer!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Wolle das Wort.

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kollegen! Mit einer gewissen Verwunderung habe ich zur Kenntnis genommen, dass die SPD heute ein Thema zur Aktuellen Debatte angemeldet hat, welches in die Kompetenz des Bundes und nicht in die des Landes Baden-Württemberg fällt. Aber die Erklärung ist natürlich da: Eine Aussage aufgrund einer Bierzeltraune von Herrn Schäuble führte dazu, dass Sie das Thema heute aktuell ansprechen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Merken Sie eigentlich nicht, dass es eine Aktuelle Debatte ist? – Gegenruf von der AfD: Zur Bundestagswahl!)

Wird sonst nicht immer der AfD vorgeworfen, dass wir solche Themen aufgreifen? Und Sie sagen immer, wir hätten keine Ahnung. Wie populistisch ist das denn von Ihnen? Aber natürlich sind Bundesthemen immer mit der Landespolitik verzahnt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Na also! – Zuruf von der SPD: Ja, doch!)

Deswegen finden wir es sehr interessant und sehr wichtig, das Thema heute zu besprechen.

Die Digitalisierung wird die Arbeitsprozesse und den Lebensalltag der Arbeitnehmer schon in naher Zukunft tiefgreifend verändern. Schon jetzt ist es für viele Beschäftigte nicht mehr zwingend notwendig, täglich zur Arbeit zu fahren. Homeoffice spart nicht nur Fahrzeit, sondern ermöglicht den Mitarbeitern eine Flexibilisierung ihrer Zeiteinteilung und eröffnet neue Spielräume – auch im privaten Bereich.

Dem stehen allerdings oft unklare Arbeitszeiten, die Tendenz zu andauernder Erreichbarkeit und ein Verlust des sozialen Arbeitsumfelds entgegen. Dennoch haben immer mehr Arbeitnehmer, auch wenn Sie das nicht so haben wollen, den Wunsch nach einer weiteren Flexibilisierung ihrer Arbeitszeit.

Vonseiten der Arbeitgeber kommt die Forderung nach Flexibilisierung der Arbeitszeiten ebenso. Denn in einer globalisierten und digitalisierten Arbeitswelt hemmen starre Arbeitszeiten zunehmend die Innovationsfähigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen.

Den sich wandelnden Anforderungen und Wünschen der Arbeitnehmer und der Unternehmen muss die Politik Rechnung tragen und diese entsprechend durch ihre Gesetzgebung begleiten. Dabei ist der Flexibilisierungsbedarf der Unternehmen ebenso zu berücksichtigen wie die Aufrechterhaltung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes der Arbeitnehmer und deren Wunsch nach Zeitsouveränität.

Auf Unternehmensseite besteht insbesondere der Wunsch nach Öffnung der Höchstarbeitszeit von maximal zehn Stunden und der Ruhezeit von minimal elf Stunden. Die geltende Rechtsprechung lässt zwar viele Ausnahmen in der Gestaltung der Arbeitszeit zu; diese sind aber oft mit erheblichem bürokratischen Aufwand verbunden.

Die Gewerkschaften – man höre – verschließen sich nicht grundsätzlich einer Arbeitszeitflexibilisierung, weisen aber in

diesem Zusammenhang auf notwendige Rechte der Arbeitnehmer hin, nämlich das Recht der Nichterreichbarkeit und das Recht auf die Einhaltung der vereinbarten Lage der Arbeitszeit. Begründet wird dies richtigerweise mit dem Schutz vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die Entgrenzung der Arbeit und die Überforderung der Beschäftigten. Denn die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit werden in einer digitalisierten und globalisierten Arbeitswelt nicht mehr in dem Umfang gezogen werden können wie bisher.

Nach dem Arbeitszeitreport „Deutschland 2016“ entscheiden die Rahmenbedingungen für die Arbeitszeitflexibilisierung darüber, wie sich diese auf die Gesundheit und Zufriedenheit der Arbeitnehmer auswirkt. Je größer die Zeit- und Ortssouveränität, desto förderlicher wirkt sich dies auf die Gesundheit und Zufriedenheit der Arbeitnehmer aus.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die Arbeitszeitregelungen den neuen Erfordernissen der Arbeitswelt grundsätzlich anzupassen. Hierbei muss jedoch besonderer Wert darauf gelegt werden, dass die Auswirkungen von Neuregelungen nicht einseitig den Arbeitnehmern aufgebürdet werden. Darüber hinaus muss beachtet werden, dass bürokratische Hürden, z. B. für die Genehmigung von Ausnahmesituationen, insbesondere für KMUs dringend abgebaut werden müssen. Gut gemeinte Regelungen, die den Unternehmen oder den Arbeitnehmern zum Nachteil gereichen, müssen überprüft und dürfen nicht weiter einfach übernommen werden.

Als Beispiel möchte ich hier die Pausenregelung anführen. Hier muss überprüft werden, ob diese Regelung wirklich dem Schutz der Arbeitnehmer dient oder ob sie dem Arbeitnehmer nicht eher zum Nachteil gereicht. So werden Pausenzeiten oft in vollem Umfang pauschal von der Anwesenheitszeit abgezogen, ob der Arbeitnehmer die Pause nun genommen hat oder nicht. – Ob das in Ihrem Interesse ist, das frage ich mich.

Tarifliche und betriebliche Vereinbarungen scheinen am besten geeignet zu sein, um gesetzliche Regelungen im betrieblichen Alltag umzusetzen. Nach dem Vorschlag des Deutschen Juristinnenbunds könnten individuelle Ansprüche der Arbeitnehmer durch ein sogenanntes Wahlarbeitszeitgesetz gestärkt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der FDP/
DVP)

Der Prozess, der mit dem Weißbuch „Arbeiten 4.0“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales angestoßen wurde, hat dabei durch die Beteiligung einer Vielzahl von Akteuren schon einige Erkenntnisse gebracht.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Die notwendige Anpassung der gesetzlichen Regelungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit muss aus unserer Sicht behutsam und kontrolliert erfolgen. Die im Weißbuch angeführte zweijährige Befristung und Begrenzung auf sogenannte Experimentierräume halten wir daher für sinnvoll. In diesem Rahmen können die Sinnhaftigkeit einer Gesetzesänderung und die Auswirkungen auf Beschäftigte und Unternehmen evaluiert werden. Denn die Arbeitszeitflexibilisierung darf nicht einseitig zulasten der Arbeitnehmer gehen, und sie muss

(Carola Wolle)

überdies den Unternehmen zu einer Entbürokratisierung verhelfen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schweickert.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schoch, man kann es der SPD nicht zum Vorwurf machen, dass sie dieses Thema heute zum Gegenstand einer Aktuellen Debatte gemacht hat. Schließlich hat sich Herr Schäuble, wie bereits gesagt wurde, entsprechend geäußert. Was man sich überlegen kann, ist, ob der Titel angemessen gewählt wurde. Da zeigt sich, dass sich die SPD offenbar Sorgen macht. Ich frage mich, um wen man sich denn da sorgt. Sind es die Gewerkschaften und deren Rückhalt? Oder sorgt man sich vielleicht um Herrn Ministerpräsident Kretschmann und seinen Schlaf? Er hat ja gegenüber der dpa in einem Interview gesagt, er habe zu wenig davon.

Jetzt ist die Frage: Müssen wir uns um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgen? Denn, lieber Herr Kollege Stoch, wir Politiker gehen bei diesem Thema nicht mit gutem Vorbild voran. Ich war gestern Abend auch auf der Gründerpreis-Veranstaltung, wie viele andere Kolleginnen und Kollegen auch, und heute Morgen hatten wir schon wieder die ersten Termine. Also, uns geht es da ein wenig wie dem Selbstständigen: Bei ihm macht es nichts, wenn er sich richtig reinhängt; da wird nichts geregelt. Deshalb muss man bei diesem Thema etwas vorsichtig sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Man sollte auch einmal überlegen, warum dieses Thema eigentlich aktuell ist. Der Grund sind die Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit dem Mindestlohn. Früher war es genauso, dass die Menschen mehr gearbeitet haben und man, wenn die Hochzeitsfeier in der Gaststätte länger dauerte, geblieben ist. Nur hat es niemand kontrolliert. Seit wir den Mindestlohn und die Dokumentationspflicht haben, wird nun alles kontrolliert, und spätestens wenn der Zoll die Bäckerei oder die Gastronomie stürmt, kommt es heraus, und dann haben wir ein Problem.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Deshalb ist es eben nicht, wie Herr Kollege Gramling sagte, 4.0-tauglich, sondern nicht einmal 1.0-tauglich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Sie haben jetzt viele Aspekte dazu gehört,

(Zuruf von den Grünen: Gute!)

warum man es flexibilisieren sollte und dass es gut für die Unternehmen ist. Sie haben von der SPD gehört, dass auf der anderen Seite auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vielleicht Gefahren ausgesetzt wären. Ich frage mich aber:

Warum wird eigentlich so wenig darüber gesprochen, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam von dieser Flexibilisierung profitieren können? Das sind keine Gegenpole, wie es hier dargestellt wird. Die Interessen beider Seiten schließen sich hierbei nicht gegenseitig aus, und wir sollten uns überlegen, wie wir dies gemeinsam vereinbaren können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf von der FDP/DVP: Gut!)

Da Sie bei den Wasen-Äußerungen waren: Ich habe gerade noch einmal nachgeschaut; es wurde ja zitiert, was dort vom Kollegen Schäuble von der Bundesebene gesagt worden ist. DEHOGA-Landeschef Engelhardt sagte:

Niemand soll in der Summe länger arbeiten – aber wir brauchen mehr Flexibilität.

Wer will denn dagegen sein?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Das gilt auch für den Beamtenbund. Bei ihm geht es weniger um das Thema „Ich will den Kunden bedienen“, sondern um Familienzeiten. Es geht um Flexibilisierung und die Frage, wie man damit umgeht. Auch dort besteht der Wunsch, die Arbeitszeit flexibel anzupassen. Diese Liste würde sich unendlich fortsetzen lassen.

Auch ist die jetzige Regelung – das ist auch bei den Vorrednern zum Ausdruck gekommen – eben nicht praxisgerecht. Wir kennen doch alle die Gaststätte, die ihre Öffnungszeiten reduziert und mehr Ruhetage einschieben muss, um mit der Mannschaft die gesetzlichen Vorgaben einhalten zu können.

Zu den Landwirten. Herr Minister Hauk – er ist gerade nicht da – hat es im Plenum ebenfalls zu Recht schon angeprangert: Warum erlauben wir den Landwirten – hier geht es auch um Qualitätssicherungsgründe – nicht, frühmorgens zu ernten, wenn es kühl ist, und dann wieder abends, sondern lassen sie es in der Mittagszeit machen? Aber dazu muss man das Arbeitszeitgesetz ändern. Ebendiese Flexibilität brauchen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der FDP/DVP: Jawohl!)

Herr Kollege Born, Sie haben die Ausnahmeregelungen der Tarifverträge angesprochen. Wenn man nur die Summe betrachtet, kann man vielleicht noch sagen: Okay, das ist richtig. Aber mit der Flexibilisierung der Höchstarbeitszeit haben wir nun einmal ein Problem, und wer die Wetterkapriolen kennt – Ich will dem Landwirt nicht sagen: Jetzt ist nach zehn oder elf Stunden Schluss. Da muss halt mal an einem Tag etwas mehr gearbeitet werden, dafür ist dann die nächste Woche frei, weil man da gar nicht ernten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das ist die Flexibilisierung, die wir brauchen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir brauchen sie nicht nur bei tarifgebundenen Unternehmen, sondern auch über Betriebsvereinbarungen bei nicht tarifge-

(Dr. Erik Schweickert)

bundenen Unternehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Zuruf von der SPD: Arbeitszeit!)

Womit Sie recht haben, ist die Tatsache, dass die Arbeitszeiten nicht beliebig ausgeweitet werden dürfen. Ja, da bin ich voll und ganz bei Ihnen. Das ist übrigens auch die Position der Industrie. Frau Präsidentin, ich zitiere Südwestmetall-Chef Stefan Wolf. Er sagt:

Uns stört nicht so sehr die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit als vielmehr die Tatsache, dass wir sie nicht so flexibel einsetzen können, wie das notwendig und zeitgemäß wäre.

Somit wäre auch eine 35-Stunden-Woche überhaupt nicht infrage zu stellen. – Warum nehmen Sie denn den Ball nicht auf und zeigen hier eine gewisse Flexibilität, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dann noch einmal zum Ministerium: Wir haben ja – Frau Hoffmeister-Kraut – ein Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau; Wirtschaft und Arbeit liegen also in einem Haus. Herr Ministerpräsident Kretschmann hat beim Ressortzuschnitt gesagt: „Das ist eine Riesenchance.“ Ja, es ist eine Riesenchance, aber es wäre dann auch die Aufgabe des Ministeriums, dies zu erkennen, aufzuzeigen und die Möglichkeiten voranzubringen. Dort passiert mir zu wenig.

Frau Hoffmeister-Kraut, ich hoffe, Sie gehen nachher einmal auf dieses Thema ein; denn mir kommt es eher so vor, dass in Ihrem Ressort hier der Bereich Arbeit und dort der Bereich Wirtschaft ist und diese beiden nicht miteinander reden. Wer hat denn da jetzt also die Oberhand? Ich frage mich immer: Sind es die Grünen, die die CDU ausbremsen, oder ist es der Bereich Arbeit, der den Bereich Wirtschaft ausbremst? Ich bin einmal auf Ihre Antwort gespannt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Vor allem ist das Ganze auch nicht durch uns als Opposition zur Sprache gekommen. Hier sitzt Kollege Reinhart. Kollege Reinhart hat sich zu diesem Thema geäußert – vollkommen ohne Druck –, genauso wie Kollege Hauk, weil sie es wichtig finden. Wenn Sie sich für eine Bundesratsinitiative einsetzen, dann sagen wir Ihnen: Ja, das ist richtig, aber dann müssen Sie im Ausschuss auch dafür stimmen. Das rufe ich übrigens auch der AfD zu. Wenn Sie möchten, dass man sich im Bundesrat dafür einsetzt, dann muss die Fraktion im Ausschuss auch dafür stimmen. Das gilt für die beiden Fraktionen, die hier rechts sitzen.

Deswegen müssen wir von den starren Regeln weg. Auch Frau Hoffmeister-Kraut sagt immer wieder, dass das Ganze der Wirklichkeit nicht mehr gerecht wird. Sie sagen sogar, dass die zweijährige Experimentierphase aus Sicht der Landesregierung im Weißbuch entbehrlich sei. Da bin ich gespannt, wie die Grünen auf so etwas reagieren. Die Forderungen, die Sie erheben, sind richtig, aber Sie müssen Ihren Ankündigungen auch Taten folgen lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Machen, nicht schwätzen!)

– Ja, so kann man es auch sagen.

Wovor hat der Gesetzgeber bei diesem Thema Angst? Warum helfen wir nicht dem Schwiegervater unseres stellvertretenden Ministerpräsidenten, der beim DEHOGA gesagt hat – ich zitiere –:

... dass wir das Arbeitszeitgesetz

– in der nächsten Legislaturperiode –

so ändern, dass Sie den nötigen Spielraum haben.

Lassen Sie uns aus Baden-Württemberg, dem Tourismusland, dem Wirtschaftsland genau diesen Akzent setzen.

Zum Thema Gründerszene wurden Sie gestern Abend auch befragt. Da muss man schon sagen: Was da aus Berlin von Frau Nahles kommt, das wird nicht nur bezüglich der Arbeitszeit, sondern auch bezüglich der sonstigen Themen dem Ganzen einfach nicht gerecht.

Gehen Sie einmal mit einem Freelancer mittagsessen, der bei einem Unternehmen an einem IT-Projekt arbeitet. Er ist nicht nach sechs Monaten fertig, sondern er ist vielleicht zwei Jahre bei dem Unternehmen. Aber dann soll er wie ein Arbeitnehmer behandelt werden. Wir sind in einem Land, in dem der Begriff „Wirtschaft 4.0“ nur in Sonntagsreden verwendet wird, aber dann, wenn man handeln soll, vergessen wir es. Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Herr Kollege Born, Sie haben gesagt: Zuhören bei diesem Thema. Stimmen Sie für eine Anhörung zu diesem Thema, damit wir tatsächlich alle Bereiche – Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, Gewerkschaften – hören! Herr Kollege Schoch, Sie haben ausgeführt, Sie sprechen mit den Sozialpartnern. Lassen Sie uns das nicht nur bilateral tun, sondern im Rahmen einer Anhörung in diesem Haus. Herr Kollege Gramling, bringen Sie dann die Punkte von Wirtschaft 4.0 auch im Rahmen dieser Anhörung ein. Dann sind wir auf einem guten Weg, und dann gilt es, diese wichtigen Fragen zu klären.

Dann haben wir vielleicht nicht die Antwort auf Herrn Kretschmanns Schlafprobleme, aber wir sind sicher – Sie können da auch sicher sein –, dass uns dieses Thema keine Ruhe lassen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

und Herren! Die Digitalisierung der Arbeitswelt wird ermöglicht und bedingt eine Flexibilisierung der Arbeitszeit. Wir stehen hier vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die auch aus unterschiedlichen Perspektiven in dieser Debatte beleuchtet wurden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen sich dieser Debatte gleichermaßen stellen.

Digitalisierung und Flexibilisierung sind eng miteinander verknüpft. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die Gestaltung der Arbeitszeiten auch jetzt in dieser Phase – in dieser wichtigen Phase, in diesem Strukturwandel – auf dem Prüfstand steht. Wir sehen das als Chance für alle Beteiligten.

Ich möchte – Herr Schweickert, es freut mich, dass Sie es hier noch einmal ganz deutlich geäußert haben – hier noch einmal die Position von Wolfgang Schäuble nennen, der sich ganz klar für die Flexibilisierung ausgesprochen hat und nicht für eine Erhöhung der Gesamtarbeitszeit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Machen!
Machen, nicht aussprechen!)

– Herr Rülke, ich bin nicht die Bundesarbeitsministerin. Herr Schweickert hat mich auch um meine Position gebeten. Es ist ganz klar: Der Grünbuchprozess ist abgeschlossen, das Weißbuch ist erstellt. Andrea Nahles ist am Zug. Wir sind davon ausgegangen, dass das Gesetzgebungsverfahren bereits hätte eingeleitet werden sollen. Wir warten darauf. Die Zeit ist natürlich eine besondere: Die Bundestagswahl steht bevor.

(Abg. Anton Baron AfD: Vor der Bundestagswahl
sollen alle machen!)

Wir vonseiten des Landes und ich als Arbeitsministerin verfolgen mit Argusaugen, was auf Bundesebene passiert. Die Diskussion hat in einem ganz ausführlichen Umfang stattgefunden. Wir erwarten jetzt eine Initiative, ein Gesetzgebungsverfahren. Da, Herr Schweickert, werden wir auch aktiv. Wir erwarten das zeitnah. Deswegen macht es keinen Sinn, jetzt eine Bundesratsinitiative zu starten. Diese würde völlig ins Leere laufen. Wir müssen jetzt abwarten, was auf Bundesebene passiert, und uns dann entsprechend positionieren und einbringen.

Herr Born, jetzt möchte ich vorneweg noch ganz kurz auf die Einbindung der Tarifpartner eingehen. Ich richte gerade den Transformationsbeirat ein. Im Rahmen dieses Gremiums sind wir in einem engen Austausch, in einer engen Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern, in diesem Fall mit der IG Metall. Bei allen Dialogen und Gesprächen, die wir durchführen, binden wir immer Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein und beachten wir beide Perspektiven. Wir sind mit beiden Seiten in einem intensiven Austausch, im Dialog. Denn – das haben Sie heute zu Recht festgestellt – Wirtschaftspolitik, Arbeitspolitik leisten hier einen ganz wesentlichen Beitrag. Das eine geht nicht ohne das andere. Wir brauchen motivierte Menschen, die für die hiesigen Betriebe arbeiten. Das ist eine Grundvoraussetzung, und das ist uns in Baden-Württemberg auch immer überwiegend gelungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Klarstellen möchte ich aber auch, dass ich eine – das möchte ich betonen – ermöglichende Haltung einnehme. Wenn wir das ganze Spektrum beachten, das durch die Digitalisierung ermöglicht wurde, möchte ich betonen, dass ich für flexible und selbstbestimmte Arbeitszeitmodelle stehe – auch und gerade weil diese die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser ermöglichen. E-Mails auch mal zu Hause zu beantworten, wenn die Kinder schlafen – das kenne ich aus eigener Erfahrung –, das wünschen sich auch viele Beschäftigte. Auch für dieses Anliegen müssen wir pragmatische Lösungen finden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Andreas Schwarz und Alexander Salomon GRÜNE und Daniel Rottmann AfD)

Auch die Arbeitgeber wünschen sich verstärkt Flexibilisierung – teilweise haben wir dies auch schon ermöglicht –, um vorübergehende Arbeitsspitzen abzudecken

(Ein Abgeordneter niest. – Abg. Anton Baron AfD:
Feinstaub in Stuttgart!)

und bei hohem Arbeitsanfall flexibel zu reagieren. Starre Arbeitszeitgrenzen sind hier hinderlich.

Angesammelte Überstunden können in ruhigeren Zeiten abgebaut werden. In der Praxis lässt sich das in aller Regel sehr gut organisieren.

Das Bedürfnis nach Flexibilisierung ist breit und vielfältig. Deswegen ist es – nach fast 25 Jahren – notwendig, das Arbeitszeitgesetz grundlegend zu überprüfen und zu novellieren.

Die Risiken der Digitalisierung dürfen aber nicht außer Acht gelassen werden. Das wurde schon angesprochen und ist mir persönlich sehr wichtig. Die Regelungen des Arbeitszeitrechts haben einen wichtigen Zweck. Sie dienen dem Schutz der Gesundheit der Beschäftigten.

Die arbeitsmedizinischen Erkenntnisse zur Belastung durch überlange Arbeitszeiten – beispielsweise Muskel-Skelett-Erkrankungen oder auch psychische Erkrankungen, die dadurch bedingt sind – müssen mit in die Diskussion einfließen. Auch heute gibt es immer noch eine große Anzahl von Beschäftigten, die vor Erreichen des Rentenalters erwerbsunfähig werden. Dies ist sowohl für die Beschäftigten als auch für die Betriebe, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft in unserem Land ein Problem. Deswegen gilt: Wir brauchen differenzierte Schutzvorschriften.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Andreas Schwarz und Alexander Schoch GRÜNE)

„Differenziert“ heißt, dass wir nicht alle Branchen über einen Kamm scheren können. Die Tätigkeiten und Berufsbilder sind sehr vielfältig und bringen unterschiedliche körperliche und psychische Beanspruchungen mit sich. Deshalb setzen wir nicht auf starre, pauschale Regelungen. Vielmehr müssen wir praktikable Lösungen finden. Einfache Lösungen – das ist mir auch klar – wird es nicht geben. Wir müssen pragmatisch an die Sache herangehen. Da haben wir auch gute Chancen.

Schauen wir mal über die Grenzen Deutschlands hinaus in andere Länder. In der derzeitigen öffentlichen Debatte wird Ös-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

terreich als Musterbeispiel für Flexibilisierung genannt. Wir haben, ich habe genauer hingeschaut. Auch in Österreich können Abweichungen nur unter ganz engen Voraussetzungen erreicht werden; sie müssen kollektiv vereinbart und dann von Behörden genehmigt werden. Also: Wir sind hier in Deutschland auf einem guten Weg.

Die Flexibilisierung muss mit dem Schutz der Gesundheit aller Beschäftigten einhergehen. Das ist natürlich eine Herausforderung, die sich hier stellt. Einfache, pauschale Lösungen wird es daher nicht geben. Ich meine, um eine passgenaue Flexibilisierung zu ermöglichen, brauchen wir tarifliche und betriebliche Lösungen.

Frau Nahles hat in ihrem Entwurf des Weißbuchs „Arbeiten 4.0“ angekündigt, sogenannte Experimentierräume zu schaffen. Was bedeutet das? Sie möchte in Betrieben, wenn die Tarifpartner es ihnen ermöglichen, unter bestimmten Voraussetzungen, zeitlich befristet auf zwei Jahre, Ausnahmeregelungen zum geltenden Arbeitszeitrecht vereinbaren und möchte diese dann evaluieren und in eine Gesetzesänderung einfließen lassen.

Mir dauert das viel zu lange. Zum einen ist der Prozess gar nicht erst gestartet worden; wir hoffen, dass dies vor der Bundestagswahl noch der Fall sein wird. Zum Zweiten: Weitere zwei Jahre zu warten und das nur auf bestimmte Bereiche einzugrenzen macht keinen Sinn. Wir setzen hier auf die Tarifpartner in unserem Land. Wir vertrauen den Tarifpartnern. Deswegen wundert es mich, warum Frau Nahles so zaghaft agiert. Mit Blick auf diejenigen, die jetzt handeln müssen, wundert es mich auch, warum Sie, die SPD, heute diese Aktuelle Debatte aufgerufen haben. Sie sind am Zug, Sie müssen handeln.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Das erwarten wir auch von Frau Nahles. Sie können es ihr gern ausrichten.

Wenn Tarifpartner auf Augenhöhe miteinander verhandeln, dann werden sinnvolle und ausgewogene Regelungen geschaffen, die eben auch individuelle Flexibilisierung ermöglichen. Ich denke, das muss unser Ziel sein. Wir brauchen keine staatlichen Detailregelungen.

(Beifall des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Deshalb lautet mein Appell ganz klar: Lassen Sie uns das Arbeitszeitgesetz im Rahmen der gesetzten Grenzen für mehr tarifliche Abweichungen öffnen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Genau das wäre auch ohne einen großen gesetzgeberischen Aufwand möglich; da muss man nicht ins Detail gehen. Ich hoffe, dass dies zeitnah passiert.

Ich möchte noch auf einen weiteren Bereich eingehen, und zwar auf die Beschäftigten, die keiner tariflichen Bindung unterliegen, für die es keine tariflichen Regelungsmöglichkeiten

gibt. Ich sehe hier die Möglichkeit einer gesetzlichen Lösung für eine Flexibilisierung mit Augenmaß. Denkbar wäre beispielsweise, für einen begrenzten Zeitraum die tägliche Höchstarbeitszeit zu überschreiten oder auch Mindestruhezeiten zu unterschreiten, natürlich mit der Bedingung, dass ein Ausgleich zeitnah durch Minderarbeit und längere Ruhepausen erfolgen muss.

Die notwendige Flexibilisierung – ich möchte das hier auch noch einmal ganz deutlich betonen – muss mit einem entsprechenden Gesundheitsschutz einhergehen. Das muss gesichert werden; wir müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch entsprechend schützen. Ein Arbeitgeber, der flexibilisieren will, muss deutlich machen, dass ihm die Gesundheit seiner Beschäftigten wichtig ist. Das ist natürlich auch bei vielen Unternehmen der Fall.

Es muss unser Ziel sein, einfache und leicht verständliche Regelungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen zu treffen. Ein Mehr an Flexibilität darf nicht in eine überbordende Bürokratie ausarten. Deshalb – das ist mir auch klar – wird das eine anspruchsvolle Aufgabe für den Gesetzgeber sein. Auch hier ist Frau Nahles gefordert. Ich freue mich auf ihre Initiative, zeitnah einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten. Herr Schweickert, wir werden uns dann bei der Reform des Arbeitszeitgesetzes konstruktiv in diesen Prozess einbringen. Deswegen sage ich noch einmal ganz klar: Eine Bundesratsinitiative jetzt, zu dieser Zeit, macht keinen Sinn. Wir müssen abwarten, was sich jetzt auf Bundesebene tut.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Thomas Axel Palka AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Gramling.

Abg. Fabian Gramling CDU: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der zweiten Runde möchte ich noch einmal ganz kurz auf die Gastronomen und die Beschäftigten in der Gastronomie eingehen. Ich kann die lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD nur auffordern: Gehen Sie einmal in Ihren Wahlkreis,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da sind wir ständig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Oh mein Gott!)

gehen Sie da einmal in ein Restaurant. Wenn Sie vor der Tür stehen, schauen Sie mal auf die Öffnungszeiten, schauen Sie, wann das Restaurant noch geöffnet hat, gehen Sie rein, sprechen Sie mit den Servicekräften. Fragen Sie mal die Servicekräfte, in welchem Zeitraum Sie ein warmes Essen bekommen können. Denn der Koch muss ja auch entsprechend in der Küche stehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sagen Sie bloß! Tatsächlich!)

Auch das gehört zur Flexibilisierung der Arbeitswelt. Wenn Sie das alles gemacht haben, dann können wir, glaube ich, noch einmal darüber reden. Nicht nur der DEHOGA fordert eine Flexibilisierung, sondern auch die Beschäftigten in der Gastronomie selbst fordern sie.

(Fabian Gramling)

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD – Glocke der Präsidentin)

– Gehen Sie einmal in die Restaurants. Ich war dort.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Herr Abg. Gramling, warten Sie bitte. – Ich darf um Ruhe bitten! Liebe Frau Abg. Wölfle, Moment! Wenn Sie eine Frage haben, dann stellen Sie – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das war ein Zwischenruf!)

Abg. Fabian Gramling CDU: Die kann sie stellen.

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Drei oder fünf Zwischenrufe gleichzeitig, und dann sagen Sie, man müsse für mehr Ruhe sorgen. Da müssen Sie sich schon entscheiden, welche Linie Sie vertreten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Vorher absprechen! – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

– Jetzt rede ich, Herr Abg. Dr. Schmid.

Jetzt hat Herr Abg. Dr. Fulst-Blei eine Zwischenfrage. Lassen Sie die Zwischenfrage zu?

Abg. Fabian Gramling CDU: Gern, wenn die Zeit – –

Präsidentin Muhterem Aras: Das wird nicht auf die Redezeit angerechnet.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Kollege Gramling, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ist Ihnen bekannt, dass insbesondere im Bereich Hotel- und Gaststättengewerbe nach Auskunft der Gewerkschaft NGG vor allem die schwierigen Arbeitszeiten eine Ursache dafür sind, dass es dort immer weniger Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsplätze gibt, und sind Ihnen Beschwerden bekannt, dass beispielsweise zwischen dem Arbeitsende bei einer Tätigkeit in einem Hotelgewerbe und dem Arbeitsbeginn am nächsten Morgen manchmal nur fünf Stunden liegen, und wie stehen Sie dazu?

Abg. Fabian Gramling CDU: Vielen Dank für die Zwischenfrage. Das ist mir bekannt, und es ist auch nicht so, dass ich keine Gespräche führen würde. Ich habe selbst sogar einmal einen halben Tag in einer Küche nicht nur geredet und diskutiert, sondern auch mitgearbeitet, um einmal einen Eindruck vor Ort zu bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Was ist dort gesagt worden? Es geht nicht darum, dass wir sagen: Mehrarbeit. Wir wollen eine Flexibilisierung. Wir wollen, dass zielorientiert

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

auch zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Arbeitszeitgesetz geändert wird.

Da sind wir wieder beim Punkt: Wir warten jetzt eigentlich nur auf das Bundesarbeitszeitgesetz. Es wäre wünschenswert,

wenn das kommen würde. Wenn ich die Diskussion mit der SPD anschau, dann kann ich feststellen, dass man vor der Bundestagswahl wohl keine großen Hoffnungen haben darf, dass sich da etwas ändern wird. Purer Aktionismus und Schnellschüsse im Land bringen uns aber auch nicht weiter – das an die Adresse der FDP/DVP. Deswegen müssen wir wohl in den sauren Apfel beißen und die Bundestagswahl abwarten, um danach die Initiative auf Bundesebene angehen zu können.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schweickert.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten uns schon einmal Gedanken machen, was für einen Eindruck wir hier erwecken. Da warten wir auf den Bund, dass sich da etwas tut, und der Bund sagt: Wir können nichts tun, weil demnächst Wahlen sind.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass Politik handelt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Opposition ist ja dazu da, die Regierung zu kritisieren und zu überwachen. Aber jetzt möchte ich Ihnen auch einmal einen Schritt entgegenkommen.

Frau Ministerin, Sie schreiben in der Drucksache 16/1710 – ich darf zitieren, Frau Präsidentin – zum Thema Bundesratsinitiative:

Sollte das von der Bundesregierung angedachte Gesetzgebungsvorhaben nicht zustande kommen, hält sich die Landesregierung die Möglichkeit einer Bundesratsinitiative selbstverständlich offen.

Die CDU-Fraktion hat in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses gegen die Bundesratsinitiative gestimmt.

Da kommen wir Ihnen entgegen: Machen wir doch vorher die Anhörung zu diesem Thema, damit dann, wenn von der Bundesregierung nichts kommt, alle Fragen geklärt sind, damit wir wissen: Wie sieht der Arbeitsteil aus? Wie sieht der Wirtschaftsteil aus? Was sagen die Gewerkschaften dazu? Dann ist man vorbereitet und fängt dann nicht erst nach der Bundestagswahl, nach Koalitionsverhandlungen, nachdem alles gerüttelt ist, mit diesem Thema an.

Da kommen wir Ihnen, Frau Ministerin, insofern entgegen, als wir zumindest auf die Bundesratsinitiative jetzt zunächst einmal verzichten. Aber die Anhörung zu diesem Thema – das hat diese Debatte gezeigt – müssen wir durchführen, wenn wir verantwortungsvoll mit diesem Thema umgehen wollen. Wir geben Ihnen die Chance, das dann auch entsprechend abzustimmen. Da freue ich mich schon auf die Unterstützung aus allen Reihen und von allen Kollegen aus diesem Haus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt habe ich noch die Wortmeldung des Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe erstens keinen aktuellen Anlass für diesen Tagesordnungspunkt

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann bleiben Sie doch sitzen!)

– lassen Sie mich einmal ausreden – und zweitens schon gar keinen Anlass für diese Dramatisierung, die Sie hier an den Tag legen.

Herr Born, Sie sagten, der soziale Frieden sei gefährdet. Wodurch? Durch Millionen von Zuwanderern, die wir nicht in den Arbeitsmarkt integrieren?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Durch die Syrer, die in zehn Jahren dazu in der Lage sind, Arbeiten auszuführen, die wir in fünf Jahren durch Roboter erledigen lassen können? Nein, durch die Flexibilitätspolitik, durch die Kellnerin, wenn sie im Biergarten eine Stunde länger arbeiten muss. Und dann soll ich mir auch noch das Bier nicht mehr schmecken lassen, weil damit ja ein „schweres Schicksal“ einhergeht.

Meine Damen und Herren, das ist nicht ein Problem der Bierkellnerin, sondern das ist ein Problem der SPD.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Das hat nichts mit den tatsächlichen Verhältnissen zu tun, wohl aber mit dem Zustand – dem desolaten Gemütszustand – der SPD. Insofern ist die ganze Diskussion ein Manöver, um von den wirklichen Problemen abzulenken, die wir am Arbeitsmarkt und vor allem mit dem sozialen Frieden haben.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Ein Jahr Grün-Schwarz, ein Jahr Stillstand in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Rededzeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auch hier auf § 60 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort hat nun der Vorsitzende der Fraktion der FDP/DVP, Herr Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grün-Schwarz feiert Geburtstag. Wir konnten gestern oder spätestens heute den Medien entnehmen, dass Thomas Strobl feststellt:

Die CDU ist glücklich mit der Koalition.

(Heiterkeit bei der SPD)

So, meine Damen und Herren, sehen glückliche Menschen aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zurufe der Abg. Sascha Binder und Andreas Stoch SPD)

Kollege Strobl signalisiert diese Glückseligkeit in der Regel ja auch durch seine Krawattenfarbe.

(Zuruf: Genau!)

Heute Morgen – er war ja schon einmal kurz da; den Mut, sich zu dieser Aktuellen Debatte zu zeigen, hat er wahrscheinlich nicht – habe ich versucht, seine Krawattenfarbe zu definieren. Es war ein undefinierbares, ein etwas matt gewordenes Grün. Jedenfalls ist er sich mit dem Regierungschef einig. Herr Ministerpräsident, Sie zitieren das auch häufiger:

Diese Koalition hat sich nicht gesucht, aber gefunden.

Sie haben sich nicht gesucht, aber gefunden. Na ja. Das Erste, mit dem Sie in der Landespolitik wirklich aufgefallen sind, waren Ihre geheimen Nebenabsprachen. Diese geheimen Nebenabsprachen, meine Damen und Herren, hat die Öffentlichkeit auch nicht gesucht – aber gefunden.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Das war das erste große Ausrufezeichen dieser Koalition. Da stand dann eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 6 % drin. Gott sei Dank ist das bekannt geworden, und Kollege Reinhart konnte dann heldenhaft verhindern, dass die Grunderwerbsteuer auf 6 % erhöht wird.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Das hätte auch nicht zu dem Ziel gepasst, in Baden-Württemberg Wohnraum zu schaffen.

Herr Ministerpräsident, Sie müssten der Öffentlichkeit auch einmal erklären, wie Sie denn privates Kapital anlocken wollen, um Wohnraum in Baden-Württemberg zu schaffen, wenn Sie die Grunderwerbsteuer erhöhen.

Das Ganze ist Teil einer alles andere als soliden Haushaltspolitik. Sie haben ja den Begriff „implizite Verschuldung“ erfunden, um nicht Schulden tilgen zu müssen, und erklären dann der Öffentlichkeit, es sei ja nicht so schlimm, weil die Zinsen so niedrig seien. Meine Damen und Herren, bei dieser Verschuldung und bei der internationalen, globalen Situation brauchen Sie nur abzuwarten, was passiert, wenn es irgend-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

wann zu einer Rezession kommt und wenn irgendwann die Zinsen wieder steigen. Wie wollen Sie dann den Haushalt konsolidieren, meine Damen und Herren? Das ist alles andere als generationengerecht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

In dieser Komplementärkoalition macht die grüne Finanzministerin eine Haushaltspolitik, die alles andere als solide ist.

(Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: He!)

Aber es ist ja eine Komplementärkoalition, und die Grünen haben das Finanzministerium. Sie haben uns ja schon häufiger erklärt, was eine Komplementärkoalition ist. Da gibt es grüne Ressorts, in denen die Grünen das Sagen haben, und schwarze Ressorts, in denen die Schwarzen das Sagen haben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das erzählt Herr Rülke jetzt schon seit über einem Jahr!)

– Ja, aber es gibt da schöne Beispiele. Also, Herr Schwarz, halten Sie sich zurück – obwohl ich die gestrige Aktion überzeugend fand. Sie haben gemeinsam mit dem Kollegen Reinhart einen Baum gepflanzt,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig! Da haben Sie gut aufgepasst!)

und zwar eine Winterlinde – sehr treffend. Das Koalitionsklima ist frostig, und da pflanzt man eine Winterlinde, Herr Kollege Schwarz.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Was das Dieselverbot anbelangt, meine Damen und Herren, hat es funktioniert: Da hatten die Grünen das Sagen, und die CDU hat bei diesem Anschlag auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg mitgemacht. Von Frau Hoffmeister-Kraut, von der eigentlich zuständigen Wirtschaftsministerin, hat man dazu kein Sterbenswörtchen gehört. Da hätten Sie im Kabinett aufstehen und sagen müssen: So geht es nicht!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Aber was hat die CDU getan? Sie hat das alles durchgewinkt. Das haben Sie von der CDU gemacht.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Derjenige, der dann klammheimlich wieder zurückrudert, ist der Ministerpräsident selbst. Herr Ministerpräsident, Sie waren dann ja bei Daimler, haben einen Rundgang gemacht

(Zuruf von der AfD: Klasse!)

und haben anschließend festgestellt: Der Diesel ist sauber.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Woran haben Sie das denn gemerkt, dass der Diesel sauber ist, Herr Ministerpräsident? Haben Sie am Auspuff geschnuppert? Oder haben Sie einfach geglaubt, was man Ihnen erzählt hat?

Dass der Diesel nicht der Grund für das Feinstaubproblem ist, hätten Sie schon vorher wissen können.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Deshalb ist das eine rein ideologische Entscheidung gewesen, und die CDU hat mitgemacht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wie sieht es in den anderen Ressorts aus, z. B. im Innenministerium? Herr Strobl, Sie sind inzwischen hier; jetzt können wir uns Ihre Krawattenfarbe heute genau anschauen. Es ist ein mattes Grün, glaube ich.

(Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch – Unruhe)

– Doch. Eher matt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ihre Krawattenfarbe ist auch schön! – Heiterkeit – Unruhe)

– Meine Krawattenfarbe, Herr Kollege Blenke? Das ist kastanie.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Wissen Sie auch, warum? Weil die Landesregierung in Baden-Württemberg so schlecht ist, dass die Opposition die Kastanien aus dem Feuer holen muss. Das ist der Grund.

(Lebhafte Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD – Abg. Sabine Wölfle SPD: Das ist gut! – Minister Thomas Strobl: Das ist doch so ein neues Violett, bei der FDP! Magenta!)

Zurück zum Innenminister: Komplementärkoalition – die CDU hat das Sagen im Innenministerium. Also, bei den Abschiebungen funktioniert das nicht. Da setzt Innenminister Strobl die Abzuschiebenden in den Flieger, und die Grünen holen sie wieder heraus.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Bei der Polizeireform sagt Minister Strobl: Wir müssen nachjustieren. Die Grünen sagen: Nein, das können wir nicht bezahlen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie wissen Dinge!)

Zum Freiwilligen Polizeidienst sagt Minister Strobl: Wir brauchen den Freiwilligen Polizeidienst. Dann sagen die Grünen: Ja, aber ohne Uniform und Waffe. – Einen solchen Freiwilligen Polizeidienst können Sie vergessen. Da funktioniert auch keine Komplementärkoalition.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Im Kultusministerium muss Kultusministerin Eisenmann der Finanzministerin jeden einzelnen Lehrer abkämpfen. Wenn sie die CDU-Basis trifft, sind grüne Spione dabei. Anschließend erhält sie böse Briefe vom grünen Fraktionsvorsitzenden, der sagt: So geht es nicht; im Koalitionsvertrag steht anderes.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Man muss dann immer fragen: In welchem Koalitionsvertrag? Aber egal.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Auch die Privilegierung der Gemeinschaftsschule haben Sie nicht beenden können. Nein, die Grünen setzen Oberstufen durch, und die Realschule ist immer noch benachteiligt, weil es eben nicht den vollständigen Zugriff der einzelnen Schulen auf die Poolstunden gibt. Zu wenig haben Sie erreicht, Frau Eisenmann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Und im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz? – Herr Hauk ist wahrscheinlich gerade unterwegs und überlegt, wo er sich mal durchsetzen konnte.

(Heiterkeit)

Es gab vollmundige Versprechungen zur Änderung des Jagdgesetzes. Was hat er beim Jagdgesetz erreicht? Nichts hat er erreicht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen: Doch!)

Vollmundige Versprechungen an die Angler, Herr von Eyb: Aufhebung des Nachtangelverbots, Absenkung des Mindestalters für den Erwerb des Angelscheins. Was haben Sie erreicht? Nichts haben Sie erreicht.

Und wenn Herr Hauk einen Brief zum Thema „Windräder im Staatsforst“ schreibt, dann hat dieser Brief eine Lebensdauer von drei Tagen, und dann wird er wieder eingesammelt. Das sind die „Erfolge“ im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Stefan Herre AfD: Bravo!)

Wie ist es bei Ihnen, Herr Justizminister Wolf? Sie haben ja ein vernünftiges Gesetz zur Neutralität im Gerichtssaal vorgelegt. Aber was ist das Ergebnis? Die Grünen nötigen Ihnen eine absurde Differenzierung zwischen Richtern und Schöffen auf. Auch da haben Sie wieder nicht geliefert.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Unter der schärfsten Aufsicht steht allerdings die Wirtschaftsministerin; ich habe es vorhin schon im Zusammenhang mit dem Dieselvebot angesprochen. Da hat sie eine Wohnraum-Allianz vor. Wenn man da etwas erreichen will, müsste man aber die Landesbauordnung ändern: weg mit diesem ideologischen Kram von überdachten Fahrradstellplätzen und Zwangs-

efeu auf dem Dach. Es gab keine Wahlkampfveranstaltung der CDU im Landtagswahlkampf, in der man sich nicht darüber lustig gemacht hätte. Aber was haben Sie erreicht? Nichts haben Sie erreicht. Keinen Millimeter bewegen sich die Grünen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Die angekündigte „Entgiftung“ des Bildungszeitgesetzes wäre notwendig. Aber was haben Sie erreicht? Nichts haben Sie erreicht. Keinen Millimeter bewegen sich die Grünen.

(Zuruf: Gut so!)

Und das Tollste sind die Auslandsreisen. Frau Ministerin, Sie waren ja in Israel. Angekündigt war eine Reise der Wirtschaftsministerin. Der Flieger hebt ab – und plötzlich stellt die Wirtschaftsministerin fest, da ist ein blinder Passagier an Bord: der Ministerpräsident.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Hatte der kein Ticket? – Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: War der im Frachtraum?)

Wo gibt es denn so etwas, meine Damen und Herren? Frau Hoffmeister-Kraut, Sie haben da unser volles Mitgefühl. Wir würden Sie auch einmal allein auf Reisen gehen lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das nächste Projekt, das Sie vorhaben, ist eine Start-up-Initiative. Und wer ist auch wieder dabei? Der Ministerpräsident.

Von eigenständiger Wirtschaftspolitik kann also in Baden-Württemberg nicht die Rede sein.

Fazit von einem Jahr Grün-Schwarz: Man feiert sich, man lässt sich auch von manchen loben, allein schon dafür, dass man relativ wenig höre. Natürlich hört man relativ wenig, weil nämlich diese Koalition kein Projekt hat, weil diese Koalition nichts bewegt. Deshalb hört man wenig. Es ist ja schon ein Treppenwitz, dass Sie sich dafür feiern, dass man wenig hört. Das ist so, als ob ein Unternehmen sich bei der Hauptversammlung dafür feiert, dass es überhaupt existiert, und dann erklärt: „Umsatz zu machen brauchen wir nicht auch noch.“ So sieht die Bilanz dieser Landesregierung aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Ich habe abschließend die höfliche Frage, Herr Ministerpräsident und Herr Strobl: Haben Sie vor, in den nächsten vier Jahren noch anzufangen, zu regieren, oder dürfen wir uns in Baden-Württemberg darauf einstellen, dass wir bis zum Jahr 2021 eine Landesregierung im Wachkoma haben werden? Das ist die Frage.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Gleiche Krawattenfarbe wie Herr Strobl!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich bei der FDP/DVP-Fraktion, dass wir aufgrund der von ihr beantragten Aktuellen Debatte noch mal die Gelegenheit haben, die Erfolge von einem Jahr grün-schwarzer Regierungspolitik hier darzulegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Das geht schnell! – Abg. Sascha Binder SPD: Da brauchst du keine zehn Minuten! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Mehr Satire war nie!)

Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, es lohnt sich, in den Landtag zu kommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Diese Aussage ist nicht zulässig!)

Sie haben ein grandioses Theaterstück, eine unterhaltsame Rede hier vorgetragen bekommen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und Sie mussten noch nicht einmal Eintritt für dieses Theaterstück von der FDP/DVP-Fraktion zahlen.

Herr Rülke, Ihre launige Rede war doch der beste Beweis dafür: Von Stillstand kann keine Rede sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Sie haben die Vielzahl von Projekten vorgetragen. Damit widersprechen Sie selbst Ihrer These, es würde Stillstand in dieser Koalition geben. Sie haben die Erfolgsprojekte der Koalition in ihrer Breite benannt. Stillstand gibt es hier in Baden-Württemberg nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Launig, viel Dramaturgie – so kennen wir Herrn Rülke. Aber ob davon etwas nach draußen dringt, müssen wir erst noch einmal sehen.

Sie haben mit den Worten geschlossen, man habe nichts erreicht. Deswegen will ich diese Gelegenheit hier nutzen, um noch einmal darzustellen, welche Erfolgsprojekte die grün-schwarze Koalition in den letzten zwölf Monaten umgesetzt hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da sind wir jetzt gespannt!)

Ja, wir haben eine klare Vorstellung davon, wie man Baden-Württemberg regiert. Wir verfolgen die Schwerpunkte, den sozialen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land zu fördern, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Wir müssen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Ein klares Ziel dieser grün-schwarzen Koalition ist darüber hinaus: Wir wollen, dass Baden-Württemberg wirtschaftlich stark und der Innovationsstandort Nummer 1 in Deutschland ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Sie haben die Finanzen angesprochen. Wir machen eine top seriöse Finanzpolitik in diesem Land;

(Lachen bei der AfD, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja!)

es gab eine top seriöse Finanzpolitik in den letzten Jahren – Haushalte ohne Aufnahme neuer Schulden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ein Kunststück! Bei d e n Steuereinnahmen! – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Wir stehen zu einem ausgeglichenen Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden, zu einem Abbau des strukturellen Defizits. Ich kann Ihnen hier ganz klar sagen: Wenn es nach uns geht, machen wir auch in den nächsten Jahren keine neuen Schulden, und wir werden keine Steuererhöhungen vornehmen. Da liefern Grüne und CDU hier im Landtag. Da passt kein Blatt zwischen uns, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Ich habe von der FDP/DVP nichts gehört, wie Sie sich die Politik für Baden-Württemberg vorstellen.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Genau!)

Es ist ja schön, wenn sich die Opposition an uns abarbeitet. Aber lassen Sie mich einfach ein paar Punkte skizzieren, wie wir uns gutes Leben in Baden-Württemberg im Jahr 2030 vorstellen:

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ohne die Grünen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kein Auto mehr!)

Im Jahr 2030 ist Baden-Württemberg ein Land, in dem die Integration von Flüchtlingen gelungen ist, ein Land, in dem jede und jeder einen Platz auf dem Arbeitsmarkt hat, ein Land, in dem der Einfluss anderer Kulturen als Bereicherung empfunden wird.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Für diese Punkte haben wir die Vorarbeit geleistet. Der Pakt für Integration ist bundesweit vorbildhaft.

Ich verweise auf die Wohnraum-Allianz: 250 Millionen € in der Landeswohnraumförderung, das löst Investitionen im Umfang von 4 Milliarden € aus. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, was die Förderung des sozialen Wohnungsbaus angeht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Mit Blick auf das Jahr 2030 haben wir ein Vorzeigeprojekt vor Augen. Ich nenne die Internationale Bauausstellung hier in der Region Stuttgart, ein Projekt, das wir gemeinsam mit der Region auf den Weg bringen, um uns ganz konkret die Zukunft des Wohnungsbaus anzusehen, um uns ganz konkret anzusehen, wie Städtebau der Zukunft aussieht. Wir wollen dazu beitragen, dass die Stadt der Zukunft hier in Baden-Württemberg verwirklicht wird. Smart City ist ein Thema, das wir vor Augen haben.

(Andreas Schwarz)

Nachhaltigkeit und Wohnungsbau zusammenbringen, dafür steht diese Koalition. Da kann ich der Wirtschaftsministerin nur sagen, sie ist damit auf dem richtigen Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Freiheit der Bürgerinnen und Bürger absichern, ein Leben in Sicherheit und Freiheit – deswegen stärken wir weiter die Polizei. Das Sonderprogramm zur Bekämpfung der Wohnungseinbrüche

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

aus der letzten Legislatur und Antiterrorpakete werden fortgeführt, und wir verbessern die Ausrüstung unserer Polizei. Auch hier sind wir auf dem richtigen Weg.

Auch das Thema Bildung hat die Koalition auf dem Schirm.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Wir haben die Bildungsausgaben in den letzten sechs Jahren um mehr als 1 Milliarde € erhöht.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Und dabei ein Desaster geschaffen! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Jetzt beschäftigen wir uns mit den Inhalten, mit Qualität in Schule und Unterricht. Ich mache mir nichts vor: Das ist ein Marathon, den wir hier vor Augen haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Eine Katastrophe ist das!)

Das wird noch lange dauern. Aber wir schauen uns sehr systematisch an, was Expertinnen und Experten zum Thema Lehrerausbildung, zum Thema Lehrerfortbildung vortragen. Wir achten auf ein professionelles Qualitätsmanagement und werden uns mit der Stärkung von Schulleitungen auseinandersetzen.

Das alles sind Themen, die wir verfolgen, damit wir in Baden-Württemberg wieder an die Spitze der Bildungspolitik gelangen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Daher weiß ich gar nicht, Herr Rülke, wie Sie auf die Idee kommen, von Stillstand zu sprechen. Kollege Stoch hat ja seine Fraktion gebeten, Musterpressemitteilungen zu verschicken.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er ist aber nicht in der Regierung! Da haben Sie etwas falsch verstanden!)

Jeder Wahlkreisabgeordnete musste schon am Montag oder am Dienstag die Musterpressemitteilung veröffentlichen. Das liest man dann, wenn man die Lokalzeitungen vergleicht. Da sind nur die Namen der Abgeordneten ausgetauscht.

(Zurufe von der SPD)

Ansonsten ist es das gleiche Märchen wie das vom Stillstand, das auch Herr Rülke erzählt.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

– Ja, da muss ich lachen, wenn von Ihnen, die Sie ja Regierungserfahrung haben, von Stillstand gesprochen wird. Da muss ich tatsächlich lachen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Außer Ihnen lacht aber niemand!)

Herr Stoch, nehmen Sie ein Thema, das wir in den letzten fünf Jahren schon angegangen haben: die Digitalisierung. Erst hielt der Ministerpräsident dazu eine Regierungserklärung, und jetzt lassen wir den Worten Taten folgen.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

100 Millionen € stellen wir für den Breitbandausbau zur Verfügung – so viel Geld wie noch nie.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir wissen aber, dass es allein mit dem schnellen Internet und mit Glasfaserkabeln nicht getan ist. Baden-Württemberg muss den Anspruch haben, bei der Digitalisierung Vorreiter zu sein. Wir legen den Grundstein mit dem Cyber Valley.

(Zuruf von der AfD)

Das hat die Wissenschaftsministerin gut vorbereitet. Wir stärken den vernetzten, organisierten Technologietransfer im Land, um die Digitalisierung ins Land zu bringen. Wir statten unsere Hochschulen hierfür aus und geben ihnen dieses Thema mit. Da spielt auch das Thema „Gründungen aus Hochschulen“ eine Rolle, damit aus Forschung Firmen werden, aus Ideen Arbeitsplätze.

Neben dem Zukunftsthema Digitalisierung ist es wichtig, die bereits vorhandenen Entdeckungen und Erfindungen in die Zukunft zu bringen. Das berühmteste Landeskind bei den Erfindungen ist wahrscheinlich das Automobil. Deswegen ist auch das Engagement des Landes, unser Engagement, hier wichtig und groß.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das merkt die Automobilindustrie!)

Das Automobil der Zukunft – emissionsfrei, kostengünstig – soll aus Baden-Württemberg kommen. Mit einer neuen Landesinitiative Elektromobilität legen wir den Grundstein für neue Bewegung in der umwelt- und klimafreundlichen Mobilitätspolitik. Dafür stellen wir 40 Millionen € zur Verfügung. Es geht also voran in der Elektromobilität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Bereitstellen heißt nicht machen!)

Sie haben das Thema Diesel angesprochen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

Die Koalition sagt: Wir stellen den Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund. Das ist ein klares Signal.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe)

(Andreas Schwarz)

Wir sorgen dafür, dass es saubere Luft gibt, dass die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund gestellt wird. Ich sage aber ganz klar – da brauchen Sie sich gar nicht so aufzuregen –: Das Ziel sind nicht Fahrverbote.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Doch! Das ist Ihr Ziel! – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Weitere Zurufe)

Das Ziel ist saubere Luft.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das erreichen Sie mit Fahrverboten! – Weitere Zurufe)

Ich finde bemerkenswert, was der Verkehrsminister und der Ministerpräsident hinbekommen haben, dass nämlich jetzt eine Debatte über die Nachrüstung stattfindet, dass wir Verhandlungen führen mit den Nachrüstern, und wenn durch eine Nachrüstung die Grenzwerte eingehalten werden können, dann haben wir doch unser Ziel – saubere Luft in Baden-Württemberg – erreicht. Dann brauchen wir doch keine Fahrverbote, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Thema ansprechen, über das wir in den letzten Wochen immer wieder in den Zeitungen gelesen haben. Da war die Rede vom Insektensterben, vom Verstummen der Vögel, von Extremwetterereignissen und den Auswirkungen auf unsere Landwirtschaft. Wenn wir die Belange künftiger Generationen im Blick haben, müssen wir dafür sorgen, dass diese noch eine gesunde Natur vorfinden, große Artenvielfalt erleben können und mit der Bewirtschaftung der Kulturlandschaften Geld verdienen können.

Ich finde es konsequent, dass die Regierung sagt: „Wir stellen die Bekämpfung des Klimawandels in den Vordergrund.“ Denn hier lassen sich doch Ökologie und Ökonomie wunderbar vereinen. Aus der Energiewende sind in Baden-Württemberg in den letzten Jahren 56 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wie viele sind weggefallen? – Weitere Zurufe)

Die Energiewende in Baden-Württemberg ist doch ein Export-schlager.

Herr Kollege Rülke, Sie sehen: Von Stillstand kann überhaupt keine Rede sein. Es geht voran in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Keine Ahnung!)

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Möglicherweise gibt es noch eine zweite Runde mit freier Redezeit.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dann kann ich die Liste unserer Erfolgsprojekte noch weiterführen. Herr Kollege Rülke, ich denke, Sie haben einen guten Eindruck bekommen. In allen Bereichen der Landespolitik leisten wir gute Arbeit und stellen das Wohl der Menschen im Land in den Vordergrund, und das machen wir auch in den

nächsten vier Jahren. Baden-Württemberg ging es noch nie so gut wie heute.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme den Eingangssatz von Herrn Abg. Schwarz zum Anlass, noch einmal auf § 82 Absatz 6 der Geschäftsordnung hinzuweisen. Ich lese vor:

Die Redner richten ihre Ausführungen ausschließlich an den Landtag.

Das haben wir gemeinsam beschlossen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir nicht!)

Das kommt immer wieder von allen Fraktionen – heute von Herrn Abg. Schwarz.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das war nur rhetorisch gemeint! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das war natürlich rhetorisch gemeint! – Abg. Winfried Mack CDU: Er hat seine Ausführungen an uns gerichtet! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte Sie grundsätzlich um Beachtung.

(Zuruf: Die zweite Rüge an Herrn Schwarz!)

Jetzt fahren wir fort. Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart. – Bitte.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Demokratie ist wichtig, dass auch eine Opposition stark ist. Wie stark die Opposition hier im Land ist, wurden wir eben von den Medien gefragt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Wir alle sind heute – selbst Professor Brettschneider in der „Bild“-Zeitung – zu dem Ergebnis gekommen: Diese Opposition bleibt derzeit weit unter ihren Fähigkeiten; sie hätte noch viel Luft nach oben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Ganz im Gegensatz dazu diese Koalition aus CDU und Grünen: Wir regieren seit einem Jahr gemeinsam, und das war ein gutes Jahr für Baden-Württemberg, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir haben Topwachstumsraten, eine geringe Arbeitslosigkeit nahe der Vollbeschäftigung und mit die höchsten Löhne und Gehälter in Deutschland.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und was hat die Regierung dazu beigetragen? – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Hinzu kommt, Herr Kollege Stoch, dass wir nach diesem Jahr die niedrigste Kriminalitätsbelastung aller Länder feststellen konnten und laut Statistischem Landesamt zugleich die größte Innovationskraft in ganz Europa haben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das war schon vorher so!)

Das heißt – Herr Kollege Schwarz hat völlig recht gehabt –, Baden-Württemberg steht ausgezeichnet da, und wir stellen die Weichen so, dass es auch in den nächsten zehn Jahren so bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Herr Kollege Bullinger, wo sind eigentlich die Alternativen der Opposition?

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Da ist bisher Fehlanzeige. Das ist die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Demgegenüber fördern wir Innovation. Wir ergreifen die Chancen des digitalen Wandels. Wir sorgen für Sicherheit und stärken den Zusammenhalt im Land. Vor allem bringen wir unser Bildungswesen zurück auf die Erfolgsspur, und wir schaffen Zukunftsfähigkeit für ein starkes und erfolgreiches Baden-Württemberg. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist die Bilanz nach einem Jahr Regierung Schwarz-Grün, Grün-Schwarz.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ein freud-scher Versprecher!)

Ja, Baden-Württemberg ist bei CDU und Grünen in guten Händen. Wir arbeiten, Herr Kollege Rülke, wie Sie wissen, auf Augenhöhe.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ah?)

Auch das Urteil der Medien fällt nach einem Jahr wohlwollend aus. Es wird von unaufgeregtem Miteinander gesprochen, von einer – Zitat – „vorzeigbaren ersten Zwischenbilanz“.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Drei bis Vier!)

Herr Dr. Rülke, Sie waren doch, glaube ich, Pädagoge. Das ist in Schwaben eine glatte Eins.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein!)

Das muss man sehen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zurufe von der SPD und der AfD)

Hinzu kommt: Die Menschen im Land bewerten unsere Arbeit positiv.

(Zuruf: Eijei!)!

Zwei von drei Baden-Württembergern sind nach der letzten SWR-Umfrage mit dieser Regierungskoalition zufrieden und sogar sehr zufrieden – darunter sogar Anhänger der FDP! Jetzt

hören Sie gut zu! Kollegen der FDP/DVP, ich mache Sie zu Eingeweihten.

(Heiterkeit – Zuruf: Gab es wieder Nebenabreden? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Habt ihr mal wieder was heimlich gemacht? – Zuruf: Wir hören mit!)

Die spannende Frage ist: Wie sehen das die Anhänger der FDP?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Oh, da sind wir gespannt!)

Siehe da, 60 % der FDP-Anhänger sind zufrieden mit dieser Regierung. Gibt es ein größeres Kompliment?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und den Grünen)

Daraus folgern wir: Wir müssen also vieles richtig machen, wenn selbst deren eigene Leute mit unserer Arbeit derart klar zufrieden sind und sie unterstützen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich kann mich übrigens noch an frühere Zeiten, an schwarz-gelbe Koalitionen erinnern; so ist es ja nicht. Die FDP/DVP war dabei auch nicht nur Avantgarde, wenn ich das einmal hinzufügen darf.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber die CDU? Beispielsweise bei der Ganztagschule? War die CDU da Avantgarde? – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Sie war ganz vorn dabei!)

Ich frage schon, wo die liberalen Akzente und Initiativen sind. Wo sind die substanziellen Beiträge zur Landespolitik?

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Warten Sie es ab! Sie werden es beim nächsten Tagesordnungspunkt sehen: ein Gesetzentwurf der FDP/DVP!)

Denn die jetzige Strategie nach dem Motto „Lärm erübrigt Inhalt“ wird die Menschen nicht überzeugen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen, kann ich Sie in Ihrer freundlichen Sorge um die CDU in dieser Koalition wirklich beruhigen: Die CDU – wie auch die Grünen – findet sich in den Ergebnissen der Regierungsarbeit sehr gut wieder, und zwar fast so gut wie früher, als Sie unser Koalitionspartner waren.

(Zuruf von der FDP/DVP: Fast!)

Dies wird auch an den Highlights unserer Jahresbilanz deutlich: In der Bildungspolitik – die Sie angesprochen haben – haben wir einen klaren Kurswechsel vollzogen. Wir setzen –

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Über 1 000 Lehrstellen gestrichen! Ein klarer Kurswechsel!)

– Ja, Herr Kollege Fulst-Blei, wir setzen wieder voll auf Qualität, Leistung und Erfolg. Und darauf kommt es in der Bildungspolitik an.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Auch in Mannheim haben wir betont: Es geht wieder darum, Lesen, Schreiben und Rechnen in der Grundschule zu stärken. Das gilt auch für die Stadt, aus der Sie kommen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben Deputatsstunden gestrichen! Wo sind die?)

Wir haben mit unserem Realschulkonzept einen echten bildungspolitischen Meilenstein gesetzt. Der Herr Kollege Stoch sieht das voller Neid,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das sehe ich nicht voller Neid!)

denn das war wirklich ein großer Schritt; das wissen Sie. Wir sorgen dafür, dass die Grundschulempfehlung zumindest wieder vorgelegt werden muss,

(Zuruf von der SPD: Selektion!)

damit die Lehrer in den fünften Klassen wissen, mit wem sie es zu tun haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was für eine Aufgabe! Heftig!)

Wir werden – Sie kennen ja den IQB-Schock, die Entwicklungen zwischen den Ergebnissen 2009 und 2015.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Der Abschluss von Schwarz-Gelb war das!)

Das müssen wir mit langem Atem und klarer Schwerpunktsetzung zurückdrehen. Wir müssen wieder an die Tabellenspitze der Bildung kommen. Das ist unser Ziel, und da gehen wir auch entschlossen voran. Deswegen haben wir am Montag auch wieder eine gemeinsame Anhörung durchgeführt, durch die wir seitens der Fraktionen die Bildung gemeinsam voranbringen wollen.

Ich nenne die innere Sicherheit. Wir haben innerhalb eines Jahres – das ist so geschrieben worden, und dies verursacht natürlich Phantomschmerzen in einer vormaligen Regierungsfraktion; das ist mir klar – mehr geleistet als die Vorgängerkoalition in einer ganzen Wahlperiode. Das ist natürlich auch ein Punkt –

(Beifall bei der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wir haben eine einmalige Sicherheitsoffensive begonnen – übrigens mit zusätzlichen Stellen für Polizei, für Justiz, für Verfassungsschutz. Wir korrigieren auch Fehler bei der Polizeireform.

(Abg. Sascha Binder SPD: Echt? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo?)

Wir werden im Kampf gegen Terrorismus und Gewalt auch neue Initiativen ergreifen, z. B. – Sie können es heute im Prespiegel lesen – die intelligente Videoüberwachung. Wir schaffen auch Möglichkeiten zur Überwachung von WhatsApp und Co., damit die Behörden den neuen Entwicklungen bei der Kommunikationstechnik nicht blind und taub hinterherlaufen müssen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da sind die Grünen begeistert!)

Der Erfolg gibt unserem Kurs schon heute recht: Seit 2012 war die Zahl der Straftaten kontinuierlich gestiegen – das wissen Sie –, und seit 2016 sinkt sie endlich wieder.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schlagartig!)

Auch das ist ein Erfolg unserer Politik der inneren Sicherheit. Das heißt, unsere Politik für ein sicheres Baden-Württemberg wirkt, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Verschlafen habt ihr die Polizeireform! Verschlafen!)

Unser weiteres, drittes Highlight heißt „Digitalisierung und Zukunftsinvestitionen“. Wir starten durch ins digitale Zeitalter,

(Abg. Sascha Binder SPD: Ein bisschen spät!)

wir halten den Standort Baden-Württemberg international an der Spitze.

Wir haben für den Straßenbau auf unsere Initiative hin mit frischem Geld für einen zusätzlichen Schub gesorgt – übrigens nun auch im Haushalt für 2017 mit über 400 Millionen €.

Die Mittel für den Breitbandausbau haben wir gegenüber früheren Jahren vervielfacht, und die landesweite Digitalisierungsstrategie rollt an. Wir haben dreistellige Millionensummen für Projekte im Haushalt. Wir setzen damit klare Zukunftsimpulse. Cyber Valley wurde erwähnt. Ich nenne aber auch unser Engagement für die Zukunft des Autolands Baden-Württemberg sowie unsere Initiative für eine neue Gründerkultur im Land. Gestern Abend bei der Verleihung des Gründerpreises der Sparkasse wurde es unterstrichen – Sie waren dabei, Herr Kollege Rülke –: Es läuft etwas in diesem Land.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich bin sogar bis zum Schluss geblieben! – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich möchte hinzufügen: Schauen Sie sich einmal an, was allein mit neuem Venture-Capital im Bereich des Wirtschaftsministeriums und bei der L-Bank investiert wird: dreistellige Millionensummen, um die Start-up- und Gründerszene in diesem Land voranzubringen. Wie kein anderes Bundesland gehen wir voran. Deshalb denke ich: Wir haben wichtige Themen vorangetrieben.

Dazu gehört auch die Entwicklung im ländlichen Raum. Bei uns geht es nicht nur um Ballungszentren, sondern es geht immer um beides: um Stadt und Land. Beide sollen wachsen. Die Stärken sind auch die dezentralen Strukturen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Pakt für Integration wurde erwähnt. Er ist unter Dach und Fach. Die Kommunen erhalten 320 Millionen €.

Die Wohnraumförderung wurde auf ein Rekordniveau von einer Viertelmilliarde Euro aufgestockt.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Das heißt, wir haben in diesem Jahr viel erreicht. Wir bringen Baden-Württemberg voran. Wer hier angeblich Stillstand sieht, lebt anscheinend in einem anderen Land.

Insoweit möchte ich sagen: Herr Kollege Rülke, warten Sie einmal ab, wie es nach dem Wochenende in Schleswig-Holstein aussieht. Im Moment werden von Ihrem Kollegen Kubicki sogar schon in Baden-Württemberg Interviews abgegeben, wie ich feststelle.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Warten Sie einmal ab, mit welchem Vergnügen man dort vielleicht mit ins schwarz-grüne Boot einsteigt, vielleicht bald auch in Nordrhein-Westfalen und vielleicht im Herbst auch im Bund.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Herr Kollege Rülke, ich empfehle Ihnen also: Seien Sie klug, und seien Sie nett, auch zu uns. Das ist ein guter Ratschlag in diesem Zusammenhang.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hätten Sie wohl gern! – Abg. Sascha Binder SPD: Das ist ja sehr auf Augenhöhe! – Zuruf von der SPD: Rüsten Sie ab? – Vereinzelt Heiterkeit)

Zusammenfassung: Sicherheit, Bildung, Cyber Valley, Forschung und Entwicklung, Digitalisierung, Gründungskultur. Auch wir befürworten übrigens beim Diesel die Nachrüstung. Heute wird der Verband der Automobilindustrie mit dem Verkehrsminister sprechen. Wir setzen auf Technik, Technologie und Innovation, aber auch auf Rechtsstaatlichkeit.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Technische Möglichkeiten existieren!)

Deshalb ist der Vorschlag im Luftreinhalteplan, dass man z. B. nur die Straßen direkt am Neckartor, um den Vergleich zu erfüllen, an Feinstaub-Überschreitungstagen mit Fahrverboten belegt, ein kluger Vorschlag. Wir haben hier Diskussionsbedarf – das ist wahr –, aber wir sind in einer Partnersituation zusammengekommen, wie es auch vom Ministerpräsidenten gesagt wurde: Man hat sich nicht gesucht, aber gefunden.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich will Ihnen aber aus Erfahrung – übrigens auch von Psychologen – sagen: Die Beziehungen, die sich gefunden haben, sind meist auf Dauer stabiler geblieben als die, die nach der Anfangseuphorie sehr schnell in der Realität angekommen sind.

Wir setzen auf diese Regierung. Sie macht eine gute Arbeit für die Menschen in unserem Land.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Bist du jetzt glücklich, oder was? – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP hat für den – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Meuthen, ich habe vor wenigen Minuten auf § 82 Absatz 6 hingewiesen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: „Meine Damen und Herren!“ – Sind das Damen und Herren? Ich denke doch.

Präsidentin Muhterem Aras: Okay. Liebe Kollegen – – Okay.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Diese spreche ich an. Ich schaue nämlich nicht nach oben. Ich spreche diese Damen und Herren an, okay?

(Oh-Rufe von Abgeordneten)

Präsidentin Muhterem Aras: Okay, dann fahren Sie bitte fort.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Danke schön. Ich kann wohl noch eine korrekte Anrede formulieren. – Die FDP/DVP hat für den heutigen Plenartag eine Aktuelle Debatte beantragt, für die ich eigentlich ganz dankbar bin. „Ein Jahr Grün-Schwarz, ein Jahr Stillstand in Baden-Württemberg“, so der Titel unserer Debatte. „Stillstand gibt es hier in Baden-Württemberg nicht“, sagte Herr Schwarz eben. Meine Damen und Herren, ich tue das ja ganz selten, aber hier gebe ich Herrn Schwarz recht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Um Himmels willen!)

Stillstand ist es nicht. Da waren die Freien Demokraten sogar gnädig mit Kretschmanns Kiwi-Truppe. Es wäre angebrachter gewesen, zu formulieren: „Ein Jahr Rückschritt in Baden-Württemberg“.

(Beifall bei der AfD)

Das ist das, was wir haben. Das vermag nun in Anbetracht der wenig ruhmreichen Vorgängerkoalition wahrlich nichts Gutes zu heißen. Was früher undenkbar gewesen wäre, ist heute Realität. Die nominal konservative CDU koalitiert mit den Grünen als Juniorpartner im Ländle.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hat denn Ihre Fraktion verstanden, was Sie sagen?)

Man kann nur froh sein, dass konservative Granden wie Adenauer, Erhard oder Strauß das nicht mehr mitbekommen. Die würden sich im Grabe umdrehen.

(Beifall bei der AfD)

Ja, natürlich ist es für jedermann offensichtlich: Die nicht nur bis zur Krawattenfarbe durchgegrünte Union lässt sich von unseren grün-marxistischen Gesellschaftsklempnern ordentlich den Schneid abkaufen,

(Beifall des Abg. Stefan Rappé AfD – Widerspruch bei den Grünen)

und das in vielerlei Hinsicht. Sie haben schon richtig gehört, Sie verstehen mich auch.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Nein! Das tun wir nicht!)

Nehmen wir beispielsweise den von uns beantragten, nicht nur von Grün-Schwarz, aber leider eben auch von Schwarz

(Dr. Jörg Meuthen)

abgeschmetterten Untersuchungsausschuss „Linksextremismus“. Wissen Sie: Wenn „Spezialdemokraten“ und Faktenflüchtlinge wie ein Ralf Stegner hetzen, dass man Positionen und Personal der AfD attackieren müsse, dann ist das nichts anderes als verbaler Polithooliganismus der übelsten Sorte.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Wenn dieser Polithooliganismus dann auch noch in physische Gewalt – ausgeübt von den antifaschistischen Krawalltrupps – ausartet, dann wird es wirklich bedenklich.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Also jetzt reicht's!)

Das passiert immer öfter, vor allem gegenüber Vertretern meiner Partei und eben leider auch hier in Baden-Württemberg – unkommentiert von Ihnen; Sie scheinen sich daran zu erfreuen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Nein! Das tun wir nicht!)

Wenn aber AfD-Vertreter zu Freiwild erklärt und zu Opfern brutaler linker Gewalt werden,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

dann läuft in diesem Land etwas gehörig schief.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

In großem Maß mitverantwortlich dafür ist die etablierte Politik, die in ihrem geradezu obsessiven Kampf gegen rechts auf dem linken Auge völlig blind geworden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Ja!)

Anders lässt es sich nicht erklären, weshalb die grün-schwarze Landesregierung dem Untersuchungsausschuss „Linksextremismus“ ihre Zustimmung verweigert hat.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Bei den Grünen verwundert mich das überhaupt schon lange nicht mehr. Aber bei der CDU, muss ich zugeben, erschreckt es mich immer noch ein wenig. Ich wünsche – bei allen politischen Differenzen, die wir hier haben – wirklich niemandem in diesem Haus Holzknüppelschläge ins Gesicht, wie wir sie jüngst in Stuttgart erlebt haben, zerstochene Autoreifen und mit Farbbeuteln beworfene Hausfassaden. Ich hoffe – ich hoffe! –, dies beruht auf Gegenseitigkeit, auch wenn ich da allmählich Zweifel bekomme. Das ist erschreckend.

(Zuruf: Ja! – Zuruf von den Grünen: Können Sie mal zum Thema reden!)

Doch nicht nur in puncto Aufklärung linksextremistischer Umtriebe steht Grün-Schwarz für Intransparenz.

(Zuruf von der AfD: Dafür stehen Sie!)

Da mag man noch so häufig von den Vorzügen einer transparenten Politik predigen, einer Transparenz, die dem Bürger sein wohlbegründetes Misstrauen in die Politik nehmen soll. Die Mauscheleien zwischen Grün-Schwarz zu Beginn dieser Legislaturperiode haben dem selbst gesteckten Anspruch ei-

ner transparenten Politik doch eindeutig einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der AfD)

Wie der Pate Don Corleone empfing Winfriedo Kretschmann hinter verschlossenen Türen seine „Kiwi-Familia“, mit der er ein Parallelwerk zum Koalitionsvertrag entwarf.

(Zuruf: Parallelgesellschaft!)

Das haben wir hier schon häufiger diskutiert. Glasklare Mauschelei, für den Paten jedoch kein Problem. „Er mauschele schon immer“, ließ Don Winfriedo verlautbaren.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Das, meine Damen und Herren, ist eigentlich schamlos zur Schau getragene Arroganz der Macht,

(Beifall bei der AfD)

mit der offenkundig zugegeben wird, dass Intransparenz und Unehrllichkeit Konstanten des politischen Geschäfts seien.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn Herr Kollege Reinhart hier nun Teile der Opposition zu Eingeweihten machen will, dann empfinden das sicherlich weite Teile der Opposition eher als Bedrohung denn als Verheißung. Das nur am Rande.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Apropos Konstanten des politischen Geschäfts: Ja, Geschäft ist hier der richtige Ausdruck. Denn Grün-Schwarz und die magenta-gelb-rote Scheinopposition waren voller Elan bei der Sache, als es darum ging, sich den Staat zur Beute zu machen. Ich denke hier vor allem an die Wiedereinführung staatlicher Pensionen für Abgeordnete dieses Landes. Noch 2008 haben Landtagsabgeordnete ihre Diäten mit der Begründung erhöht, auf eine private Altersvorsorge umzusteigen. Nun, da die nichts mehr bringt und die niedrigen Zinsen nichts mehr abwerfen, wollen Sie wieder die staatlichen Pensionen einführen – natürlich ohne die Gehaltserhöhung rückgängig zu machen. Zum Glück konnten wir als parlamentarisches Sprachrohr des Volkes da einen so großen Druck ausüben, dass dieses – –

(Widerspruch – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Parlamentarisches Sprachrohr des Volkes“! – Gegenruf des Abg. Rüdiger Klos AfD: Das hat Ihnen wehgetan! – Unruhe)

– Ja, Sie hören schon richtig. Nicht wir haben wie die bedröppelten Pudel dagestanden, sondern Sie. Und Sie mussten dieses Selbstbedienungsgesetz zurücknehmen.

(Beifall bei der AfD)

Halbwertszeit Ihres Gesetzentwurfs: elf Tage. Das dürfte Rekord im baden-württembergischen Landtag sein. Dann haben Sie es wieder zurückgenommen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja! Genau so!)

(Dr. Jörg Meuthen)

Mit Verlaub, der Kartellparteiquadrige war die Schamesröte ins Gesicht geschrieben, und das zu Recht. Das, meine Damen und Herren, kann nicht der Anspruch ehrlicher und transparenter Politik für die Bürger sein. So sieht unehrliche Politik gegen die Bürger aus.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! – Abg. Alexander Maier GRÜNE: Wie lange dauerte die Trennung der AfD?)

Für solch eine Politik hat sich Ministerpräsident Kretschmann einen kongenialen Koalitionspartner ausgesucht: Thomas Strobl und seine CDU. Was wurden wir von Herrn Strobl nicht angefeindet für unsere Positionen zur Migrationspolitik,

(Zuruf von der AfD: So ist es! Ja!)

wir, die „üblen Rechtspopulisten“. Und dann taucht Herr Strobl auf und möchte plötzlich Marokko, Algerien, Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einstufen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Er will härtere Einwanderungsregeln, er will eine konsequente Abschiebep Praxis, und er will ein restriktiveres Asylrecht einführen – das geht mit den Grünen natürlich gar nicht.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Aber bravo, bravo, Herr Strobl. Sie haben gut bei uns abgeschrieben. Das ist nämlich 1 : 1 die Übernahme unserer Position.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen wäre Minister Strobl der ideale Minister für Plagiat –

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

weniger für Inneres. Denn Ihre ungläubwürdigen Lippenbekenntnisse nimmt Ihnen der Bürger auf der Straße sowieso schon lange nicht mehr ab.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Verantwortungslose Ideologiegetriebenheit, Mauscheleien und Unglaubwürdigkeit sind das eine, falsche Sachpolitik ist das andere. Auch da schaut es bei Grün-Schwarz richtig duster aus.

Der grüne Windkraftwahn kennt offenbar keine Grenzen. Im Jahr 2016 wurden hier 120 neue Windkraftanlagen gebaut und 200 weitere genehmigt. Die Verspargelung unserer schönen Kulturlandschaft schreitet voran – und das für unausgegorene Technologien, für die der Steuerzahler tief ins Portemonnaie greifen muss, nur um die Träume der Ökofantasten zu befriedigen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Genau so ist es!)

Von Verkehrsminister Hermann, der sich mit seiner Antiautogenda immer mehr als verkehrspolitischer Geisterfahrer erweist, sei ganz geschwiegen.

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

In puncto Bildung – weil das hier so groß angesprochen wurde – bewegt sich – seien Sie doch einfach mal ehrlich – auch nichts. Das linksideologisch induzierte Bildungsdebakel Baden-Württembergs ist beispiellos. Bis jetzt hat sich hier nichts geändert. Innerhalb weniger Jahre hat das links-grün-rote Bildungsexperiment dazu geführt, dass die Schüler Baden-Württembergs in nahezu allen relevanten Schuldisziplinen aus dem bundesweiten Spitzenfeld auf einen der ganz hinteren Plätze abgerutscht sind. Es ist wirklich unfassbar, wie linke Bildungsklempner die Schüler dieses Landes wie Versuchskaninchen für ihre ideologischen Bildungsexperimente missbraucht haben. Hat sich da im letzten Jahr irgendwas geändert? Das kann ich nicht erkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Vielleicht ein ganz kleiner Fortschritt: Immerhin soll nun das Schreiben nach Gehör verboten werden. Das haben wir, die AfD, übrigens schon immer gefordert.

(Zuruf: Ja! – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

– Ja, haben wir. – Dass so etwas überhaupt vertreten wird, lässt schon am Verstand der Menschen zweifeln, die so etwas fordern.

(Beifall bei der AfD)

Bleiben noch ein paar Worte zum Haushalt: Einigen wenigen von Ihnen wird vielleicht noch das Diktum des großen Ökonomen Joseph Schumpeter bekannt sein, der einst feststellte, dass sich eher der Mops einen Wurstvorrat anlegen wird, als dass das Parlament darauf verzichtet, vorhandenes Geld auszugeben.

In der Tat: In Zeiten von Rekordsteuereinnahmen keinen einzigen Cent zu tilgen ist im wahrsten Sinn des Wortes eine haushaltspolitische Bankrotterklärung auf Kosten kommender Generationen. Für Herrn Schwarz – wir haben es eben gehört – ist das sogar noch ein Erfolg. Mehr Kleinmut, lieber Herr Schwarz, war nie.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der mangelnde Ehrgeiz in puncto Sanierung ist das eine. Die falschen haushaltspolitischen Prioritätensetzungen sind das andere. Ein guter Staat ist ein schlanker Staat, der sich vehement auf seine Kernaufgaben konzentriert. In der Landespolitik sind das innere Sicherheit, Bildung, Infrastruktur.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Richtig!)

In allen drei Bereichen haben wir eher Rückschritt denn Stillstand. Wenn Sie wenigstens Stillstand hätten!

Kehren wir abschließend zum Mops zurück. Lorient sagte einmal: „Ein Leben ohne Mops ist möglich, aber sinnlos.“

(Zuruf des Ministers Thomas Strobl)

Nicht sinnlos, sondern höchst erstrebenswert wäre hingegen ein Leben ohne Grün-Schwarz in Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ein Jahr Grün-Schwarz in Baden-Württemberg – ein Jahr, in dem in Baden-Württemberg in vielen, in den entscheidenden, politisch relevanten Feldern viel zu wenig passiert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns den Startpunkt vor einem Jahr nochmals vor Augen führen, dann sehen wir: Da war es ganz sicher so, wie der Ministerpräsident auch immer wieder sagt: Es war nicht Ziel beider Parteien, die jetzt in der Regierung sind, im Anschluss eine Regierung zu bilden. Dass das nicht Ziel war, das haben wir in den letzten Jahren und gerade auch im vergangenen Jahr deutlich merken können. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, zwischen diesen beiden Parteien, zwischen Grünen und CDU, gibt es in nahezu keinem politisch relevanten Feld überhaupt Übereinstimmungen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Deswegen kann es einen eigentlich auch nicht wirklich verwundern, dass im letzten Jahr verhältnismäßig wenig passiert ist. Es gab weniger Gesetzgebungsinitiativen der Regierung als in den Jahren zuvor. Wir haben auch nicht von der Regierung erfahren, was sie zu tun gedenkt. Thema Regierungserklärungen: Ich kann mich an nur eine erinnern, nämlich die zu Beginn der Regierungszeit.

Deswegen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Verstecken Sie sich nicht hinter dieser vermeintlichen Ruhe. Sie haben keine Idee, wie Sie dieses Land in die Zukunft führen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bleibe auch bei dem Bild, das Kollege Rülke vorhin entworfen hat. Ich möchte nicht über die Frage der Winterlinde philosophieren, aber doch anmerken: Das gestrige Treffen von Grünen und Schwarzen, um gemeinsam ein Bäumchen zu pflanzen,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Einen ausgewachsenen Baum!)

vermittelte laut Kommentar der „Stuttgarter Zeitung“ doch eher das Bild eines Trauerzugs. Deswegen: Nächstes Mal bitte eine Trauerweide pflanzen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Dass Trauer vielleicht auch ganz richtig ist, sieht man an wenigen Projekten, die die Regierung dann tatsächlich angegangen ist. Herr Ministerpräsident, ich glaube, das ist kein Kompliment an die Regierung, aber Sie haben die Möglichkeit, was die Finanzpolitik angeht, aus dem Vollen zu schöpfen. Sie haben gemeinsam mit Ihren Regierungsmitgliedern und mit den Regierungsfractionen eine Einnahmesituation, wie sie noch nie zuvor im Land vorhanden war. Sie können tatsächlich in vielen Feldern gestalten – nur ist es leider so, dass Sie nicht wirklich zum Gestalten kommen.

Nehmen wir das Thema „Finanzen und Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen“. Wir haben in Baden-Würt-

temberg starke Kommunen. Wir haben Kommunen, die gerade jetzt unsere Partner sein müssen, wenn es um die Bewältigung wichtiger Aufgaben geht, wenn es um die Frage nach bezahlbarem Wohnraum geht, wenn es um die Frage der Integration von Menschen geht, wenn es um Bildung insgesamt geht. Aber was ist die Idee dieser Landesregierung? Sie zwingt die kommunalen Landesverbände an den Tisch, um ihnen dann im Wege der Vorwegentnahme 320 Millionen € zusätzlich wegzunehmen, und das in einer Zeit, in der die Kommunen nicht weniger, sondern deutlich mehr Geld brauchen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Klaus Dürr und Udo Stein AfD)

Was ist das Nächste, was Sie tun, was vielleicht auch noch in Erinnerung bleiben wird? Sie gehen in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik einen Bereich an, den wir uns in der Vorgängerregierung auch vorgenommen hatten, nämlich die Frage der Studiengebühren, eine Frage, die natürlich mit der Finanzausstattung der Hochschulen zu tun hat, die aber auch mit der Möglichkeit des Zugangs zu Bildungseinrichtungen zu tun hat.

Was ist Ihre Idee, um angebliche Finanzlöcher im Haushalt zu stopfen? Ich glaube, Frau Wissenschaftsministerin, damit gehen Sie wirklich in die Geschichte des Landes, vielleicht sogar des Bundes ein: Sie haben jetzt die Idee, in einer Zeit, in der die öffentlichen Kassen vor allem des Landes gefüllt sind, Studiengebühren für ausländische Studierende einzuführen. Das ist ein Hohn, vor allem, wenn die Grünen überall Weltoffenheit und Toleranz predigen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

In den Bereichen, in denen die Wirtschaft unseres Landes in besonderer Weise stark ist, wie im Automobil- und im Maschinenbau, glänzt die Regierung ja auch – aber in höchst ironischem Sinn.

Meine sehr geehrten Damen und Herren – da richte ich meinen Blick insbesondere auch auf die CDU –, wer es zulässt, dass in der Landespolitik eine Debatte darüber geführt wird, ob und wie lange der Verbrennungsmotor noch ein Teil der Wirklichkeit in der Produktion in Baden-Württemberg sein wird, wer so wie der Verkehrsminister den Diesel bei allen Gelegenheiten schlechtreDET, der sägt an einem der wichtigsten Stämme, auf dem die baden-württembergische Wirtschaft und damit das Wohl unserer Gesellschaft stehen. Wer so agiert, handelt wider die Interessen des Landes.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Schauen wir uns dieses Thema doch einmal ein bisschen genauer an. In dieser Branche sind – wie übrigens in anderen Branchen auch – im Moment extrem dynamische Veränderungsprozesse im Gang. Viele dieser Veränderungsprozesse werden mit dem Wort „Globalisierung“ überschrieben, andere stehen unter der Überschrift „Digitalisierung“. Gerade in Mobilitätsfragen geht es auch um die Veränderung hin zu alternativen Mobilitätskonzepten.

Was passiert aber? Wenn ich heute mit Fahrverboten ab dem 1. Januar 2018 operiere oder wenn ich, wie es die grüne Par-

(Andreas Stoch)

tei tut, ab 2030 – so Beschluss des Bundesparteitags – Verbrennungsmotoren von den Straßen verbannen möchte, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, dann schade ich dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg nachhaltig, und dann setze ich mutwillig und fahrlässig Hunderttausende von Arbeitsplätzen in diesem Land aufs Spiel.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Klaus Dürr AfD und Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Deswegen sollte sich diese Landesregierung ein Wort einmal durch den Kopf gehen lassen. Das Wort, das ich in dieser Landesregierung nicht verankert sehe, ist das Wort „Teilhabe“. Menschen brauchen, wenn sie das Gefühl haben wollen und sollen, Teil dieser Gesellschaft zu sein, einige wichtige Eckpunkte, auf denen ihre Existenz fußt.

Zu diesen Eckpunkten gehört u. a. die Frage: Womit ernähre ich meine Familie? Angesichts der dynamischen Veränderungsprozesse sehe ich bei dieser Landesregierung, auch bei der Wirtschaftsministerin und vor allem auch beim grünen Regierungspartner, keine Sensibilität für die Frage: Wie muss Weiterbildung funktionieren, damit Menschen auch in Zukunft in Baden-Württemberg arbeiten können und ihre Familien ernähren können?

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Bereich, auf dem die Menschen in ihrer Existenz fußen – Herr Kollege Reinhart, da möchte ich auch auf Sie und auf Herrn Kollegen Schwarz zurückkommen –: Wenn wir wissen, dass heute Menschen Probleme haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden, wenn wir wissen, dass gerade bei der Verfügbarkeit von Wohnraum nicht der Markt das Allheilmittel ist, dann brauchen wir auch staatliche Mittel, die unterstützen, dass wir bezahlbaren Wohnraum generieren. Die Fehler der letzten 15, 20 Jahre kann man nicht auf Knopfdruck beseitigen. Aber wenn der Bund die Mittel verdreifacht, dann erwarten wir vom Land auch, dass es nicht nur die Mittel des Bundes weitergibt, sondern dass das Land eigene Akzente setzt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben wir!)

Dazu gehört auch eine Veränderung der Landesbauordnung, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ein Thema möchte ich auch noch ansprechen, weil das hier schallplattenartig kommt, Herr Kollege Reinhart: Wenn wir uns das Thema Bildungspolitik anschauen und wenn wir uns auch z. B. – Sie zitieren es gern – die Ergebnisse der IQB-Vergleichsstudie aus dem Jahr 2016 anschauen, dann hören Sie doch auf, sich hier in die eigene Tasche zu lügen! Die Schüler, die dort geprüft wurden – das müssten eigentlich die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und auch der Ministerpräsident wissen –, waren Schüler, die im Jahr 2015 geprüft wurden. Da war noch kein einziger Gemeinschaftsschüler in der neunten Klasse.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie mal etwas zu G 8!)

Die Schüler, die dort geprüft wurden, sind letztlich Schüler des alten Systems. Wir brauchen Schülerinnen und Schüler, die Ganztagschulen besuchen können,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Thema G 8!)

die mit modernster Pädagogik unterrichtet werden und die in einer lebensfähigen Schulstruktur unterrichtet werden. Das haben Sie Jahre und Jahrzehnte verschlafen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Unfassbar!)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

ist es eine Erwartung, die nicht nur die Oppositionsfractionen haben, sondern eine Erwartung, die die Menschen im Land Baden-Württemberg haben: Wir brauchen eine Landesregierung, die diese Prozesse nicht nur geschehen lässt. Wir brauchen eine Landesregierung, die Impulse für Weiterbildung setzt, die Impulse für mehr Bildungschancen setzt und nicht Lehrerstellen streicht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir brauchen vor allem eine Regierung, Herr Ministerpräsident Kretschmann, die nicht den Ausspruch prägt – wie vor wenigen Tagen von Ihnen im Interview zu lesen –, der Kompromiss sei ein Wert an sich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist er auch!)

Ich habe es eingangs beschrieben: Wenn zwischen diesen Regierungsfractionen wenige inhaltliche Schnittmengen sind, dann befürchte ich, dass der Kompromiss, der nach Ihrer Ansicht ein Wert an sich ist, etwas Inhaltloses ist, das nur den Frieden, nur den Machterhalt in den Mittelpunkt stellt, aber nicht das Wohl der Menschen in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Ein Jahr Stillstand“, sagt die FDP/DVP. Was sagen die Fakten? Die Zahl der Beschäftigten im Land ist so hoch wie noch nie in der Geschichte Baden-Württembergs.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat Grün-Schwarz gemacht?)

Bei uns gibt es so wenige Arbeitslose wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat Grün-Schwarz gemacht?)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Nirgendwo sonst als bei uns haben so wenige junge Leute keinen Job.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat Grün-Schwarz gemacht?)

In fast keinem anderen Bundesland ist das Pro-Kopf-Einkommen so hoch wie bei uns.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat Grün-Schwarz gemacht?)

Die Wirtschaft in unserem Land brummt. Wir gehören zur Lokomotive Deutschlands und Europas, sind Innovationsweltmeister. Fast 5 % des Bruttoinlandsprodukts gehen bei uns in Forschung und Entwicklung. Das ist ein absoluter europäischer Spitzenwert. Wir sind Exportweltmeister; darüber beschweren sich andere ja schon. Baden-Württemberg ist das sicherste Land Deutschlands. Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung der Republik.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Auch darüber beschwert sich Herr Rülke!)

Nirgendwo engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich wie bei uns.

All das zeigt: Baden-Württemberg ist ein starkes und dynamisches Land. Von Stillstand keine Spur!

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Im Gegenteil: In Baden-Württemberg bewegt sich richtig was.

Herr Kollege Rülke, zu Ihrer Rede kann ich nur sagen: Hast du ein Problem, mach Scherze. Natürlich haben Sie einfach das Problem: Sie haben nichts Richtiges im Köcher.

(Heiterkeit des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Zum Schluss müssen Sie sich in das Nachtangelverbot flüchten. Ich meine, wenn das jetzt Ihre großen Pfeile sind, kann ich relativ beruhigt aus der Debatte gehen, obwohl auch das wichtige Fragen für die Betroffenen sind:

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch und des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

die Fischer, die Angler

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir werden es dort ausrichten!)

und die Fische.

Natürlich haben Sie recht, Herr Kollege Rülke: Das ist natürlich in erster Linie das Verdienst der tüchtigen Menschen im Land, der Bürgerinnen und Bürger, die engagiert sind, innovativer Unternehmen und starker Kommunen. Aber es zeigt auch: Das Land wird gut regiert. Wir wissen selbstverständlich: Diese ganzen Zahlen sind keine Selbstläufer. Wir leben in unruhigen Zeiten. Es gibt viele Risiken. Die nehmen wir ernst. Das sind auch die großen Herausforderungen für die Zukunft.

Wir sehen eine wachsende Polarisierung der Gesellschaft. Kollege Meuthen hat dafür ja gerade wieder ein Beispiel abgeliefert.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Immer gern!)

Wir sehen die Digitalisierung, die alle unsere Lebensbereiche und Wirtschaftsbereiche umpflügt. Wir sehen die großen Transformationsprozesse in der Automobilindustrie. Wir sehen den Klimawandel und das dramatische Artensterben. Wir wissen: Die Probleme mit Flucht, Migration und Integration sind sehr große Herausforderungen.

Wir sind froh, dass es in Europa jetzt wirklich Gegensignale gegen den Europaverdruss gegeben hat: mit Van der Bellen in Österreich, mit den Wahlerfolgen der europafreundlichen Parteien in den Niederlanden und jetzt mit dem Sieg von Emmanuel Macron. Ich glaube, das sind wirkliche Hoffungszeichen. Aber die Herausforderungen sind ebenso groß.

Wir haben dabei einen klaren Kompass. Dieser Kompass, meine Damen und Herren, heißt: Zusammenhalt, Innovation und Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich bin überzeugt, dass gerade diese Koalition, weil sie sich aus unterschiedlichen Richtungen zusammenfinden musste – Sie, Herr Rülke, wollten ja von vornherein gar nicht. Wir haben ein bisschen den Eindruck: Die Oppositionsarbeit macht Sie allmählich ein bisschen müde.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe keinen Schlafmangel! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Schlafbedarf vielleicht!)

– Sie haben vielleicht kein Schlafproblem, aber irgendwie ermüdet Sie die ewige Oppositionsarbeit. Das Verhältnis von Scherzen zu Inhalten geht immer mehr zu den Scherzen über. Jedenfalls ist das meine Wahrnehmung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Also: Die harten Mühen der Ebene in der Oppositionsarbeit – also wirklich in die Themen hineinzugehen und präzise, harte Angriffe gegen die Regierung zu fahren –, das würde ich mir ein bisschen mehr wünschen, statt dass über Winterlinden

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die habt ihr doch gepflanzt!)

und Krawatten Scherze gemacht werden,

(Vereinzelt Beifall)

die uns allerdings erfreuen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, genau! Die sind schön!)

Ihre Reden sind wirklich unterhaltsam, keine Frage. Auch das ist in einem Parlament ab und zu ja nicht schlecht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir nehmen die Herausforderungen an. Nach einem Jahr haben wir da schon Erhebliches vorzuzeigen. Ich glaube, gera-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

de diese Koalition kann einen guten Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft leisten, weil sie aus unterschiedlichen politischen Richtungen der Gesellschaft kommt.

Eines ist klar: Innere Sicherheit ist nach den Terroranschlägen der letzten Jahre und auch im letzten Jahr natürlich ein wichtiges Thema. Sicherheit steht in solchen Zeiten ganz oben, keine Frage. Deswegen haben wir sofort ein weiteres Antiterrorpaket beschlossen. 380 Polizeistellen sind schon ausgewiesen und in diesem Jahr geschaffen, dazu weitere Stellen in der Justiz. 20 Millionen € wurden zusätzlich für die Ausrüstung bereitgestellt.

Mit der Wohnraum-Allianz arbeiten wir an bezahlbarem Wohnraum. Die Mittel wurden um 20 % auf 250 Millionen € aufgestockt. So viel ist für den Wohnungsbau noch nie ausgegeben worden.

Wir tun etwas für die bestmögliche Bildung im Land. Natürlich haben uns alle die Ergebnisse der IQB-Studie schockiert.

(Zuruf: Mich nicht!)

Deswegen starten wir eine Qualitätsoffensive bei der Bildung. Das Wichtigere aber war: Als diese Ergebnisse bekannt wurden, haben wir Anstrengungen unternommen, um zusammen herauszufinden, wo die wirklichen Gründe dafür liegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich bin wirklich stolz darauf, dass wir es geschafft haben, aus den ideologischen Gräben herauszukommen. Wir haben uns vorbehaltlos angehört, woran es liegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Das tun wir jetzt seit Monaten mit allergrößter Sorgfalt, indem wir

(Abg. Gernot Gruber SPD: Lehrerstellen streichen!)

Menschen aus der Praxis und aus der Wissenschaft sowie Betroffene anhören, um wirklich herauszufinden, woran es liegt.

(Abg. Anton Baron AfD: Und woran liegt es?)

Denn nur wenn wir das wissen, können wir Gegenmaßnahmen erörtern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Das wird jetzt bald abgeschlossen sein, wobei die Thematik so komplex ist, dass wir daran noch weiter arbeiten müssen. Aber die ersten Ergebnisse sind klar.

(Abg. Gernot Gruber SPD: Welche? – Abg. Anton Baron AfD: Gemeinschaftsschulen schließen!)

Wir werden das dann sehr kraftvoll und entschieden angehen. Ich nenne nur ein wichtiges Beispiel: Lehrerfortbildung. Daran hat es bisher gemangelt. Ihr müssen wir einen ganz anderen Stellenwert einräumen. Es ist ganz entscheidend wichtig, die Qualität der Lehrerfortbildung zu stärken.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Stefan Räßle AfD: Und was ist mit der Qualität der Ausbildung?)

Das haben alle Analysen und alle Gespräche mit Experten und Menschen aus der Praxis ergeben.

Wir nehmen die Probleme, die auf uns zukommen, also auf

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

und gehen sie entschlossen an. Dort, wo schnell gehandelt werden muss, etwa bei Unwetterkatastrophen oder bei Sicherheitsfragen, gehen wir zügig heran und entscheiden sofort. Bei anderen Fragen, so wie dieser, lassen wir uns Zeit, um die Ursachen herauszufinden und darüber nachzudenken, was das bedeutet. Anschließend gehen wir dies ebenfalls entschlossen an, aber immer mit Besonnenheit, mit Bedacht und mit Zuverlässigkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Herr Rülke und Herr Stoch, diese Qualitätsoffensive haben wir ja längst gestartet: Ausbau der Kita-Plätze, intensivere Sprachförderung im Kindergarten, fast 500 zusätzliche Lehrstellen für Lesen, Rechtschreiben und Rechnen in der Grundschule,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Füst-Blei SPD)

260 zusätzliche Stellen für Poolstunden und individuelle Förderung in den Realschulen, Herr Rülke, über 100 zusätzliche Stellen für mehr Vertiefungsstunden in Klasse 10 an den Gymnasien, 160 zusätzliche Stellen für die Inklusion, Ausbau der Ganztagschulen, Vertiefung der Gemeinschaftsschulen. Ich meine, das ist ein Paket, das sich nach einem Jahr neuer Koalition doch wohl sehen lassen kann.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wenn Sie etwas anderes wollen, dann legen Sie es bitte einmal hier vor, und wenn Sie mehr wollen, dann sagen Sie, wo das sein soll und wie es finanziert werden soll. Das würde mich schon einmal interessieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vor allem das Letzte, Herr Ministerpräsident!)

Zur Integration von Flüchtlingen ist bereits erwähnt worden, dass wir im Rahmen des Integrationspakts 320 Millionen € an die Kommunen geben. Das ist gut angelegtes Geld. Denn Integration fängt immer vor Ort an.

Das Volumen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum haben wir um 15 % aufgestockt. Auch daran wird deutlich: Wir haben auch den ländlichen Raum im Blick.

Ich nehme als Beispiel nur einmal den Bereich der Krankenhäuser. Wir haben den höchsten Betrag, den es jemals gab, in die Krankenhausfinanzierung gesteckt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Der riesige Antragsstau von 1,6 Milliarden €, der dort bestanden hat, ist bis auf 300 Millionen € abgearbeitet. Das sind absolute Topleistungen dieser Regierung, die sich sehen lassen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Jetzt komme ich zu dem wichtigen Thema Automobilindustrie. Es ist klar, wir stehen da vor einem tiefen Umbruch, Herr Kollege Stoch. Der Umbruch sieht so aus, dass sich die ganze Mobilitätsstruktur dramatisch ändert. Beim Automobil gibt es die Entwicklung bei der Elektromobilität, aber auch bei anderen Antriebstechnologien wie etwa der Wasserstoff- und der Brennstoffzellentechnologie. Dort stehen für die Automobilindustrie schwierige Entscheidungen bevor in der Frage, wohin der Weg gehen wird. Ich habe davor großen Respekt. Die Entwicklung erfordert von der Automobilindustrie gigantische Summen. Die neuen Strategien müssen ja mit den alten finanziert werden. Es stehen ganz schwierige Entscheidungen bevor, weil die Automobilindustrie da auf mehreren Spuren fahren muss. Aber klar ist, dass das notwendig ist, dass das kommen wird und kommen muss, allein schon aus Klimaschutzgründen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

aber auch weil die Konkurrenz im Ausland nicht schläft.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

Ich nenne nur China, das jetzt Quoten in diesem Bereich vorschreibt. Das sind gigantische Herausforderungen.

Zweitens wird das autonome Fahren das Automobil sozusagen neu erfinden.

Drittens wird das, was man Connectivity nennt, nämlich die Vernetzung aller Verkehrsträger, aller Akteure im gesamten Verkehrssektor miteinander, zu totalen Umwälzungen führen bis dahin, dass neue ökonomische Plattformen entstehen. Car-sharing ist in den Metropolen längst aus der Nische heraus. So werden sich da auch weitere Änderungen abspielen.

Man sieht: Dieser Transformationsprozess ist ganz entscheidend wichtig für unser Land. Denn Baden-Württemberg ist ein Automobilstandort, und wir wollen, dass Baden-Württemberg dies auch in Zukunft bleibt.

(Abg. Anton Baron AfD: Nur kein Batteriestandort!)

260 000 Arbeitsplätze im Land hängen an der Automobilindustrie. Die große Kunst wird jetzt sein, gemäß den Anforderungen des Klimaschutzes, aber auch für den Erhalt der Wertschöpfung und der Arbeitsplätze das Richtige zu tun.

Darum beginnt diese Landesregierung mit der Automobilindustrie einen strategischen Dialog, damit wir uns hier gemeinsam committen, damit auf dem Weg keine Nadelöhre entstehen, etwa bei den Infrastrukturen. Derzeit ist die Elektromobilität von der Quantität her ja immer noch in der Nische. Wir müssen aufpassen, dass dann, wenn sie aus der Nische kommt – das wird bei den neuen Modellreihen mit Sicherheit der Fall sein –, nicht andere Nadelöhre entstehen, etwa bei der Infrastruktur. Deswegen legt die Landesregierung da mit der Landesinitiative Elektromobilität III Programme auf.

Man sieht also: Wir nehmen die Probleme auf und führen den ganz richtigen Dialog mit der Automobilindustrie. Denn wir können nicht nur ab und zu, wenn es irgendwo hakt, diese Debatten führen, sondern wir führen sie jetzt beständig. Ich bin auf großen Zuspruch gestoßen bei allen Akteuren aus der Automobilindustrie,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Weil sie höflich sind!)

aus dem Zuliefererbereich, aus dem Bereich der Akteure des öffentlichen Verkehrs, aus der Wissenschaft. Sie alle müssen zusammenarbeiten, damit wir das gut machen. Wenn man sich nur einmal klarmacht, dass die Wertschöpfung bei der elektrischen Antriebskette vielleicht ein Sechstel von der Wertschöpfung beim Verbrennungsmotor ausmacht, dann sehen wir, vor welchen Herausforderungen wir stehen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist Analyse!)

Wir müssen also das, was auf dieser Seite wegfällt, in Zukunft auf der anderen Seite wieder gewinnen. Denn dann werden ja andere Komponenten ins Auto kommen. Das alles sind wichtige strategische Fragen, die wir angehen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir gehen aber auch die aktuellen Probleme an. Wir warten nicht auf die Gerichte. Wir haben zu lange auf sie gewartet.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Wir haben ein Problem mit den Schadstoffwerten in unseren Großstädten. Das kann doch niemand ernsthaft bestreiten. Da geht es einerseits um die Gesundheit der Bevölkerung, andererseits aber auch um die Mobilitätsbedürfnisse. Dazwischen muss man eben irgendwo durchkommen. Das ist eine Aufgabe von Regierungshandeln.

Wir verletzen die betreffende EU-Richtlinie seit elf Jahren.

(Abg. Anton Baron AfD: Und?)

Bürgerinnen und Bürger sowie Verbände haben geklagt. Wir stehen unter dem Druck von Gerichten und müssen diese Probleme lösen. Bei den Problemen ist jedes Jahr eine Besserung eingetreten – aber nicht schnell genug. Darum haben wir jetzt in dem neuen Luftreinhalteplan einen ganzen Strauß von Vorschlägen gemacht und sehen als Ultima Ratio auch Fahrverbote für Fahrzeuge mit einem hohen Schadstoffausstoß vor.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Euro 5, nicht?)

Darauf hat sich die Koalition geeinigt. Und siehe da: Bevor wir das beschlossen hatten, habe ich gehört: „Das mit der Nachrüstung geht überhaupt gar nicht.“ Und jetzt, da das Ganze steht, bewegt sich die Automobilindustrie auf einmal – die Zulieferer bewegen sich ohnehin. Wir haben, denke ich, die Aussicht, dass es zu einer erfolgreichen Nachrüstung kommt.

Wir wollen ja keine Fahrverbote. Wir wollen vielmehr saubere Luft.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wenn wir dieses Ziel auf andere Weise erreichen,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

werden wir von Fahrverboten Abstand nehmen. Ich meine, das ist eine klare, sehr rationale Haltung. Ich weiß gar nicht, was dazu die Alternative der Sozialdemokraten sein soll.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident Kretschmann, lassen Sie – –

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Der Regierende Bürgermeister Scholz, Hamburg, macht genau dasselbe: Er legt einen Luftreinhalteplan vor, in dem ebenfalls, wie bei uns, als Ultima Ratio Fahrverbote vorgesehen sind. Ich weiß jetzt gar nicht, was die Debatte da soll.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist etwas ganz anderes! – Abg. Sascha Binder SPD: Eine Straße in Hamburg! – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident – –

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich sage auch noch einmal: Mit solchen Sprüchen wie „kalte Enteignung der Autofahrer“ kommt man nicht voran. Ich rede ja auch nicht von einer kalten Enteignung der Gesundheit anderer Menschen. Solche Sprüche bringen alle nichts. Vielmehr müssen wir problemlösungsorientiert vorgehen.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Das tun wir mit einem breit gefächerten Maßnahmenkatalog von Stadt und von Land. Wer noch fehlt, ist der Bund. Wir sind klar für eine blaue Plakette. Mein Stellvertreter und ich setzen uns dafür in Berlin ein. Es liegt nicht an uns.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident – –

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Dies wäre das Instrument, um das Problem so zu lösen, dass, glaube ich, solche Friktionen wie jetzt nicht mehr entstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident Kretschmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

(Oh-Rufe von den Grünen und der CDU)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Des Abgeordneten?

Präsidentin Muhterem Aras: Räßle.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein.

Präsidentin Muhterem Aras: Nein.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Jetzt sind noch ein paar Worte zum Diesel erforderlich, lieber Herr Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

Erstens: Vom sauberen Diesel habe ich schon vor der Fahrt gesprochen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum wollt ihr dann verbieten? – Abg. Reinhold Gall SPD: Warum verbietet ihr es dann?)

– Ich will den sauberen Diesel überhaupt nicht verbieten. Ich habe ihn promoviert, falls Ihnen das nicht aufgefallen ist.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Ich habe ihn promoviert. Ich konnte mich nämlich durch eine Testfahrt überzeugen, Herr Rülke.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ach, so geht das?)

Da riecht man nicht am Auspuff, denn bei diesen Schadstoffkonzentrationen versagt der menschliche Geruchssinn.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Da muss man schon auf ein Tablet und auf die Messergebnisse schauen. Das war nämlich ein Messfahrzeug.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach, so läuft das?)

Jetzt nehme ich ja nicht an, Herr Kollege Rülke, dass ein Autokonzern eine Testfahrt mit einem Ministerpräsidenten macht, deren Ergebnis ist, dass sich der Diesel im Realbetrieb als sauber erweist, während sich das nachher doch wieder nicht herausstellt. Das nehme ich nicht an.

(Zuruf: Aha!)

Das war der Sinn dieser Frage.

Damit ist deutlich: Den sauberen Diesel gibt es tatsächlich. Den wollen wir, und den nicht sauberen wollen wir in Zukunft nicht mehr. Der saubere Diesel ist eine wichtige Übergangstechnologie. Auf Dauer müssen wir auch davon Abstand nehmen, weil wir in andere Antriebskonzepte müssen, es sei denn, er wird mit Kraftstoffen der zweiten Generation gefahren, die dann letztlich aus regenerativen Energien stammen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das alles sind offene Fragen. Ich denke, da ist meine Haltung sonnenklar. Das war ein ganz klarer, rationaler Prozess. Es tut mir leid: Da nutzen Ihre Scherze gar nichts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das ist ein wichtiger Punkt.

Ebenso wichtig ist das zweite große Zukunftsthema: die Digitalisierung. Worum geht es da eigentlich? Kollege Oettinger sagt immer: „Die erste Halbzeit haben wir verloren.“ Jeder kennt die großen IT-Konzerne über dem Teich.

Wir haben jetzt die große Chance, beim Internet der Dinge mit dem, was man heute als „Wirtschaft 4.0“ bezeichnet – das betrifft auch das Handwerk und die Dienstleister –, in die Champions League aufzusteigen. Dies ist die entscheidende Herausforderung, vor der wir stehen. Die geht diese Regierung auf allen Gebieten kraftvoll an.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich glaube, es ist kein Schaden, wenn ich zusammen mit der Wirtschaftsministerin nach Israel reise. Ich bin da kein blind-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

der Passagier. Vielmehr ist es vernünftig, zum gleichen Thema nicht nacheinander in dasselbe Land zu reisen. Dass man das zusammen macht, ist einfach sinnvoll. Es erspart überflüssige Gespräche und überflüssige Flüge. Herr Rülke, so einfach ist die Welt. Da müssen Sie nichts hineingeheimnissen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Welcher strategische Wettbewerb findet da statt? Die Frage ist: Ziehen die großen IT-Unternehmen die Industrie an, oder ziehen die Wirtschaft, die Industrie, die Mittelständler in unserem Land IT an? Das ist die entscheidende Frage. Ich bin sicher: Die Industrie wird IT anziehen. Die Mittelständler stellen sich da auf – die Großen machen das ohnehin.

Wenn wir das schaffen – davon bin ich überzeugt –, dann steigen wir beim Internet der Dinge in die Champions League auf. Denn wir haben die Dinge. Die haben die anderen nicht. Da wird mich auch Tesla nicht irritieren. Ich bin felsenfest davon überzeugt. Allerdings müssen wir etwas dafür tun, und das tun wir auf allen Gebieten.

Mit solch großen Maßnahmen wie dem Cyber Valley – da wird das größte Zentrum für künstliche Intelligenz in Europa geschaffen – zeigen wir, dass wir alles tun, um mit unserer hervorragenden Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die wir haben, voranzukommen und den Rahmen richtig zu stecken, damit die Wirtschaft in unserem Land an diesem scharfen internationalen Wettbewerb als Champions-League-Mitglieder teilnimmt. Dafür tut diese Regierung alles.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich will jetzt nicht alle Einzelheiten ausbreiten. Das haben die anderen Redner der Regierungsfractionen bereits gemacht – herzlichen Dank für die Unterstützung. Diese Regierung hat auf jedem wichtigen politischen Gebiet gehandelt. Das können Sie überhaupt nicht bestreiten.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Wir werden auch weiterhin handeln.

Was uns noch als wichtige Herausforderung neben allen anderen, die ich schon genannt habe, bevorsteht, ist der dramatische Artenrückgang – er ist dramatisch; das kann man nicht anders sagen – bei Insekten und Vögeln. Wenn man weiß, dass diese an der Basis der ökologischen Pyramide stehen, dann weiß man auch, dass das echte Alarmsignale sind.

Die Herausforderung für diese Regierung besteht darin, einerseits Baden-Württemberg als den Industriestandort Europas zu erhalten, andererseits aber zugleich das grüne Baden-Württemberg dabei nicht zu ruinieren. Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen. Dem wird sich diese Regierung mit aller Kraft widmen.

Ich will zum Schluss noch mal sagen: Wenn Sie dazu präzise Vorschläge haben, sind wir dankbar, keine Frage.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Beschließen Sie die dann?)

Allerdings will ich Ihnen zu dem, was Sie zum Haushalt gesagt haben, noch mal sagen: Da liegen wir völlig richtig. Ich

habe es Ihnen am Beispiel der Krankenhausinvestitionen gesagt, wie diese Antragsliste abgearbeitet wurde. Wir müssen in diesen Zeiten investieren. In Deutschland wird zu wenig investiert; aber von dieser Landesregierung kann man das gewiss nicht sagen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Nur wenn wir den Sanierungsstau auf allen Ebenen bis zum Jahr 2020 zügig abbauen, werden wir überhaupt in der Lage sein, ab 2020, wenn die Schuldenbremse gilt, den Haushalt auch ohne Neuverschuldung ausgeglichen zu halten, ohne wieder gravierend bei Sanierungen sparen zu müssen, was nicht der richtige Weg sein kann.

Deshalb ist dieser Weg richtig: Wir bauen jetzt die impliziten Schulden in Form von nicht oder zu wenig getätigten Investitionen ab, damit wir im Jahr 2020 keine Haushalte mehr auf Kante nähen müssen, sondern in der Lage sind, ab dem Zeitpunkt, ab dem wir den Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden auszugleichen haben, in die Schuldentilgung zu gehen. Das ist dann der richtige Zeitpunkt. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die implizite Verschuldung des Landes abzubauen, und das tun wir.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich die vielen Scherze und die Polemik mal abziehe, habe ich nicht gesehen, dass Sie bei irgendwelchen großen Vorhaben richtig Kritik üben und sagen, man müsse etwas ganz anderes machen, oder man müsse viel mehr machen.

(Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Andreas Stoch SPD)

All das habe ich nicht gehört. Aber Sie haben ja Gelegenheit, es jetzt noch mal vorzutragen. Auf jeden Fall: Herzlichen Dank.

Diese Regierung ist gut aufgestellt. Sie arbeitet gut und ordentlich, und – ich kann es nur noch mal wiederholen – sie arbeitet besser, als ich es geglaubt hatte.

(Zuruf von der AfD)

Warum? Weil sich beide Koalitionspartner an den Fragen orientieren: „Was ist wichtig für dieses Land? Und was ist wichtig für seine Menschen?“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! So ist es!)

und erst dann berücksichtigen sie den eigenen Laden – nicht umgekehrt. Nur dann kann man ideologische Gräben überbrücken und im Regierungshandeln selbst zeigen, dass man auch als eine Koalition, die sich nicht gesucht, aber nun wirklich gut gefunden hat, gut zusammenarbeiten und Wichtiges, Entscheidendes für dieses Land tun kann, damit wir dieses schöne, wunderbare und starke Land auch weiter voranbringen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen das Wort. – Zurück zu den Oppositionsfractionen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Wunderbar, sehr schön. Das ist eine willkommene Gelegenheit.

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihnen sehr sorgsam zugehört. Nehmen Sie es mir nicht übel, aber Sie sprachen von brummender Wirtschaft. Ich hatte den Eindruck, das Einzige, was hier brummt, ist Ihre Phrasendreschmaschine.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Wenn die Wirtschaft brummt, und das tut sie in der Tat – noch –, dann hat das mit der Politik dieser Regierung nichts, aber gar nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es!)

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, mehr Konkretes von der Opposition einfordern, wie Sie das, sich an Herrn Rülke wendend, getan haben: Wie wäre es denn, wenn Sie mal als Regierung – das wäre Ihre Aufgabe – Konkretes ablieferten, anstatt Phrasen wie Qualitätsoffensive, Innovation, Digitalisierung und die üblichen Schlagworte, die in einer solchen Debatte zwangsläufig gebracht werden müssen, zu verwenden?

Nennen Sie, Herr Kretschmann, mir doch quantitativ und datenbasiert einen einzigen empirisch gesicherten Erfolg Ihrer Regierungsarbeit – einen einzigen! Dann wäre ich schon dankbar. In Ihrer Rede habe ich nichts davon gehört – gar nichts. Wo also ist der Erfolg Ihrer Regierungsarbeit? Was haben Sie denn vorzuweisen – außer der für die Menschen schlicht irrelevanten Feststellung, dass Sie sich in der Regierung alle liebhaben? Das mag ja schön sein; auch wir freuen uns, wenn sich Menschen gut verstehen. Aber das ist für die Menschen im Ländle schlicht irrelevant.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie einmal Zahlen nennen – das war übrigens in den Ausführungen von Herrn Schwarz nicht anders –, dann rühmen Sie sich hier vor allem dafür, dass Sie im Haushalt mehr Geld für dieses und jenes ausgeben. Ist denn für Sie Geldausgeben – es ist ja noch nicht einmal Ihr eigenes Geld, sondern das Geld der Steuerzahler –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Welches denn sonst?)

ein Erfolgsausweis?

(Beifall bei der AfD)

Falls das so sein sollte, Herr Ministerpräsident, brauchen Sie wirklich dringend Hilfe im Qualitätsmanagement.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

An Resultaten der Arbeit ist Qualität der Politik zu bemessen und nicht an Ausgabensteigerungen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Wie also wäre es denn mal mit dem Ausweisen von Ergebnissen? Davon habe ich bis jetzt nichts gesehen. Das Einzige, was ich Ihnen zugutehalten kann: Es ist ja auch erst ein Jahr vergangen. Ich freue mich schon auf die Zweijahresbilanz.

Hoffentlich bekommen wir dann in diesem Haus einmal konkrete Ausweise von echten Erfolgen und nicht von reinem Geldausgeben präsentiert. Wir warten darauf, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der AfD)

Eine letzte Randbemerkung zu Ihrer Affinität zur Automobilindustrie – diese Affinität ist berechtigterweise in diesem Land vorhanden –: Ich glaube Ihnen, dass Sie das, was Sie da sagen, ganz ernst meinen. Glauben Sie aber auch uns – wir beschäftigen uns damit datenbasiert –, dass wir überzeugt sind, dass es Voodoo-Ökonomik ist, die Sie da betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Blaue Plakette, Fahrverbote für Euro-5-Diesel – tun Sie bitte nicht so, als wäre das nicht schon sehr konkret angedacht – sind maximaler ökonomischer Blödsinn für einen minimalen ökologischen Ertrag.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: So ist es! Bravo!)

Das ist es, was ich Ihnen hier zum Vorwurf machen möchte. – Damit lasse ich es nun bewenden.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In der Tat haben wir in der Rede des Ministerpräsidenten sehr viel Belehrendes gehört. Vor allem haben wir vieles gehört, was ganz sicher nichts mit dieser Landesregierung zu tun hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die statistischen Daten – die für das Land allesamt sehr erfreulich sind – vorgebracht werden, dann besteht eine riesengroße Gefahr. Eine solche Gefahr haben wir immer, wenn Rahmenbedingungen besonders gut sind, nämlich, dass man anfängt – diese Landesregierung tut das schon heute –, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Und hier sind es nicht einmal die eigenen Lorbeeren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Das geht sogar so weit, dass der Ministerpräsident das Grüne in Baden-Württemberg – wahrscheinlich noch jeden Wald und jeden Fluss – als ein Ergebnis grüner Regierungspolitik darstellen möchte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das halte ich für reichlich vermessen. Dieses Land Baden-Württemberg ist ein sehr starkes und schönes Land. Dieses Land wurde von den Menschen in den letzten Jahrzehnten zu dem gemacht, was es ist. Wenn ich es einmal so deutlich sagen darf, auch als Sozialdemokrat:

(Andreas Stoch)

Da haben die Grünen zeitlich gesehen einen relativ geringen Beitrag geleistet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Sie haben von den Eckpfeilern gesprochen, von Zusammenhalt, Innovation und Nachhaltigkeit. Wer würde Ihnen auf der Ebene dieser abstrakten Begriffe denn widersprechen wollen? Aber, Herr Ministerpräsident, das Problem hier in diesem Parlament ist doch, dass Sie auf dieser Abstraktionsebene bleiben. In Ihrem Erkenntnisprozess bleiben Sie vor einer Frage stehen: Sie haben uns nicht gesagt, wie das Land gedenkt, auf die Herausforderungen der Zukunft zu reagieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Ich greife gern das Beispiel der Automobilindustrie auf. Ich habe vorhin, glaube ich, deutlich gemacht – Sie haben es bestätigt –, dass hier mehrere Entwicklungsstränge ineinanderlaufen: Globalisierung, Digitalisierung, Veränderungen im Mobilitätsverhalten. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich glaube, dass wir, wenn wir über diese Themen sprechen, eine Gruppe ganz sicher brauchen, eine Gruppe von Menschen, die auch Angst davor haben, was passiert, wenn dieser Transformationsprozess nicht gelingt: Das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genau in diesen Branchen. Es sind Hunderttausende in Baden-Württemberg. Wer diese, nämlich die Betriebsräte als Verkörperung der Beschäftigten, nicht zum Autogipfel einlädt, missachtet die Interessen der Beschäftigten und hat Mitbestimmung nicht verstanden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Fahrverbote möchte ich noch auf eine kleine Feinheit hinweisen, auf die bisher offensichtlich noch niemand gestoßen ist, schon gar nicht die CDU, die diese ja mit beschlossen hat. Wenn Sie sich einmal die Formulierung in dem Vergleich anschauen, den Verkehrsminister Hermann geschlossen und den das Kabinett im Juni 2016 bestätigt hat, so steht darin eines – schauen Sie es nach –: Die Landesregierung verpflichtet sich, ab 1. Januar 2018 Maßnahmen zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens um 20 % im Bereich Neckartor zu ergreifen, wenn die Feinstaubgrenzwerte gerissen werden.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Was heißt das? Hat Verkehrsminister Hermann überhaupt Interesse daran, Feinstaub und Stickoxide durch Nachrüstung zu reduzieren?

(Zuruf von den Grünen: Natürlich!)

Nein, das kann er nicht, denn er muss ja den Verkehr reduzieren, also braucht er einen Sündenbock, und ein willkommener ist für ihn der Diesel.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Herr Kollege, an Ihrer Reaktion merke ich, dass Sie den Vergleich noch nicht gelesen haben. Ein Vergleich ist so zu erfüllen, wie er dasteht, und das müssen Sie uns erklären.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Der Verkehrsminister kann es nicht erklären, und das, was der Ministerpräsident tut, ist nichts anderes, als seinen Verkehrsminister wieder einzufangen; denn Ideologie ist in keinem politischen Feld ein guter Ratgeber und in der Verkehrspolitik ebenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Zuruf von den Grünen)

Ein weiteres Stichwort, das der Ministerpräsident immer gern in die Manege wirft und vor allem in Sonntagsreden inflationär gebraucht, ist – neben der Beschreibung, dass es sich hier um disruptive Vorgänge handle – das Thema Digitalisierung. Ja, die Digitalisierung ist schon längst im Gang, Herr Ministerpräsident. Im Übrigen war es ein Irrtum, zu glauben, dass die Digitalisierung in Baden-Württemberg Einkehr hielt, als Sie im Silicon Valley waren. Das ist ein großer Erkenntnisfehler. Wir haben den Prozess der Digitalisierung in vielen Unternehmen und auch in der Gesellschaft bereits seit vielen Jahren in Baden-Württemberg.

Dann, wenn es um die Frage geht, was die Strategie dieser Landesregierung ist, immer nur zu sagen – wie im Februar auf der Pressekonferenz –, die Strategie sei es, eine Strategie zu entwerfen, ist nichts anderes als der Ausdruck großer Ratlosigkeit. Sie wissen nicht, wie Sie diese Prozesse gestalten sollen, aber die Menschen brauchen Antworten auf die Fragen, die von ihnen gestellt werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Klaus Dürr AfD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bitte nicht mit der SPD-Fraktion kommen!)

Nehmen wir bei der Digitalisierung und bei anderen Wirtschaftsfeldern einen ganz wichtigen Punkt: Sie beklagen auch immer wieder, dass das Thema Gründerkultur in Baden-Württemberg zu wenig ausgeprägt sei. Da kommen wir nämlich von der Analyse ins Umsetzen. Ihre Wirtschaftsministerin wollte in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2017 die Einrichtung eines Risikokapitalfonds in Höhe von knapp 50 Millionen €, um einen Impuls und ein Zeichen der Landesregierung dafür zu setzen, dass wir in Baden-Württemberg Gründergeist unterstützen wollen, um zukunftsfähige Industrien zu bekommen. Was passiert? In den Haushaltsverhandlungen wird sie heruntergehandelt. Am Schluss stehen dafür 5 Millionen € im Haushalt, und dann kommt man auf die innovative Idee: Jetzt vergibt die Landesregierung Mikrokredite. Herzlichen Glückwunsch! Das ist keine Strategie, um die Zukunft in Baden-Württemberg zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb glaube ich in Summe – ich habe den Beifall der CDU-Fraktion auf Ihre Rede sehr genau gehört; das Wort „Beifall“ ist allerdings in Anführungszeichen zu setzen –: Die CDU-Fraktion ist – Herr Strobl, Sie sollten einmal mit Ihrer Fraktion sprechen – eines ganz sicher nicht: glücklich.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Nicht mit der SPD-Fraktion verwechseln!)

Sie tut sich ungemein schwer. Eines will die CDU-Fraktion garantiert nicht – zumindest noch bis zur Bundestagswahl wird sie versuchen, dies glaubhaft zu tun; sie schafft es heute schon nicht –: Ihnen die nächsten Jahre als Juniorpartner

(Andreas Stoch)

hinterherlaufen. Das Einzige, was die CDU ruhig hält, ist momentan die Beteiligung an der Regierung.

(Zuruf: Haben Sie etwas anderes gewollt?)

Aber hören Sie doch auf, den Menschen im Land oder im Bund zu erzählen, dass Grün-Schwarz oder Schwarz-Grün eine Option für die Zukunft wäre. Wenn dieses Land in den Tiefenschlaf geraten will, dann wählt es eine Regierung aus Grünen und Schwarzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf aus Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident, zitieren:

Baden-Württemberg ist ein starkes und dynamisches Land.

Wer wollte dem widersprechen? Und, Herr Ministerpräsident, seit wann trifft dies zu?

(Zuruf von der SPD)

Das ist doch kein Ergebnis von einem Jahr Grün-Schwarz.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Um Gottes willen!)

Es ist auch kein Ergebnis Ihrer sechsjährigen Amtszeit.

Sie werden in den Medien gelegentlich mit Erwin Teufel verglichen.

(Zuruf: Was?)

Ich will nun nicht darüber philosophieren, inwieweit dieser Vergleich zutrifft, aber eine Parallele gibt es: Erwin Teufel hat von diesem Rednerpult aus auch immer genau die Daten zitiert, die Sie heute zitiert haben.

(Abg. Peter Hofelich SPD: So nah sind wir schon dran!)

Es war in der damaligen Zeit zutreffend, und es ist in der heutigen Zeit zutreffend. Insofern ist das Einzige, was Sie für sich in Anspruch nehmen können, dass Sie in den sechs Jahren Ihrer Regierungszeit das Land nicht ruiniert haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das können Sie für sich in Anspruch nehmen, aber doch nicht die Behauptung, das hätte alles mit Ihrer Regierungszeit zu tun.

(Zurufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE und Peter Hofelich SPD)

Das gilt allerdings mit einer Ausnahme, und darauf kommen wir zu sprechen. Diese Ausnahme ist die Bildung. Da hat sich in der Tat in den letzten sechs Jahren etwas verändert.

Dann haben Sie, hat Herr Kollege Schwarz die Erfolgsbilanz dieser Regierung erklärt

(Abg. Anton Baron AfD: Predigt gehalten!)

und hat immer Ausgaben zur Disposition gestellt nach dem Motto: „Da haben wir soundso viel Geld ausgegeben, da haben wir soundso viel Geld ausgegeben, dort haben wir soundso viel Geld ausgegeben.“ Zur Digitalisierung haben Sie lediglich gesagt: „100 Millionen € haben wir da zur Verfügung gestellt.“

(Abg. Sascha Binder SPD: Kein Inhalt, nur Geld!)

Ist das allein schon eine Erfolgsbilanz, wenn man viel Geld ausgibt, das Geld des Steuerzahlers? Kollege Reinhart, Sie haben die Presse zitiert nach dem Motto: Es steht sogar in der Zeitung, also muss es stimmen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Herr Kollege Reinhart, in der Zeitung steht auch, dass diese Koalition jedes Problem mit Geld zuschüttet. Das steht auch in der Zeitung.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Das ist das Geld des Steuerzahlers. Jetzt schauen Sie sich einmal die Steuereinnahmen an, die Sie haben. Ist es vielleicht eine Kunst, mit diesen Steuereinnahmen jedes Problem zuzuschütten? Das Thema Digitalisierung, Herr Schwarz und Herr Ministerpräsident – Sie haben es auch angesprochen –, macht doch deutlich, dass es sich eben nicht um eine kluge und innovative Koalition handelt bei dem, was Sie da anführen, sondern um eine Koalition, die einfach Geld ausgibt und die sich selbst zugutehält, dieses Geld auszugeben.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Stefan Rapp- le AfD)

Das beste Beispiel – Sie haben es ja angeführt – sind die Krankenhausinvestitionen. Da rühmen Sie sich einerseits, so viel Geld wie noch nie für die Krankenhausinvestitionen zur Verfügung gestellt zu haben. Andererseits zitieren Sie aber häufig den Satz: „Wir können nicht jedes kleine Krankenhaus erhalten.“ Sie wollen auch nicht all die Krankenhäuser erhalten, für die Kommunalpolitiker zwar kämpfen, sich aber selbst nicht darin operieren lassen würden. Das haben Sie häufiger schon gesagt.

(Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich!)

Ihr zuständiger Minister – dort sitzt er – sagt auch bei jeder Gelegenheit: „Wir können nicht jedes Krankenhaus erhalten.“ Insofern hätte ich mir von Ihnen, Herr Ministerpräsident, schon gewünscht, dass Sie einmal deutlich machen, welche Krankenhausstruktur Sie anstreben

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: So ist es!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

und sich nicht einfach hier hinstellen und sich rühmen: „Wir haben noch nie so viel Geld zur Verfügung gestellt.“

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Christina Baum und Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Abg. Winfried Mack CDU: Was für eine Krankenhausstruktur schlagen Sie denn vor?)

Dann haben Sie und auch Herr Kollege Schwarz behauptet, wir wären nicht konkret genug, wir würden nur meckern, wir würden nur Witze machen, keine konkreten Vorschläge machen. Dann schauen Sie doch einmal auf die Tagesordnung: Jetzt sind wir bei Tagesordnungspunkt 2; bei Tagesordnungspunkt 3 kommt ein Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion. Wir haben in der zurückliegenden Legislaturperiode mehr als 40 Gesetzentwürfe in den Landtag von Baden-Württemberg eingebracht. Wie vielen davon haben Sie zugestimmt? Keinem einzigen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Nun können Sie natürlich für sich in Anspruch nehmen: „Die Gesetzentwürfe, die die FDP/DVP-Fraktion eingebracht hat, waren alle schlecht, außerdem haben wir die Mehrheit, und mit dieser Mehrheit lehnen wir eure Gesetzentwürfe halt ab.“

(Zuruf von der FDP/DVP: Arrogant!)

Das können Sie machen; akzeptiert. Aber behaupten Sie doch nicht, wir würden keine Vorschläge machen. Das ist doch schlicht falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Dasselbe gilt für den Bereich der inneren Sicherheit. Da rühmen Sie sich, soundso viel Geld auszugeben. Da erklären Sie, Herr Minister Strobl: 1 500 Polizisten mehr in dieser Legislaturperiode. Aber Sie haben doch selbst einräumen müssen, dass Sie dieses Ziel gar nicht erreichen können.

(Minister Thomas Strobl: Ich?)

– Ja. – Über 6 000 Pensionierungen, und maximal 6 400 Polizisten können Sie bis zum Jahr 2021 ausbilden. Sie haben ein Delta von 300 Polizisten und werden diese 1 500 nicht erreichen. Sie können diese Anzahl auch nicht erreichen; denn Sie stellen die notwendigen Ausbildungskapazitäten nicht zur Verfügung. Das ist doch das Problem, und das ist das, was man im Land Baden-Württemberg konkret angehen muss.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Was die Bildung angeht – ich habe es vorhin erwähnt –, haben Sie, Herr Ministerpräsident, vorhin bei Ihrer Erfolgsbilanz wohlweislich ausgelassen:

(Heiterkeit des Abg. Daniel Rottmann AfD)

In der Bildung ist Baden-Württemberg nicht mehr spitze. Da waren wir über viele Jahre in der Champions League der Bundesländer; jetzt sind wir in der Abstiegszone. Man kann darüber diskutieren, woran das liegt. Man kann der Opposition

nicht vorwerfen, sie würde keine Vorschläge machen. Seit dem Jahr 2014 liegt unser Schulfriedenskonzept auf dem Tisch. Sie brauchen nur zuzustimmen; das wollen Sie aber nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dann haben Sie erklärt, Herr Ministerpräsident, die Leistung dieser Koalition in der Bildungspolitik sei: „Wir sind jetzt raus aus den ideologischen Gräben.“ Das haben Sie gesagt. Das heißt, dass Sie vorher drin waren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, da müssen Sie vorher in diesen ideologischen Gräben drin gewesen sein. Das merkt man auch der Entwicklung der Bildungspolitik und der Bildungssituation in Baden-Württemberg an.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Die IQB-Bildungsstudie hat das unbestechlich deutlich gemacht, und Sie haben es ja auch eingeräumt. Man kann jetzt darüber streiten, woran das liegt. Kollege Stoch sagt, es seien die Versäumnisse aus zurückliegenden Jahrhunderten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein! Jahren!)

Ich sage Ihnen: Das sind die Versäumnisse der Bildungspolitik seit 2011.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Stefan Herre AfD – Zuruf: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Natürlich können Sie behaupten, mit der Gemeinschaftsschule hätte dies nichts zu tun, die Gemeinschaftsschule sei ja noch gar nicht untersucht worden. Meine Damen und Herren, irgendwann wird sie untersucht. Ich sage Ihnen schon jetzt: Dann werden wir hier darüber reden.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Selbst wenn die Gemeinschaftsschule nicht untersucht wurde, ist doch völlig klar, dass die Privilegierung der Gemeinschaftsschule in den letzten sechs Jahren dazu geführt hat, dass die anderen Schultypen gelitten haben. Das ist doch völlig unbestreitbar.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja-wohl!)

Auch die Wissenschaftler, die sagen, das habe mit der Gemeinschaftsschule nichts zu tun, die Versäumnisse seien schon älter, bestreiten eines nicht, nämlich dass Ihre überstürzten und unbedachten Bildungsreformen ein Höchstmaß an Unruhe an den Schulen herbeigeführt haben

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf: Ja-wohl!)

und dass aus diesem Grund die Entwicklung so negativ ist, dass wir aus der Champions League jetzt in die Abstiegszone geraten sind. Das haben Sie wohlweislich verschwiegen, Herr Ministerpräsident.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie rühmen sich für einen Integrationspakt. Auf der einen Seite schütten Sie jedes Problem mit Geld zu, rühmen sich, wie viel Geld Sie ausgeben können, weil die Steuereinnahmen ja so hoch sind. Auf der anderen Seite sparen Sie aber bei den Kommunen ein. Noch keine Regierung hat die Kommunen so zur Ader gelassen wie diese Landesregierung –

(Lachen des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

auch das wurde verschwiegen, meine Damen und Herren –, und das bei Rekordsteuereinnahmen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Dann, Herr Ministerpräsident, fand ich ein Zitat aus Ihrer heutigen Rede bemerkenswert. Sie haben gesagt: „Baden-Württemberg ist ein Automobilstandort.“ Sehr schön. Aber wie passen andere Aussagen von Ihnen dazu, beispielsweise die Aussage zu der Innovationspeitsche, die auf die Automobilindustrie gemünzt war, oder die Aussage: „Weniger Autos sind besser als mehr“? Da waren Sie ehrlich. Das ist die grüne Politik.

Herr Hermann lässt sich heute bei diesem Thema nicht bliken, obwohl wir sehr intensiv über das sprechen, was sein Ressort betrifft. Herr Hermann hat sich bei jeder Gelegenheit als jemand geoutet, dem jedes Mittel recht ist, um in Baden-Württemberg das Automobil zu bekämpfen.

(Abg. Stefanie Seemann GRÜNE: Unsinn!)

Und Sie machen dann das Spiel nach dem Motto: „Guter Winfried, böser Winfried“. Der böse Winfried bekämpft das Automobil, und dann kommt der gute Winfried und sagt: „So schlimm wird es schon nicht werden.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber, meine Damen und Herren, es ist ein Problem, wenn wir in Baden-Württemberg solche Signale setzen.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Sie sprechen von autonomem Fahren, von Carsharing etc. Ja gut, dann machen Sie das. Treiben Sie dies voran, aber erlassen Sie keine unsinnigen und nutzlosen Fahrverbote in Baden-Württemberg, die das Problem nicht lösen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Sie haben völlig recht, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen: „Wir wollen saubere Luft in Baden-Württemberg“, oder wenn der Kollege Schwarz sagt: „Wir stellen den Gesundheitsschutz der Bürger in den Vordergrund.“ Aber glauben Sie im Ernst, dass mit Ihrem Kampf gegen einen Teil – wie Sie ja gesagt haben – der Dieselfahrzeuge dieser Kampf um die saubere Luft in Baden-Württemberg gewonnen werden kann? Nachweislich haben lediglich 7 % der infrage stehenden Schadstoffe mit dem Diesel zu tun.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Falsch! – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE meldet sich.)

Dann, meine Damen und Herren, wollen Sie einen Teil der Dieselfahrzeuge verbieten und der Öffentlichkeit weismachen:

Damit haben wir das Problem gelöst, dann haben wir in Baden-Württemberg saubere Luft, dann steht der Gesundheitsschutz der Bevölkerung im Vordergrund. Was ist denn das für ein Unsinn, den Sie der Bevölkerung in Baden-Württemberg da unterbreiten?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Katzenstein?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja natürlich, Herr Katzenstein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Katzenstein, bitte.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Vielen Dank. – Herr Rülke, kennen Sie den Unterschied zwischen Stickoxiden und Feinstaub? Ist Ihnen das Wirkungsgutachten der Landesregierung, des Verkehrsministeriums, bekannt, in dem ganz klar dargelegt wird, dass der Feinstaub zu ca. 7 bis 8 % vom Autoverkehr – Dieselmotor und Kfz-Verkehr – verursacht wird, aber dass es bei den Stickoxiden 75 % sind, und der Autoverkehr beim Feinstaub auch durch die Aufwirbelungen usw. einen Beitrag von rund der Hälfte hat? Ist Ihnen das bekannt?

(Zuruf: Der Diesel?)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Katzenstein, mir sind die Gutachten des Verkehrsministers Hermann leider zu gut bekannt. Da gibt es beispielsweise Gutachten zu Fahrradhelmen für Hunderttausende von Euro, da gibt es zig Millionen – –

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Lenken Sie nicht ab! – Weitere Zurufe)

– Herr Kollege Katzenstein, Sie fragen, und ich antworte. Können wir uns darauf verständigen?

(Vereinzelt Beifall)

Da gibt es Gutachten für zig Millionen Euro in den letzten Jahren. Diese Gutachten hatten alle nur eine Gemeinsamkeit: Herr Hermann hat mit diesen Gutachten politische Freunde bedient, und die Ergebnisse, die da drinstehen, sind Unsinn. Das ist die Gemeinsamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

So werden Sie dieses Problem nicht lösen. Im Übrigen ist die CO₂-Bilanz der Elektromobilität immer noch nicht besser als die des Diesels.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Sie streuen der Bevölkerung Sand in die Augen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Abschließend: Herr Kollege Reinhart, Sie haben ja Umfragen zitiert und waren mit der Umfragesituation sehr zufrieden:

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

„Diese Landesregierung, wenn man die Umfragen nimmt, alles bestens.“

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Die FDP-Wähler vor allem!)

Ich habe mir die Umfragen auch angeschaut, Herr Kollege Reinhart. Die Landes-CDU steht in diesen Umfragen bei 27 %. Ist das Ihr Anspruch für Baden-Württemberg?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Da müssten Sie schon einen anderen Anspruch haben, meine Damen und Herren.

Sie haben mir ja abschließend den Rat gegeben: „Seien Sie nett zur CDU“, haben dann darüber philosophiert, was vielleicht der Kollege Kubicki in Schleswig-Holstein macht, da könnte es ja eine Jamaika-Koalition geben – – Warten wir einmal ab. Sie haben dann gesagt, in Nordrhein-Westfalen könnte es das vielleicht auch geben. Die Grünen in Nordrhein-Westfalen haben es aber bereits ausgeschlossen – also mal sehen.

Aber eines kann ich Ihnen für die FDP in Baden-Württemberg versprechen: Wir sind zu niemandem nett, um vielleicht einmal mit ihm regieren zu können.

(Heiterkeit des Abg. Sascha Binder SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Wolfgang Reinhart: Das haben wir anders in Erinnerung!)

Das kann man vergessen, meine Damen und Herren. Der Ministerpräsident hat es angesprochen. Er hat vorhin gesagt: „Sie wollten ja nicht.“ In der Tat, wir hätten damals, vor einem Jahr, diese Ampelkoalition machen können. Dann würden Sie in der Opposition hocken, meine Damen und Herren. Aber wir haben deutlich gemacht: Uns geht es nicht um Ämter und Dienstwagen, sondern wir gehen nur in eine Regierungskoalition, wenn wir auch das umsetzen können, was wir für richtig halten. Wir sind zu niemandem nett, nur um in irgendein Koalitionsbett schlüpfen zu können. Das wird auch in Zukunft so sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat Baden-Württemberg zu Recht als ein bärenstarkes Land mit einer hohen Beschäftigung, starken Kommunen, einem breiten sozialen, bürgerschaftlichen Engagement beschrieben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Land ist so stark, weil die Regierung die richtigen Weichen gestellt hat. Wollen Sie das denn leugnen, Kollege Stoch, Kollege Rülke,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

dass wir hier die richtigen Weichen gestellt haben? Herr Meuthen stellt ja sogar die Frage, ob sich empirisch nachweisen lässt, was wir machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Jetzt bringe ich Ihnen ein Beispiel. Nehmen Sie das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Das ist für unsere Gesellschaft, für viele Unternehmen, für junge Leute, für Selbstständige, für das Handwerk ein zentrales Thema.

(Abg. Anton Baron AfD: Zuschüsse für Mehrlingsgeburten wollen Sie abschaffen!)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Menschen ein wichtiges Anliegen.

Deswegen haben wir in den letzten Jahren die Ganztagschule in das Schulgesetz aufgenommen und in dieser Legislatur 120 zusätzliche Deputate geschaffen. Das ist doch spürbar. Da tut sich etwas im Land. Machen Sie doch mal die Augen auf, wenn Sie durch Baden-Württemberg gehen. Dann sehen Sie, was hier alles stattfindet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie wollen schon wieder mehr Geld ausgeben! Geld, Geld, Geld ausgeben! Keine Resultate, nur Schwachsinn!)

– Herr Meuthen, dann stellen Sie einen Änderungsantrag, diese 120 Deputate wieder zu streichen. Schenken Sie den Bürgern doch reinen Wein ein.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Sie sind gegen die Ganztagschule, Sie wollen keine Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Was für ein Quatsch!)

Sie wollen die Unternehmen nicht unterstützen. Deswegen ist es gut, dass wir hier regieren und diese Maßnahmen voranbringen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Unglaublich!)

Herr Rülke, manchmal muss man mit Zahlen arbeiten und Ausgaben darstellen – ich verweise auf die Themen Glasfaserausbau und Digitalisierung –, damit Sie sehen: Es tut sich etwas in Baden-Württemberg. Hier findet eben gerade kein Stillstand statt. ÖPNV-Offensive, Ausbau des Straßennetzes, Baden-Württemberg-Tarif im Nahverkehr, 2 000 Ladesäulen für Elektromobilität –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

da tut sich doch etwas. Da sind wir auf dem richtigen Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Auf einem Irrweg!)

Herr Meuthen, ich empfehle Ihnen:

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ihre Empfehlung lehne ich ab!)

(Andreas Schwarz)

Nehmen Sie einmal Kontakt auf mit den Flyern aus der Automobilindustrie. Die erläutern Ihnen, dass für die Elektromobilität in erster Linie das Thema Infrastruktur angegangen werden muss. Und was machen wir? Wir schaffen die Infrastruktur für Elektromobilität:

(Abg. Anton Baron AfD: Inwiefern?)

2 000 Ladesäulen hier in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ihre Infrastruktur sehe ich auf der A 8! Da stehe ich nämlich stundenlang jeden Tag!)

Sie sind Ökonom. So etwas sollten Sie unterstützen. Da sollten Sie keine Steine in den Weg legen. Also ich sehe uns hier ganz gut aufgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Jetzt komme ich zum Kollegen Stoch. – Wo ist er denn? Hat er den Plenarsaal verlassen?

(Abg. Anton Baron AfD: Der wusste, von den Grünen kann nichts Gescheites kommen!)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, fahren Sie fort. Wir wollen zügig vorwärtskommen.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Stoch hat den Plenarsaal jetzt offenbar verlassen. Ein Indiz: Offenbar kann er es nicht ertragen,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Halleluja!)

Ich könnte jetzt noch einmal den Ausfluss grüner Politik aus unserer gemeinsamen Zeit in den letzten Jahren darstellen. Ich bringe jetzt einfach das Stichwort Nationalpark. Er wird ja jetzt am Wochenende eröffnet. Darauf freut sich die Region.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Da sage ich nur, Herr Kollege Stoch: Wo waren Sie in den letzten fünf Jahren? Da haben Sie vieles am Kabinetttisch mitentschieden. – Gut, jetzt hat er sich hier verkrümelt. Sei's drum, drücken wir ein Auge zu.

Herr Meuthen hat den schlanken Staat gefordert.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Allerdings!)

Herr Meuthen, wir müssen ebenfalls an diejenigen denken, die in prekären Verhältnissen sind.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Eben deswegen! – Zuruf von der AfD: Gerade für die ist es notwendig!)

Deswegen kein schlanker Staat, sondern auch aktive Sozialpolitik,

(Zuruf von der AfD: Wo ist die?)

auch Teilhabe für Menschen insbesondere in prekären Situationen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir haben das ja einmal dargelegt. Schauen Sie sich den Armuts- und Reichtumsbericht an. Was ist das Armutsrisiko in Baden-Württemberg?

(Abg. Anton Baron AfD: Ein paar kritische Passagen wurden herausgestrichen!)

Das betrifft insbesondere Alleinerziehende, insbesondere junge, alleinerziehende Frauen. Deswegen sind Ganztagsausbau, Kinderbetreuung die Zukunftsthemen. Das sollten Sie sich einmal vor Augen führen.

(Zurufe von der AfD)

Wenn wir vom schlanken Staat reden, dann bin ich sehr dafür, dass wir auch über soziale Infrastruktur reden,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja!)

dass wir über Krankenhäuser, über hohe Qualität in der medizinischen Versorgung reden. 460 Millionen € stellen wir dafür zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Das gehört für mich zur Daseinsvorsorge dazu. Ich bin nicht bei Ihnen bei einem schlanken Staat, sondern bei einem Staat, der die Bürgerinnen und Bürger einbezieht, der sie aktiviert, der Teilhabe ermöglicht. So stelle ich mir den Staat vor.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sozialismus eben! – Abg. Anton Baron AfD: Und kleine Krankenhäuser schließen! Das ist sozial!)

Die SPD-Fraktion hat das Thema Kommunalfinanzen angesprochen. Da haben wir tatsächlich ein Novum in dieser Koalition. Das ist nämlich der kommunale Sanierungsfonds. Frau Ministerin Sitzmann, da haben Sie etwas Gutes verhandelt. Ich habe mir jetzt noch einmal die Pressemitteilung des Städtetags vom 25. Januar 2017 herausgesucht. Letztes Wort: „Chapeau!“ Der Städtetag begrüßt den kommunalen Sanierungsfonds, weil wir nämlich genau dort etwas machen, wo es Not gibt. Wir unterstützen die Kommunen bei der Modernisierung der Infrastruktur – Schulgebäude, Kreisstraßen –: im nächsten Jahr 60 Millionen €, im übernächsten Jahr über 90 Millionen €. Dort, wo bei Sanierung und Modernisierung die Not groß ist, gibt es aktive Unterstützung durch das Land. Auch das kann sich sehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein Satz zur SPD: Sie wollen ja den Grunderwerbsteuersatz halbieren. So steht es in der Zeitung. Das sagte Ihr Fraktionsvorsitzender. Da frage ich mich dann: Wie erklären Sie das den Städten und Gemeinden, die mit den Mitteln aus der Grunderwerbsteuer die Kinderbetreuung finanzieren? Woher nehmen sie das Geld denn? Auf eine Antwort bin ich gespannt; Kollege Stoch kann dazu ja noch Stellung nehmen, wie er die Einnahmeausfälle bei den Kommunen ausgleichen möchte.

(Andreas Schwarz)

Kurzum: Ich denke, ich habe noch einmal in Kürze dargelegt: In vielen Punkten sind wir in Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg. Grüne und CDU führen das Land in eine gute Zukunft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Von den Oppositionskollegen ist mehrfach angesprochen worden, wir würden Politik mit Geld machen. Ich frage Sie: Womit eigentlich sonst?

(Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Das Budgetrecht, das Haushaltsrecht ist die Königshoheit dieses Parlaments. Das gehört sozusagen zum Selbstverständnis. Wenn man Politik gestalten will, findet das genau darin seinen Ausdruck, dass man Prioritäten setzt und auch Nachrangigkeiten festlegt. Genau das ist das Wesen der Politik.

Meine Damen und Herren, vor allem dann, wenn wir hier über Geld sprechen und die Kommunen angesprochen werden, muss man zwei Seiten der Bilanz betrachten. Es wurde eben zu Recht angesprochen: Wir haben erstmals einen neuen kommunalen Sanierungsfonds; er wird jetzt dreistellige Millionen summen beinhalten. Dieser kommunale Sanierungsfonds hilft den Kommunen und wurde von ihnen sehr begrüßt. Er lässt die Kommunen auch in den kommenden Jahren an den Steuermehreinnahmen teilhaben. Wir haben ferner einen KIF, der einen Umfang bekommen hat, der so groß wie nie in der Geschichte dieses Landes Baden-Württemberg ist.

Es wurde vom Ministerpräsidenten zu Recht angesprochen: Der Antragsstau beim Krankenhausbau ist allein im vergangenen Jahr um mehr als 1 Milliarde € abgebaut worden. Er war viel zu hoch; keine Frage.

Ich füge hinzu: Für die Entwicklung im ländlichen Raum gibt es 15 % mehr, um nur einiges zu nennen.

Warum sage ich das? Bisher wurde kein Ton darüber verloren: Wir haben 185 000 Beamte und 80 000 Angestellte in diesem Land. Diese wollen motiviert sein. Zur Motivation gehört auch das Thema Geld – nämlich Besoldung –, und auch dort ist verabredet worden, die Absenkung der Eingangsbesoldung um 8 % rückgängig zu machen. Das haben wir behoben. Wir wollen wieder junge, motivierte Angestellte und Beamtenanwärter. Deswegen haben wir das Ziel, dass mit dem Haushalt 2018/2019 die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung erfolgt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das Zweite: 4,66 % Besoldungserhöhung sind in den Jahren 2018 und 2019 vorgesehen. Auch das führt zu motivierten Mitarbeitern. Das geht eben nur – verehrter Herr Kollege Stoch, Sie wissen es am allerbesten; denn Sie waren einmal für über 100 000 Beamte in diesem Land zuständig – mit Motivation und damit auch mit Besoldung.

Insoweit, Herr Kollege Meuthen: Natürlich wird Politik immer mit Geld gemacht werden müssen. Das ist unser Auftrag.

(Zurufe der Abg. Anton Baron und Dr. Jörg Meuthen AfD)

Insoweit will ich Ihnen schon sagen: Sie kritisieren sozusagen alle und meinen, es werde zu wenig getan. Diese Landesregierung, diese Regierungsfractionen stärken die Zukunftsfähigkeit des Landes – natürlich auch mit Geld. Ich will Ihnen sagen: Wenn jetzt in den Landkreisen erstmals Breitbandanschlüsse mit Glasfaser bis zu jeder Schule und bis zu jedem mittelständischen Betrieb erfolgen, dann ist das eine Investition in die Zukunft.

(Abg. Anton Baron AfD: Natürlich!)

Der Innovationscampus, der angesprochen wurde, Cyber Valley, einer der größten Forschungsverbände – nicht nur GAFA, nämlich Google, Apple, Facebook oder Amazon, sondern die Industrie 4.0 –, die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg, Forschung und Entwicklung, Eliteuniversitäten, das zeichnet Baden-Württemberg aus.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das müssen wir in Zukunft weiterhin behalten – übrigens vor Bayern, vor der Ile de France. Wir müssen stolz darauf sein, dass Baden-Württemberg es schafft, von 111 Regionen in Europa weiterhin die Innovationsregion Nummer 1 zu sein. Das ist doch unser Anspruch, den wir haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Alle drei Oppositionsfractionen haben kein Wort zur Initiative Wirtschaft 4.0, vor allem zu Digital Hubs, zu den Innovationsgutscheinen, zu Hightech Digital, zum Technologietransfer gesagt. Warum haben Sie das nicht getan? Weil Sie wissen, dass genau das zur vollständigen Wahrheit gehört. Sie haben nichts gesagt zum Innovationsfonds Baden-Württemberg, zu den Existenzgründungen, zum Technologietransfer, wo durch viele Maßnahmen – – Übrigens wird auch durch die Einsetzung eines neuen Technologiebeauftragten viel für wirtschaftsnahe Forschung getan. Allein 2017 sind dafür über 100 Millionen € vorgesehen. Das geht eben nur mit Geld. Dazu gehört auch der Ausbau der Spitzenstellung und der Spitzenforschung.

Warum sage ich das? Herr Kollege Meuthen, ich empfehle Ihnen, statt hier immer nur populistisch über Parteien zu schimpfen – wozu Sie jetzt übrigens selbst gehören –, erst einmal einen Blick auf beinahe 70 Jahre Baden-Württemberg zu werfen. Da hat es Sie noch gar nicht gegeben. Wir verdanken das jenen, die dieses Land aufgebaut haben: den Menschen und diesen Parteien, die hier im Parlament vertreten sind. Das zum einen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Davor habe ich auch Respekt!)

Zum Zweiten: Gehen Sie einmal dorthin, wo es weiterhin große Investitionen geben wird, etwa im Krebsforschungszentrum in Heidelberg. Schauen Sie sich an, wo der Gesundheits-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

standort Baden-Württemberg in der Weltliga der Gesundheitsforschung rangiert – ob Ulm, Tübingen oder Heidelberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wissen Sie: Dort wird in großem Umfang in die Zukunft investiert. Das ist Förderung der Spitzenforschung. Insoweit muss ich schon sagen: Bei jeder Position, die hier angesprochen wurde, fragen Sie: Wo ist der Erfolg? Ja Entschuldigung: Wenn dieses Land es weiterhin schafft, von 111 Regionen in ganz Europa die Innovationsregion Nummer 1 zu sein – ist das kein Erfolg?

Sie haben überhaupt keinen Satz zu den Stärken gesagt, die dieses Land auszeichnen. Deshalb glaube ich: Mit nur negativem Denken und Kritik wird man nicht weiterkommen. Es gibt riesige Veränderungen – das ist wahr; das hat der Ministerpräsident zu Recht angesprochen –, Veränderungen in einer Schnelligkeit und einem Ausmaß, die es in der Geschichte nie zuvor gegeben hat. Dazu gehört auch die Automobilindustrie, gar keine Frage.

Dazu gehört aber auch die Erkenntnis: Das Wissen, das von Aristoteles bis heute in über 2 000 Jahren gesammelt wurde, verdoppelt sich heute innerhalb von 18 Monaten. Dieser Schnelligkeit sind wir ausgesetzt. Deshalb ist es gut, wenn man auch in einem Automobilland – – Übrigens wird diese Landesregierung nur Rahmenbedingungen setzen können;

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: So weit, so gut! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

denn Fortschritt gelingt in diesem Land nur mit der Automobilindustrie und nicht gegen die Automobilindustrie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zurufe von der AfD)

Deshalb ist es richtig, wenn sich die Regierung das gemeinsam vornimmt.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: So weit, so selbstverständlich!)

Schauen Sie einmal: Wir stehen natürlich auch vor neuen Herausforderungen. Der Innenminister kann das am besten unterstreichen, was neueste Entwicklungen angeht – übrigens auch bei der Überwachung der inneren Sicherheit. Da muss man standhalten. Keine Regierung hat in den letzten Jahrzehnten so viel in die innere Sicherheit investiert. Das muss man dieser Landesregierung für dieses Jahr einfach zugutehalten. Das gehört zur Bilanz, und zwar zur aktiven Bilanz – von wegen Stillstand.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Schauen Sie sich doch mal die Ausbildungsplätze an!)

– Ja, die können wir uns anschauen.

Jetzt muss man auch einmal die Kehrseite sehen, weil mancher hier so tut, als hätten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nichts mit der Landespolitik zu tun. Das stimmt nicht. Zum einen wirkt die Landesregierung über den Bundesrat an der Bundespolitik mit. Das heißt, sie setzt auch in der Bun-

despolitik – da gibt es zwei Kammern – Rahmenbedingungen, die auch für den Standort Baden-Württemberg gelten. Das ist das eine.

Das Zweite: Dass Baden-Württemberg die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit der 111 Regionen Europas hat, das ist zum einen ein Verdienst der Mittelständler.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Ich habe oft gesagt: Der Mittelstand ist der Joker im Standortpoker. Wir haben im Land fleißige Menschen. Zum anderen ist es aber auch ein Verdienst der Rahmenbedingungen, die in der Landespolitik gesetzt werden: Bildung, Ausbildung, berufliche Bildung, duale Bildung – das ist eine Stärke dieses Standorts.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Baden-Württemberg ist mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit der Standort Nummer 1 unter den Bundesländern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Diese Koalition hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir leisten Einmaliges für die innere Sicherheit.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das zieht sich jetzt aber arg!)

Mit den Kommunen und den Beamtenvertretungen haben wir faire Vereinbarungen abgeschlossen. Schwierige Konflikte sind schnell gelöst worden. Beim Straßenbau, beim Breitbandausbau, bei den Bildungsausgaben, der Wohnraumförderung, beim ELR – überall übertreffen wir die Benchmarks der Vorgängerkoalition deutlich. Das heißt, es ist hier vieles möglich, was früher nicht der Fall war. Gründeroffensive, Initiative Wirtschaft 4.0, Cyber Valley, Breitbandausbau, Digitalisierungsstrategie, das konsequente Commitment zur Bildungsqualität, aber auch zur Politik für den ländlichen Raum – all das zeigt, meine Damen und Herren: Dieses Land ist gut regiert. Wir können eine gute Jahresbilanz aufweisen.

Deshalb werden wir – auch gemäß der gepflanzten Linde,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Winterlinde! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

die übrigens jedes Jahr nach dem Winter Austriebe hat,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Austriebe?)

nämlich frische Austriebe für Wachstum dieses Landes –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die geht auch ohne Kupfernagel ein!)

auch in den kommenden Jahren positiv regieren. Ich kann den Oppositionsfraktionen nur empfehlen: Hört auf mit negativem Denken, redet dieses Land nicht schlecht,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das Land ist super, die Regierung ist nichts!)

sondern gestaltet positiv mit an der Zukunft. Dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ich erteile Herrn Innenminister Strobl für die Landesregierung das Wort.

(Zuruf von der AfD)

Herr Minister, die Zeit läuft.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Lläuft ab!)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst möchte ich mich bei der Fraktion der FDP/DVP, lieber Herr Kollege Dr. Rülke, herzlich dafür bedanken, dass sie uns Gelegenheit gibt,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So sind wir halt! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

unsere erfolgreiche Regierungsarbeit noch einmal in aller Breite darzustellen.

Es ist in der Debatte klar geworden: Baden-Württemberg ist das Forschungsland, das Innovationsland, das Exportland Nummer 1 in Europa,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Trotz dieser Landesregierung!)

und diese Landesregierung, getragen durch die Fraktionen der Grünen und der CDU, tut alles, alles, alles dafür, dass es jeden Tag noch ein bisschen besser wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Sie sehen, meine Damen und Herren: Das Land wird verlässlich, vertrauensvoll, auch unaufgeregt regiert,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Manche sagen: gar nicht!)

die Bürgerinnen und Bürger fest im Blick und immer vor der Frage: Wie können wir dieses erfolgreiche Land noch ein bisschen erfolgreicher machen?

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Treten Sie zurück! – Heiterkeit bei der AfD – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Ihr seid eine Spaßpartei!)

Baden-Württemberg ist das Land der Möglichkeiten, und dies ist eine Koalition der Möglichkeiten. Freilich ringen wir zuweilen auch um den richtigen Weg.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ohne ihn zu finden!)

Das finde ich in Ordnung. Wir, die Grünen und die Schwarzen, müssen gar nicht zusammen Wahlkampf machen oder uns duzen, Herr Kollege Stoch; wohin das führt, hat man an der SPD besichtigen können.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, genau!)

Herr Kollege Stoch, ich greife von den Punkten, die Sie uns erregt vorwerfen, nur einen auf: Sie sagen, wir hätten zu wenige Gesetze gemacht. Das halte ich für einen Parlamentarier und für eine Oppositionsfraktion schon für einen bemerkenswerten Vorwurf. Sie haben ja nicht gesagt: „Ihr macht schlech-

te Gesetze“, sondern Sie haben gesagt: „Sie machen zu wenige Gesetze.“

(Abg. Andreas Stoch SPD: Fast keine!)

Ganz offen gesprochen: Erstens: Bei mir hat sich noch keine Bürgerin und kein Bürger darüber beschwert. Zweitens: Der Satz von Montesquieu ist richtig: „Wo es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen,

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Der Missbrauch der Form des Gesetzes ist ja ein klassischer Ausdruck einer schwachen Exekutive. Ihr Vorwurf also lässt tief, tief blicken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Gott sei Dank ticken wir nicht so wie ganz offensichtlich Sie.

Sie werfen uns vor, dass wir Kompromisse machen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Inhaltsleere Kompromisse!)

Ja, klar, jeden Tag machen wir Kompromisse, allerdings keine faulen Kompromisse, sondern gute Kompromisse,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Bei den Schöffen z. B.!)

die das Land voranbringen. Auch dass Sie dies zu einem Vorhalt machen, lässt tief blicken. Es tut mir leid, aber ich muss Sie schon mit Helmut Schmidt konfrontieren:

(Abg. Andreas Stoch SPD: Der Kompromiss ist kein Wert an sich!)

„Wer den Kompromiss nicht verstanden hat, hat die Demokratie nicht verstanden.“ Ich bin froh, dass wir eine kompromissfähige Koalition haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Der Kompromiss ist kein Wert an sich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ministerpräsident Kretschmann hat es ja in der ihm innewohnenden Bescheidenheit aufgezeigt: Diese Landesregierung bewegt etwas. Diese Landesregierung packt an, die Wirtschaft in Baden-Württemberg packt an, und die Menschen packen an. Wir haben Fortschritt und dynamische Bewegung.

Innere Sicherheit: Herr Kollege Dr. Rülke, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, Sie schaffen die 1 500 nicht!)

Wir haben 380 zusätzliche Stellen bei der Polizei geschaffen. Wir rüsten unsere Polizei besser aus – 1 700 neue Fahrzeuge, beste Motorentechnik, beste Technik in den Fahrzeugen. Wir verbessern den passiven Schutz unserer Polizistinnen und Po-

(Minister Thomas Strobl)

lizisten – ballistische Westen, ballistische Helme. Wir liefern im Augenblick 3 000 Maschinenpistolen – die modernste Waffe, die es auf der ganzen Welt gibt, die MP7 – an unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus. Wir geben unseren Polizistinnen und Polizisten mehr Möglichkeiten.

In der letzten Legislaturperiode ist fünf Jahre über die Bodycam diskutiert worden. Wir haben sie mit Ihrer freundlichen Zustimmung nach fünf Monaten eingeführt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Herr Kollege Dr. Rülke, wir haben eine gemeinsame Übung mit der Bundeswehr durchgeführt, um die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land auch in katastrophalen Lagen optimal zu schützen – ein Punkt, über den die FDP Jahrzehnte geredet hat und nichts zustande gebracht hat. Wir machen es – Fortschritt und Bewegung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir haben nie darüber geredet, weil wir nicht dafür sind! Wir wollen nicht die Bundeswehr im Inland einsetzen!)

– Ja, eben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also! Da haben wir aber auch nicht Jahrzehnte darüber geredet!)

Mit der FDP war in diesem Punkt in all den Jahren nichts zustande zu bringen. So erfreulich es ist, dass wir dies in – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil das auch Quatsch ist, die Bundeswehr im Inland einzusetzen!)

– Nein, nein, nein. Das ist kein Quatsch. Das ist Fortschritt und ideologiefrei.

(Abg. Emil Sänze AfD: Rückschritt! Die Wehrmacht wurde schon einmal bei uns eingesetzt! – Oh-Rufe – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Die Bundeswehr mit der Wehrmacht zu vergleichen, das ist ja unglaublich! Ihr seid echt nicht mehr zu retten!)

– Ich habe leider nur ein Wort verstanden.

(Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE zur AfD: Wie? Was? Wiederholen, bitte!)

Vielleicht überzeugen Sie ja die Zahlen. Ich will das einfach noch einmal sagen: Nachdem wir die Bekämpfung der Einbruchdiebstähle zu einem Schwerpunkt der Arbeit der Polizei gemacht haben, ist in Baden-Württemberg die Zahl der Einbruchdiebstähle zurückgegangen, nachdem sie jahrelang dramatisch angestiegen ist. Überhaupt geht die Zahl der Straftaten insgesamt in Baden-Württemberg zurück – beim Wohnungseinbruchdiebstahl immerhin um 10 %. Das ist eine Trendwende.

Wir ruhen uns nicht aus. Wir wollen diesen Weg weitergehen. Wir tun viel – verdachtsunabhängige Kontrollen, indem wir immer wieder ein paar Tausend Fahrzeuge kontrollieren, einige Tausend Personenkontrollen vornehmen, Festnahmen vornehmen, Kooperationen mit Bayern, Hessen, Rheinland-

Pfalz machen, weil es sich um eine grenzüberschreitende Kriminalität handelt.

Wir haben die höchste Aufklärungsquote seit zwölf Jahren. Also: Weniger Kriminalität, mehr Aufklärung – das ist ein erfolgreicher Weg im Bereich der inneren Sicherheit. Das sind konkrete Ergebnisse. Nicht reden, sondern handeln, Herr Kollege Dr. Rülke. Genau das machen wir, und wir machen es erfolgreich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Digitalisierung: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich verstehe die Welt nicht so ganz, wenn der Vorwurf kommt: „Ihr macht das mit Geld.“ Da müssen Sie dem staunenden Publikum schon einmal erklären, wie Sie die digitale Infrastruktur in einem Flächen- und Technologieland ohne Geld verbessern wollen. Der entscheidende Punkt ist doch, dass wir in dieser Landesregierung die Herausforderung durch die Digitalisierung als einen Schwerpunkt unserer Arbeit identifiziert haben und entsprechende Prioritäten setzen.

Ja, es stimmt: Im Gegensatz zur alten Regierung im Jahr 2012 haben wir die Mittel für die digitale Infrastruktur verzehnfacht. Im letzten Jahr wurden über 100 Millionen € bewilligt, in diesem Jahr – dafür ich bin dem Landtag von Baden-Württemberg dankbar – ist es ein deutlicher dreistelliger Millionenbetrag, und ich hoffe, wir setzen das im Doppelhaushalt 2018/2019 fort.

Ein Flächen- und Technologieland wie Baden-Württemberg braucht das schnelle Internet überall – nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch in den ländlichen Räumen. Das ist eine gewaltige finanzielle Herausforderung, die wir gemeinsam stemmen müssen. Es ist 100 % kommunales Geld für die Landkreise und die Gemeinden. Ich kann Ihnen nur sagen: Jeder Cent und jeder Euro, den wir hier ausgeben, ist gut investiertes Geld für Baden-Württemberg und die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das Geld wird auch nicht irgendwo verbuddelt.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Vielmehr gehen die Landräte und die Bürgermeister sehr verantwortungsvoll mit dem Geld um. Ein Drittel der Breitbandverlegungen sind Mitverlegungen. Das heißt, das Geld wird effizient und klug eingesetzt.

Ich möchte einmal eine aktuelle Zahl nennen, damit Sie sehen, welche Dynamik wir bei der digitalen Infrastruktur haben: In den letzten sechs Monaten des Jahres 2016, also in einem halben Jahr – das war, als wir richtig losgelegt haben –, haben wir 225 000 Haushalte an das schnelle Internet – 50 Mbit/s und mehr – angeschlossen. 225 000 Haushalte, das ist eine Großstadt wie Mannheim und eine Großstadt wie Heidelberg zusammen! Damit steigt der Anteil der in Baden-Württemberg ans schnelle Internet angeschlossenen Haushalte von 72 % auf ungefähr 77 % – in nur sechs Monaten also ein Anstieg um fast fünf Prozentpunkte. Vorher lag eine Steigerung immer im Nachkommabereich. Jetzt haben wir in sechs Monaten mit 225 000 Haushalten knapp fünf Prozentpunkte mehr. Da ist richtig Musik drin.

(Minister Thomas Strobl)

(Abg. Peter Hofelich SPD: Wo denn? – Abg. Anton Baron AfD: Wo?)

Gott sei Dank bringen wir das schnelle Internet in Baden-Württemberg mit dieser Dynamik in die Fläche.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Oder das Thema Bildungspolitik: Ja, meine Damen und Herren, wir gehen unideologisch vor. Ja, wir achten auf Qualität: An den Grundschulen wird Lesen, Schreiben und Rechnen gestärkt. Die Realschule wird mit 200 Lehrerstellen für Poolstunden gestärkt. Das Gymnasium wird mit der Vertiefungsstunde in Klasse 10 gestärkt. Wir bauen die Ganztagschulen aus. Die Grundschulempfehlung hat wieder Gewicht. Das ist hier im Landtag von Baden-Württemberg beschlossen worden.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Spät!)

Wir reden nicht, sondern wir handeln ganz konkret. Wir werden die baden-württembergischen Schulen wieder auf den ersten Platz in Deutschland bringen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Oh!)

mit Susanne Eisenmann an der Spitze.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Fortschritt, kein Stillstand – die Wirtschaft hat mit Nicole Hoffmeister-Kraut endlich wieder eine Ansprechpartnerin, die klare Schwerpunkte setzt. 126 Millionen € für die Technologie- und Innovationsförderung – das hat etwas mit der Zukunft dieses Landes zu tun –, fast 40 Millionen € für die Sicherung der Fachkräfte, 250 Millionen € für das Förderprogramm „Wohnungsbau BW“ für bezahlbaren Wohnraum: Das ist doch kein Stillstand, sondern das ist klug investiert, das ist klug priorisiert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das bringt dieses Land voran.

Es ist auch eine große Freude für viele Bäuerinnen und Bauern, dass sie wieder einen Minister für den Ländlichen Raum haben, der sich kompetent um ihre Angelegenheiten kümmert. Bei uns wächst kein Schwarzwaldtal zu. Wir heben das Volumen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum um 15 % auf 53 Millionen € an. Der Umfang des Agrarumweltprogramms FAKT wird um 7 Millionen € gestärkt. Fortschritt, kein Stillstand.

Egal, ob es schwere Unwetter sind oder ob es der Frost ist: Wenn es notwendig ist, dann ist diese Koalition, dann ist diese Landesregierung auch zu schneller Hilfe fähig. Das haben wir in Braunsbach gezeigt, und das zeigt Peter Hauk im Augenblick, was die Frostschäden angeht, in den ländlichen Betrieben draußen im Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das könnte man noch weiter fortführen. Vielen Dank Ihnen, Herr Dr. Rülke, und der Fraktion der FDP/DVP, dass Sie uns Gelegenheit gegeben haben, die erfolgreiche Arbeit dieser Landesregierung noch einmal darzustellen.

Weil Sie jeden Tag das Ende dieser Koalition herbeirufen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Och! Das hat noch Zeit!)

möchte ich Ihnen sagen: Wir sind entschlossen, fünf Jahre miteinander weiterzumachen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gut! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Ist das jetzt das Vertrauen in Merkel?)

Ich muss bloß geschwind eine Unterlage suchen. Sie haben in Ihrer Erwiderung auf die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten – ich glaube, es war am 8. Juni 2016 –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vielleicht kann ich Ihnen helfen!)

den schönen, wunderbaren neuseeländischen Vogel Kiwi bemüht

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der gut fliegen kann!)

und uns vieles wissen lassen. Herr Kretschmann wusste das alles schon. Aber ich habe etwas über die Krallen, den Schnabel und die Flügel dazugelernt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und den Schwanz!)

Eine Tatsache jedoch – ich habe es nachgelesen –, Herr Kollege Dr. Rülke, aus der Kategorie Fortpflanzung haben Sie unterschlagen. Das finde ich nicht in Ordnung. Dort heißt es über den Kiwi – ich zitiere wörtlich –: „Als monogame Vögel suchen Kiwis erst einen neuen Partner, wenn der alte gestorben ist.“

(Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Die Frage ist, ob Wachkoma dazu zählt!)

Man hat Kiwipaare beobachtet, die über zehn Jahre zusammen verbracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir haben gar nicht unbedingt vor, zehn Jahre miteinander zu verbringen, aber fünf Jahre werden Sie sich mit der Rolle, in der Sie sich so wohlfühlen, noch begnügen müssen.

Danke für die Gelegenheit, dass wir die erfolgreiche Arbeit von Grün-Schwarz noch einmal darstellen durften.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich schlage vor, nun in die Mittagspause einzutreten. Bevor wir dies tun, darf ich Sie alle darauf aufmerksam machen, dass wir heute Mittag Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Streuobst Baden-Württemberg begrüßen dürfen, die sich im Landtag vorstellen und uns im Rahmen einer Verkostung der Produkte die landesweite Vielfalt der Gemeinschaft näherbringen werden.

Gern bieten wir den Organisationen die Gelegenheit, sich mit uns bei einem Imbiss an den jeweiligen Informationsständen auszutauschen. Ich würde mich sehr freuen, wenn möglichst viele von Ihnen sich diesem wichtigen Thema widmen würden, und darf Sie herzlich zu dieser Begegnung einladen.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Wir treten in die Mittagspause ein und fahren um 14:40 Uhr mit der Regierungsbefragung fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:39 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:41 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Wir setzen unsere Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Das erste Thema, eingebracht von der Fraktion GRÜNE, lautet:

Situation der Geburtshilfe in Baden-Württemberg

Bitte, Frau Abg. Niemann.

(Zuruf)

– Die erste Frage wird vom Rednerpult aus gestellt und die weiteren Fragen von einem der Saalmikrofone.

Abg. Jutta Niemann GRÜNE: Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für eine gute und umfassende Versorgung von Schwangeren und jungen Müttern. Die Begleitung vor, während und nach der Geburt ist für die Gesundheit der Frauen und der Familien wesentlich. Hebammen sichern das Recht der Schwangeren auf eine selbstbestimmte Geburt sowie auf die freie Wahl des Geburtsorts.

Durch steigende Haftpflichtprämien, geringe Entlohnung und eine hohe Arbeitsbelastung geraten Hebammen zunehmend unter Druck. In Kliniken müssen Hebammen oft zwei oder sogar mehr Gebärende gleichzeitig betreuen und viele Überstunden leisten. Auch für die Vor- und Nachsorge finden Schwangere oft keine Hebamme mehr, weil viele unter diesen Rahmenbedingungen ihre Arbeit aufgeben.

Die meisten dieser Probleme müssen auf Bundesebene gelöst werden. Leider passiert dort seit Jahren zu wenig. Das Land kann dies nur begrenzt auffangen. Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag haben wir aber vereinbart, eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe im ganzen Land sicherzustellen.

Am vergangenen Freitag fand der Hebammentag statt, der Jahr für Jahr die wichtige Rolle der Hebammen deutlich machen soll. Aus diesem Anlass frage ich die Landesregierung:

Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Situation in der Geburtshilfe in Baden-Württemberg? Was ist ihr Ziel in der Geburtshilfe? Wie soll die Hebammenversorgung in Baden-Württemberg in Zukunft aussehen? Es ist ja bereits ein runder Tisch zum Thema Geburtshilfe eingerichtet worden, und ich würde Sie bitten, über den aktuellen Stand zu berichten.

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Mielich.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Niemann, herzlichen Dank für diese Frage. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement ja deutlich gesagt, wie die Situation bzw. die gefühlte Situation der Unterversorgung mit Hebammen in Baden-Württemberg ist. Genau das ist der Hintergrund dafür gewesen, dass wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, dass wir auf Landesebene alles tun wollen, um die Versorgung in der Geburtshilfe, die Versorgung mit Hebammen deutlich zu verbessern.

Es ist völlig klar – das haben Sie eben auch beschrieben –, dass die entscheidende Ebene natürlich die Bundesebene ist. Es muss dazu kommen, dass die exorbitant hohen Haftpflichtprämien gesenkt werden bzw. dass diese Beiträge als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen werden und beispielsweise über einen Fonds, über einen Versicherungsfonds übernommen werden. Es gibt innerhalb der grün-schwarzen Landesregierung auch große Einigkeit, dass wir in diesem Bereich weiterhin aktiv sein werden. Das sind wir in der Vergangenheit auch gewesen.

Es wird immer wieder gesagt, es gebe eine Unterversorgung mit Hebammen. Wie diese aber tatsächlich aussieht, wo sie besteht und wo sie ganz besonders gravierend ist, wo sie weniger schlimm ist und wo es verschiedene Angebote mit Geburtshilfe gibt, ist sehr unterschiedlich. Dabei gibt es große Diskrepanzen zwischen der gefühlten und der tatsächlichen Situation.

Deshalb haben – Sie haben es angesprochen – die Landesregierung und das Sozialministerium unter meiner Verantwortung im Januar den runden Tisch „Geburtshilfe“ einberufen. Er hat die Aufgabe, eine belastbare Datengrundlage zu schaffen, um eine Übersicht über die Versorgung mit Hebammen sowohl in der stationären Geburtshilfe als auch in der Vor- und in der Nachsorge zu bekommen. Das heißt, es gibt verschiedene Befragungen, die von den am runden Tisch beteiligten Gruppierungen vorgenommen werden. Das ist z. B. der Hebammenverband, es sind aber auch die Kinder- und Jugendärzte. Die Krankenkassen und die Krankenhäuser sind ebenfalls bereit, die Daten, die sie haben, zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet, dass die beteiligten Berufsgruppen und Verbände ihren Teil dazu beitragen, dass es Daten gibt, die gesammelt werden können.

Auf der letzten, der zweiten Sitzung des runden Tisches sind wir übereingekommen, ein Institut zu beauftragen, die Erhebungen zusammenzufassen und die Auswertung der Daten professionell durchzuführen. So sieht im Moment die aktuelle Arbeitsweise des runden Tisches aus. Das ist auch das, was wir als belastbare Grundlage schaffen wollen, auf der wir anschließend darüber diskutieren wollen: Was bedeutet das letztendlich? Welche Handlungsoptionen müssen dafür diskutiert werden?

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Es gibt weitere Wortmeldungen. Zunächst Herr Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Staatssekretärin! Vor wenigen Wochen hat uns ein offener Brief des Hebammenverbands erreicht mit der Überschrift „Die Suche nach einem Platz im Kreißaal gleicht im Jahr 2017 der Herbergssuche zu Christi Geburt“.

(Rainer Hinderer)

Wie ist Ihre Einschätzung? Haben wir in Baden-Württemberg tatsächlich so große weiße Flächen auf der Landkarte, dass kein Kreißsaal in zumutbarer Nähe mehr erreichbar ist, und darf eine Geburtshilfe überhaupt eine werdende Mutter abweisen? Wenn ja, in welcher Fallkonstellation? Oder sind Ihnen Fälle bekannt, in denen eine Abweisung stattgefunden hat?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ich verweise auf das, was ich eben bereits ausgeführt habe: In der Tat sind wir gerade dabei, die Daten zu erheben. Das heißt, wir haben diese Übersicht noch nicht. Was jedoch bereits jetzt klar ist: Es gibt auf jeden Fall ganz unterschiedliche Versorgungsengpässe. Erstaunlicherweise gibt es z. B. im Ballungsgebiet Stuttgart einen großen Versorgungsengpass. Es gibt zwar fünf Kliniken, die Geburtshilfe anbieten, aber wir hören immer wieder von Frauen, die innerhalb dieser fünf Kliniken nicht in der Klinik entbinden können, in welcher sie gern entbinden möchten, sondern an eine Klinik im weiteren Umfeld verwiesen werden.

Es gibt eine andere Versorgungsregion: Esslingen und Umgebung. Dort scheint es eine ausgesprochen gute Versorgung zu geben.

Wir müssen uns also auch genau anschauen, woran es liegt. Liegt es in Stuttgart z. B. daran, dass die Mieten für Wohnungen so exorbitant hoch sind, dass es für Hebammen beispielsweise nicht möglich ist, sich im Stadtgebiet eine Wohnung zu mieten? Ist das der Grund, oder was sind ansonsten die Gründe?

Klar ist auf jeden Fall, dass vonseiten der Hebammen zunehmend immer wieder deutlich formuliert wird, dass die Arbeitsbelastung in den Krankenhäusern deutlich steigt und sie mehr als eine Geburt – also oftmals zwei und mehr Geburten – parallel betreuen. Das ist in der Tat ein Sicherheits- und Gefährdungsrisiko sowohl für Kinder als auch für Mütter. Dem müssen wir ganz entschieden und sehr schnell entgegenreten.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt habe ich die Wortmeldung von Frau Abg. Krebs.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Frau Staatssekretärin, Sie haben es bereits gesagt: Hebammenversorgung ist vor allem ein Thema der Bundespolitik. Heute Morgen hatten wir bereits eine Debatte zu Arbeitsbedingungen. Darum frage ich Sie – ganz in diesem Sinn –: Wie setzt sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Hebammen ein?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Das ist in der Tat eine schwierige Frage. Das, was wir hier versuchen, werden wir auch weiterhin tun, nämlich auf Bundesebene in Gesprächen vor allem mit den beteiligten Akteuren – also mit dem Bundesverband der gesetzlichen Krankenkassen, die letztlich auf Bundesebene die Budgetverhandlungen mit dem Hebammenverband führen, aber auch mit dem Bundesverband der Krankenhäuser – über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln bzw. deutlich zu machen, dass die Arbeitsbedingungen, so, wie sie jetzt für die Hebammen sind, schwierig sind.

Arbeitsbedingungen insgesamt zu verändern kann und wird auch im Zuge des runden Tisches diskutiert werden, weil wir

davon überzeugt sind, dass es sich hierbei um einen ganz entscheidenden Faktor handelt. Die Arbeitsbedingungen vor allem in den Krankenhäusern sind für die Hebammen – zumindest so, wie sie es uns immer wieder berichten – nicht tragbar und führen dazu, dass viele Hebammen frühzeitig ihre Berufstätigkeit wieder aufgeben.

Es wird darum gehen, dass wir mit den Akteuren – also mit den Krankenhausträgern, mit der Krankenhausesellschaft, aber auch mit den Kassen sowie den Ärztinnen und Ärzten am Krankenhaus – Lösungen zu der Frage suchen: Wie können wir die Arbeitsbedingungen so verändern, dass dies sowohl für die beteiligten Hebammen als auch für die Krankenhäuser sinnvoll ist und letztendlich im Sinne einer verantwortlichen und qualitativ hochwertigen Geburtshilfe stattfindet?

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Marwein.

Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Frau Staatssekretärin, Sie haben erläutert, dass die entscheidenden Schritte auf Bundesebene erfolgen müssen. Jetzt kümmern Sie sich auf Landesebene um dieses Thema. Das Land könnte beispielsweise über eine Bundesratsinitiative tätig werden. Wissen Sie von anderen Bundesländern, ob dort ähnliche Aktivitäten, wie Sie sie hier entwickeln, durchgeführt werden, oder sind wir hier – wie wir es heute Morgen bereits gehört haben – „einmalig“?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Wir sind sicherlich „einmalig“, wenn es um die Konsequenzen und die Durchführung des runden Tisches geht. Das gibt es in dieser Form in der Tat in anderen Bundesländern nicht. Was es in anderen Bundesländern gibt – z. B. in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Bremen –, ist ein runder Tisch, der dazu dient, Informationen auszutauschen und für eine gut vernetzte Struktur zu sorgen.

Was wir mit unserem runden Tisch erreichen wollen, geht deutlich weiter. Wir wollen tatsächlich Handlungskonzepte entwickeln und alle beteiligten Gruppierungen und Akteure mit ins Boot nehmen. Das ist bislang einmalig in Deutschland. Es gibt ein großes Interesse, auch aus anderen Bundesländern, sich aktiv an einer Bundesratsinitiative zu beteiligen.

Das eine ist, dafür zu sorgen, dass die Haftpflichtprämien übernommen werden und eine gesamtgesellschaftliche Struktur geschaffen wird, damit die Regresse sinken. Das andere ist aber in der Tat, dass wir mit den Akteuren vor Ort reden müssen, wie wir die Arbeitsbedingungen ganz konkret verändern können.

Präsidentin Muhterem Aras: Nun hat Herr Abg. Hinderer das Wort.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Staatssekretärin Mielich, noch einmal eine Frage zur stationären Entbindung. Die eine Seite ist, dass es immer eine sehr emotionale Diskussion gibt, wenn kleine Geburtshilfen geschlossen werden sollen. Ich verweise auf das Beispiel Radolfzell oder auf die Demo in der letzten Woche gegen die Schließung der geburtshilflichen Abteilung in Langenau. Die andere Seite ist die, dass das Land – was ich gar nicht kritisieren – Millionen aus dem Strukturfonds für Schließungen von Geburtshilfeabteilungen, z. B. in Bühl, ausgibt.

(Rainer Hinderer)

Insofern frage ich: Wie steht die Landesregierung zu der Schließung von solchen sehr kleinen geburtshilflichen Abteilungen, insbesondere mit Blick auf die Versorgungsqualität und die medizinische Leistungsfähigkeit von solch kleinen Einheiten?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Herr Kollege Hinderer, herzlichen Dank für die Frage. – Sie haben einen Teil der Antwort im zweiten Teil Ihrer Frage gerade schon gegeben. Denn Sie haben gesagt, es müsse um eine Qualitätssicherung gehen. Das ist in der Tat ganz entscheidend, und das wird von uns, der verantwortlichen Landesregierung, auch erwartet. Es wird erwartet, dass wir die Qualitätssicherung ganz hoch ansiedeln.

In der Tat gibt es bei der Geburtshilfe nicht automatisch einen kausalen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Geburten und der Sicherheit der Geburtshilfe. Vielmehr hängt das von ganz unterschiedlichen Faktoren ab. Kleine Kliniken können durchaus auch eine qualitativ hochwertige Geburtshilfe anbieten.

Allerdings stellt sich wirklich die Frage: Wie viele Geburten finden dann an diesen Standorten statt? Das heißt: Gehen dann die Frauen, die gebären wollen, tatsächlich in die Geburtshilfeabteilung eines kleinen Krankenhauses, oder gehen sie lieber in andere Krankenhäuser?

Wenn geburtshilfliche Stationen geschlossen werden, ist dies immer eine ganz besondere Situation. Eine solche Schließung hängt eigentlich immer damit zusammen, dass dort entweder sehr wenige Geburten stattfinden oder insgesamt zu wenige Kinder geboren werden. Das heißt: Eine Geburtshilfeabteilung, die sich auch ökonomisch trägt, wird in der Regel nicht geschlossen.

Präsidentin Muhterem Aras: Nun hat Herr Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! In der letzten Legislaturperiode haben wir im Sozialausschuss häufig das Thema Hebammen besprochen. Ich erinnere mich an einen Antrag von Kollegin Dr. Engeser von der CDU. Wir haben erstaunt festgestellt, dass der Anteil der Hebammen, die relativ wenige Geburten durchführen, sehr hoch ist.

Insofern meine Frage: Inwieweit greifen Sie mit dem runden Tisch auch dieses Thema auf? Im Grunde genommen gibt es noch Kapazitäten. Denn in Baden-Württemberg gibt es sehr viele Hebammen, die die Geburtshilfetätigkeit in Teilzeit ausüben. Ist das auch Bestandteil des runden Tisches? Analysieren Sie auch diese Thematik, um Möglichkeiten zu suchen, die vorhandenen Kapazitäten intensiver zu nutzen?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Kollege Haußmann, in der Tat gibt es viele Hebammen, die aufgrund der exorbitant gestiegenen Haftpflichtprämien in den letzten Jahren ihre Geburtshilfetätigkeit aufgegeben haben. Denn diese hohen Haftpflichtprämien sind an die Geburtshilfe gebunden. Das heißt, Hebammen, die nur in der Vorsorge und in der Nachsorge tätig sind, zahlen deutlich geringere Haftpflichtprämien.

Dieser Kausalzusammenhang führt zu genau der unseligen Konsequenz, dass sich Hebammen von der Geburtshilfe an sich erst mal verabschieden. Das heißt, viele arbeiten in der

Tat in Teilzeit, machen Vorsorge und in erster Linie Nachsorge.

Die Nachsorge ist ein ganz zentrales Feld, das unbedingt bearbeitet werden muss. Denn die Frauen, die in einer Klinik entbinden, werden in der Regel nach einem Tag, maximal zwei Tagen entlassen. Wenn sie dann keine Begleitung haben, wenn ihnen da niemand zur Seite steht, wenn ihnen niemand Fragen beantworten und sie bei Unsicherheiten unterstützen kann, kann das wirklich ein ganz hohes Risiko bedeuten.

Aber auch in der Vorsorge sind Hebammen enorm wichtig. Da gibt es in der Tat Versorgungsprobleme.

Die Übersicht, die wir jetzt bekommen werden, wird u. a. vom Hebammenverband Baden-Württemberg erstellt. Dafür werden Daten erhoben und soll festgestellt werden, in welchem Maß die Hebammen wie tätig sind: Sind sie schwerpunktmäßig in der Vorsorge, in der Nachsorge oder eben in der Geburtshilfe tätig? Arbeiten sie als Beleghebammen, als fest angestellte Hebammen im Krankenhaus? Genau diese Fragen werden dort gestellt.

Wir erhoffen uns, dass wir durch die Ergebnisse einen Überblick bekommen. Übrigens erhofft sich dies der Hebammenverband Baden-Württemberg auch. Denn Hebammen brauchen sich nicht registrieren zu lassen; viele tun es, die meisten tun es. Aber ganz wenige machen präzise Angaben über den Umfang ihrer Tätigkeit.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Frau Abg. Krebs.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Frau Staatssekretärin, wir alle sind uns wahrscheinlich einig, dass die Geburtshilfe und insgesamt die Gesundheitsvorsorge einer guten Planung bedürfen. Darum wäre meine Frage jetzt, inwieweit die Geburtshilfe in der Krankenhausplanung mit verankert wurde. Gibt es da irgendwelche Vorrichtungen?

Ein gutes Planungsinstrument sind auch unsere kommunalen Gesundheitskonferenzen. Da würde uns und mich interessieren, inwieweit es an die kommunalen Gesundheitskonferenzen bzw. an die Ausrichter der kommunalen Gesundheitskonferenzen die Vorgabe gibt, dort Hebammen und Geburtshilfe mit zu berücksichtigen, und ob es irgendwelche Planungen dafür gibt, da etwas voranzutreiben, explizit bei der kommunalen Gesundheitskonferenz auch das Thema Geburtshilfe als wichtiges Thema zu betreiben.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Der runde Tisch, der im Januar einberufen worden ist, geht auf einen Beschluss der Landesgesundheitskonferenz vom November 2016 zurück. Die kommunalen Gesundheitskonferenzen finden in der Tat auf kommunaler Ebene statt, teilweise auch auf Landkreisebene. Es obliegt den einzelnen Gesundheitskonferenzen, was für Schwerpunkte sie sich suchen: Suchen sie sich den Schwerpunkt Versorgungsstruktur, suchen sie sich z. B. Versorgungskonzepte für chronisch kranke Bewohnerinnen und Bewohner ihrer Region, oder gehen sie mehr in die Stärkung der Prävention? Die Schwerpunktsetzung der kommunalen Gesundheitskonferenzen zieht sich aus den Beteiligten.

Das heißt, es ist natürlich unsere Aufgabe, aber nicht nur unsere Aufgabe, sondern eben auch die der Kommunen. Auch

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

die kommunalen Landesverbände sind am runden Tisch „Geburtshilfe“ beteiligt, sodass die Kommunikation zwischen der kommunalen Seite und uns über den runden Tisch sehr, sehr eng ist.

Das bedeutet in der Konsequenz auch, dass es eine hohe Sensibilität gibt, dieses Thema auch in die kommunalen Gesundheitskonferenzen hineinzutragen. Es kann auch gut sein, dass man sich in der Kommune dann Gedanken darüber macht, welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen die Kommune mit dem Ziel, eine bessere Hebammenversorgung sicherzustellen, anbieten kann: Können wir z. B. Räume für eine Hebammenpraxis anbieten, oder können wir dafür sorgen, dass bei uns oder in der Kommune Hebammen angestellt werden, die dann die Aufgabe haben, die schwangeren Frauen in der Vorsorge zu betreuen oder z. B. auch geburtsbegleitend oder in der Nachsorge Ansprechperson zu sein? Die kommunale Ebene ist da von enormer Bedeutung.

Die Planung, welche Krankenhäuser welche Abteilungen haben, ist eine Sache der ärztlichen Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer. Da werden dann auch die Fachabteilungen ausgewiesen. Es gibt keinen Unterschied zwischen Gynäkologie und Geburtshilfe. Wenn eine Frauenabteilung eingerichtet wird, dann umfasst sie in der Regel sowohl die gynäkologische als auch die geburtshilfliche Abteilung.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Kenner, Sie haben nun das Wort.

Abg. Andreas Kenner SPD: Frau Staatssekretärin, Sie sprachen ja vorhin selbst davon, ob es in Stuttgart vielleicht deswegen weniger Hebammen gibt als z. B. in meinem Wahlkreis, weil sie sich die Mieten nicht leisten können. Meine Frage ist: Wie schätzen Sie das Gehalt von Hebammen ein im Vergleich zu dem anderer Berufsgruppen in der Pflege, vor allem in Anbetracht des Risikos, das sie tragen müssen, und angesichts von Wochenendarbeit und Nachtarbeit? Denn ich denke, dass das Gehalt letztendlich doch auch eine Motivation ist, einen Beruf zu ergreifen oder nicht.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Offenbar ist die Höhe des Gehalts nicht die erste Motivation, Hebamme zu werden. Denn sonst dürfte es eigentlich kaum noch Hebammen geben. Vielmehr ist es offensichtlich die Tätigkeit an sich, die junge Frauen dazu ermuntert und inspiriert, diesen Beruf zu ergreifen.

Aber es muss in der Tat natürlich auch darüber verhandelt werden, wie die Bezahlung insgesamt verbessert werden kann. Wir sind da durchaus auf einem guten Weg. Auch auf Bundesebene wird immer mehr anerkannt, dass gerade die nicht ärztlichen Gesundheitsberufe – z. B. Physiotherapeuten, Logopäden, Ergotherapeuten – jahrzehntelang chronisch unterfinanziert waren. Es gibt Bestrebungen, die Bezahlung deutlich anzuheben, auch von der Bindung an die Grundlohnsumme wegzugehen. Es gibt jetzt z. B. bei den Physiotherapeuten Verhandlungen, deren Ergebnis deutlich über 5 % liegt, also auch deutlich über der Grundlohnsumme. Das wird sich letztendlich auch auf die Budgetverhandlungen der Hebammen auswirken und übertragen. Wir müssen dann schauen, wie sich das insgesamt entwickelt. Das ist ein Baustein, es ist aber in meinen Augen nicht der zentrale.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Böhlen, nun haben Sie die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen.

Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, am Beispiel Bühl, das der Kollege Hinderer genannt hat, habe ich eine Frage. Diese Geburtsstation war nach WHO- und UNICEF-Richtlinien als babyfreundliches Krankenhaus zertifiziert. Bei der Zusammenlegung wurde dieses Zertifikat quasi aufgegeben. Gibt es eine Möglichkeit für die Landesregierung, Standards bei Zusammenlegungen von zwei Bereichen so festzuschreiben, dass man sagt: „Wir möchten, dass der Standard, der in der einen Klinik erreicht wurde, übernommen wird“?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Dagegen, dass der Standard, der in einer Klinik bereits erreicht worden ist, weiterhin gelten soll, spricht, finde ich, überhaupt nichts. Was ich mir als Ergebnis des runden Tisches vorstellen kann, ist auch, dass wir Standards insgesamt für das Land entwickeln und möglicherweise auch eine bessere Vergütung der stationären Geburtshilfe an die Zertifizierung und an das Einhalten von Standards und von Qualitätslabels knüpfen, um auf diese Weise für die schwangeren Frauen sowohl eine Übersicht bzw. eine Sicherung zu bekommen, wo qualitativ hochwertige Geburtshilfe angeboten wird, als auch einen Anreiz dafür zu schaffen, dass Krankenkassen als Kostenträger z. B. bereit sind, möglicherweise ein bisschen mehr Geld für eine hochwertige Geburtshilfe zu bezahlen. Qualitätsstandards, Qualitätssicherung und -labels halte ich gerade in der Geburtshilfe für ganz zentral.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Hinderer, Sie haben das Wort.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Staatssekretärin, noch eine Ergänzungsfrage zu Ihrer Antwort auf meine letzte Frage. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sagen Sie, die Größe einer Abteilung oder die Anzahl der Geburten hat keinen erkennbaren Einfluss auf die medizinische Versorgungsqualität in der Geburtshilfe. Die Ergänzungsfrage ist: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Geburten – also doch der Größe der Klinik – und der Quote der Kaiserschnitte? Wir wissen, dass Sie eine Verfechterin der natürlichen Geburt sind. Ist Ihnen da ein Zusammenhang bekannt? Wenn nicht: Ist geplant, diesen Zusammenhang bei der Datenerhebung, bei der Bestandserhebung, die Sie machen, mit ins Auge zu fassen?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ich lege Wert darauf klarzustellen, dass ich nicht gesagt habe, es gebe grundsätzlich keinen Zusammenhang. Ich würde sagen, dass der Zusammenhang zwischen der Anzahl der Geburten und der Qualität der Geburten nicht zwingend ist. Eine kleine Geburtsklinik oder auch Geburtshäuser, die ja in der Regel viel weniger Geburten im Jahr durchführen als eine Geburtshilfeabteilung in einem Krankenhaus, machen keine schlechtere Geburtshilfe als z. B. eine Klinik der Maximalversorgung.

Oftmals gibt es einen kausalen Zusammenhang zwischen großen Kliniken der Maximalversorgung und der Anhäufung von Kaiserschnitten. Das liegt aber nicht unbedingt daran, dass es ein Haus der Maximalversorgung ist oder dass dort besonders viele Geburten stattfinden, sondern daran, dass besonders viele Risikoschwangerschaften an Häuser der Maximalversor-

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

gung überwiesen werden. Daher ist es ganz problematisch, die Anzahl der Geburten und die Anzahl der Kaiserschnitte in einen Zusammenhang zu setzen, denn das ist nicht stimmig. Da passen die Parameter nicht unbedingt zusammen. Das muss man sich wirklich jeweils sehr differenziert anschauen.

Es ist jetzt nicht die vordringliche Aufgabe des runden Tisches, zu untersuchen, wie wir den Anteil der natürlichen Geburten bei einer gleichzeitigen Senkung des Anteils von Kaiserschnitten erhöhen können. Ich kann jetzt nicht sagen, ob das nicht trotzdem zum Thema wird und ob wir das in diesem Zusammenhang auch behandeln.

Was auf jeden Fall ganz klar ist: Eine gute Geburtshilfe vermeidet auch, dass es z. B. zu Stresskaiserschnitten kommt. Denn es gibt ja durchaus einen hohen Anteil von Geburten, die ganz normal beginnen und dann im Verlauf immer komplizierter werden. Dazu, welche Faktoren letztendlich zu diesen Komplikationen führen, ist zu sagen: Da gibt es auch ganz viele psychosoziale Rahmenbedingungen; da können mit Sicherheit auch Stresssituationen eine ganz entscheidende Rolle spielen, die dann letztendlich zu einem Kaiserschnitt führen.

Das heißt, man müsste sich dann noch einmal genau anschauen: In welchem Zusammenhang steht die Situation der Versorgung der Frauen in den Krankenhäusern mit der Anhäufung z. B. von Kaiserschnitten in den Kliniken? Also: Bedeutet z. B. eine bessere Betreuung – eine 1:1-Betreuung oder z. B. ein Hebammenkreißsaal –, dass der Anteil der Kaiserschnitte niedriger ist als woanders?

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt kann Herr Abg. Schoch noch eine ganz kurze Frage stellen. Denn die Zeit für das erste Thema ist gleich abgelaufen.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Mielich, ich möchte an das anschließen, was Herr Hinderer gerade gesagt hat. Ich hatte ein Gespräch mit verschiedenen Hebammen bei uns im Landkreis, und dabei ist genau die Problematik Kaiserschnittgeburten noch einmal aufgeschlagen. Bei uns hat die Zahl der Kaiserschnittgeburten in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Kreiskliniken überproportional zugenommen. Deshalb kam aus dem Kreis der Hebammen die Frage auf, ob es nicht intensiviert eine entsprechende Beratung hin zur natürlichen Geburt und Geburtshilfe geben muss, um das Verhältnis wieder zu verbessern. Denn viele Frauen sind einfach verunsichert bezüglich der Frage: Wie bringe ich mein Kind auf die Welt?

Vor diesem Hintergrund könnte ich mir schon vorstellen, dass es sinnvoll sein könnte, dass die Beratung im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft ein höheres Gewicht als derzeit bekommt.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Kollege Schoch, das, was Sie jetzt angesprochen haben, ist ein Plädoyer für eine qualitativ gute Vorsorge. Denn das sind natürlich genau die Fragen, die im Rahmen der Schwangerenvorsorge auch angesprochen werden müssten. Es ist ja in der Tat so, dass die Gespräche bzw. auch Äußerungen oder Veröffentlichungen über Risiken, die mit der Geburt zusammenhängen, natürlich oftmals gerade Schwangeren sehr im Bewusstsein sind und deshalb auch zu einer möglichen Verunsicherung führen.

Es obliegt dann in der Tat den Personen, die die Schwangeren beraten, ihnen ein gutes Gefühl zu vermitteln und ihnen die Sicherheit zu geben. Wenn es auf der anderen Seite durchaus auch Risiken gibt, müssen auch diese benannt werden, um verantwortlich damit umzugehen.

Deswegen ist es in meinen Augen enorm wichtig, dass Hebammen ein fester Bestandteil im Versorgungskonzept der Vorsorge sind.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. Damit sind wir mit diesem Thema durch. Die für das erste Thema zur Verfügung stehenden 30 Minuten sind auch abgelaufen. Somit war dies praktisch eine Punktlandung.

Das zweite Thema wurde von der Fraktion der SPD beantragt:

Stand der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg

Ich darf das Wort Frau Abg. Wölfle erteilen.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Sehr geehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ende des vergangenen Jahres ist das Bundesteilhabegesetz durch den Deutschen Bundestag und den Bundesrat verabschiedet worden. Unter der großen Überschrift „Mehr Teilhabe und Selbstbestimmung – weniger Fürsorge“ regelt es die Leistungen für Menschen mit Behinderungen neu. Es nimmt insbesondere auch eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf.

Klar ist aber, dass nicht alle mit dem verhandelten Kompromiss zufrieden sind und jeder der Beteiligten sicher noch mindestens einen Aspekt hat, der leider noch nicht verbessert wurde. Aber jeder weitere Aspekt, jeder weitere Wunsch muss natürlich auch irgendwie bezahlt werden.

Klar ist aber auch, dass wir nun ein Paket haben, das für viele Menschen mit Behinderungen starke Verbesserungen bringt. Wer diesen Kompromiss vor einem halben Jahr hätte scheitern lassen, hätte sich fragen lassen müssen, wie er verantworten kann, dass diese Verbesserungen erneut auf die lange Bank geschoben werden.

Nach dem Beschluss liegt es am Bund und an den Ländern, dieses Gesetz umzusetzen. Jetzt kann es ja sein, dass hinter den Kulissen schon viel passiert. Uns ist jedoch noch nichts bekannt; deswegen frage ich jetzt einfach nach.

Es gab in der letzten Woche – ich will es jetzt nicht Beschwerde nennen – eine Anfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, der äußerte, es gebe ihm einfach noch zu wenig Informationen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat das Land auch aufgefordert, bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes die Beteiligung von Menschen mit Behinderung und deren Interessenvertretern sicherzustellen und die dafür nötigen Regelungen zu treffen. Gerade das ist ja z. B. in § 131 des Bundesteilhabegesetzes auch vorgeschrieben.

Auch von anderen Verbänden hört man, dass derzeit noch Funkstille herrsche. Dabei muss bereits im Jahr 2017 auf Landesebene einiges umgesetzt werden.

(Sabine Wölfle)

Daher meine Frage: Wie weit sind die Vorbereitungen der Landesregierung zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes gediehen? Sind etwa schon Entwürfe für Gesetze bzw. Verordnungen erarbeitet? Wie werden dabei die Menschen mit Behinderung und auch die Verbände der Leistungserbringer einbezogen? Gibt es auf Landesebene eine Beteiligungskultur, wie es sie auf Bundesebene zur Erarbeitung des Gesetzes gegeben hat?

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Lucha das Wort.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Wölfle, herzlichen Dank für Ihre Anfrage. Das trifft sich gut: Heute befindet sich ein umfassender Vermerk in meinem Zeichnungslauf, weil wir dieses Thema sehr intensiv und – das liegt in unser aller Interesse – natürlich auch sehr genau bearbeiten müssen.

Sie wissen, dass wir gemeinsam letztendlich ein Gesetz erkämpft und verabschiedet haben, das eine zeitlich gestaffelte Umsetzungsdraturgie hat – zu Recht, denn das war Bestandteil des Kompromisses. Ich darf Ihnen den Handlungsbedarf für 2017 und den Ablauf, wie er sich uns darstellt, einfach einmal vortragen.

Das Wichtigste war jetzt für 2017 selbst, weil die Wirkung schon zu diesem Jahr erfolgt war, die Teilerstattung des Barbetrags durch den Bund in den Jahren 2017 bis 2019, die Erhöhung auf 57 €, 14 % des Regelbedarfs, bei den stationären Einrichtungen. Das mussten wir schon umsetzen; das hatte schon eine sehr umfassende Handlungsfolge.

Das Nächste ist das Inkrafttreten des neuen SGB-IX-Vertragsrechts für Fachleistungen der Eingliederungshilfe und die Bestimmung des zuständigen Eingliederungshilfeträgers. Das ist jetzt tatsächlich der Schritt, den wir zurzeit vorbereiten: Wie wird die Trägerschaft in Zukunft örtlich und überörtlich bestimmt?

Natürlich haben wir auch mit der kommunalen Familie erste Gespräche geführt. Wir haben ganz offen hingeschaut – das haben wir auch in den letzten fünf Jahren schon getan –, welche rechtlichen Instrumente wir dann konstruktiv schaffen. Dahinter verbirgt sich dann ja auch der Landesrahmenvertrag, verbergen sich Vertragskommissionen. Ihre Kolleginnen und Kollegen wissen aus den letzten Jahren, dass es immer auch Prozessgänge zu uns gab, weil diese Gremien sehr statisch waren.

Das werden wir also aufarbeiten, und wir werden Ihnen dann natürlich fristgerecht Lösungsvorschläge unterbreiten, wie diese Aufgabenverteilung erfolgen kann, abgestimmt auch mit den Betroffenen selbst. Dann werden wir in der Tat auch gewichten, was uns wichtig ist; inhaltlich sind das sicherlich Aspekte wie „wohnnah“, „lebensortnah“, „selbstbestimmt“ und „dezentralisiert“. Das sind auch die Metathemen, die wir bei den formalen Beschlüssen immer mit im Kopf haben.

Parallel dazu, liebe Frau Wölfle – das wird Sie interessieren –: Eine der ersten Aufgaben ist ja die Einrichtung und die Förderung der Verfahren zur ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung, die dem Bund sehr wichtig war. Da sind tatsächlich gestern – leider erst gestern – die ersten Eckpunkte für

die Förderkriterien vom Bundesministerium zu uns gekommen.

Wir haben gestern in einer Arbeitsrunde beschlossen, dass wir jetzt ein erstes Informationsgespräch mit den „Peerleadern“ – also mit den Betroffenen selbst, die ja eigene Erfahrungen haben – führen. Zu einer ersten Informationsrunde werden wir alle von uns eingerichteten Kreisbehindertenbeauftragten, alle IBB-Stellen als Multiplikatoren, die kommunale Familie und den KVJS einladen, damit wir einfach mal ein Bild haben, wo, in welcher Region diese unabhängige ergänzende Teilhabeberatung stattfinden kann.

Wenn wir dann gemeinsam die Entscheidung getroffen haben, wie in Zukunft die Trägerschaft örtlich und überörtlich stattfindet, gibt es natürlich die Auftaktveranstaltung. Hier werden die Vertreter der Eingliederungshilfeträger und der Einrichtungsträger sowie der Landesbehindertenbeirat – ich habe auch regelmäßig Jours fixes mit der Beauftragten – einbezogen, damit wir das ganz systematisch miteinander besprechen.

Wir werden, denke ich, wenn wir den nächsten Vorschlagschritt haben, bestimmt auch im Ausschuss darüber diskutieren. Ich hoffe, es gelingt uns noch im Juni, Ihnen einen ersten Überblick zu geben.

Wir wollen auch die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung, wenn uns das irgendwie gelingt, sogar noch Ende Mai durchführen, damit die Verbände mehr Zeit bekommen, als das offensichtlich in anderen Ländern der Fall ist. Wir haben uns in anderen Bundesländern ein bisschen umgehört, ob diese näher dran sind, bedingt dadurch, dass wir vom Bund die Vorgaben so spät bekommen haben. Aber das ist meines Erachtens ein solch großes Projekt, bei dem man so viel bedenken muss – Sie selbst haben es dankenswerterweise angesprochen –, dass wir auf alle Fälle diese Beteiligung wahrnehmen.

Im Hinblick auf das nächste Jahr ist die Einberufung der AG Bedarfsermittlung wichtig. Die ICF-basierte Bedarfsermittlung, lieber Kollege Poreski, ist quasi das Parallelthema zu den formalen Entscheidungen, wer Träger wird, wie wir dies strukturiert aufsetzen, damit wir dies anbieten können.

Dann werden wir natürlich eine AG Rahmenvertrag nach SGB IX einrichten. Das ist, glaube ich, in unser aller Interesse.

Wir werden auch – das zu erwähnen habe ich vergessen – eine Lenkungsgruppe einrichten, bestehend aus den formalen Trägern, aber natürlich auch den Betroffenen selbst, aus der Selbsthilfe, aus der Wohlfahrtspflege. Ich habe heute Morgen auch ein Gespräch mit Frau Wolfgramm vom Paritätischen Wohlfahrtsverband geführt.

Sie verstehen, dass wir im Moment, nachdem wir gemeinsam bis zum Ende des letzten Jahres, bis zur letzten Sitzung des Bundesrats unter Hochdruck gearbeitet hatten, einen sehr kurzen Vorlauf für die verwaltungstechnischen und auch die juristischen Bewertungen der Rechtsfolgen hatten. Dies arbeiten wir jetzt auf. Diese Woche werden, wie gesagt, zwei Vermerke erstellt, um die Arbeitsaufträge zu machen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Kenner.

Abg. Andreas Kenner SPD: Herr Minister, so kann es einem manchmal in der Opposition gehen. Ich wollte Sie fragen, wann Sie nach der Ermächtigungsverordnung nach § 142 SGB IX handeln und wen Sie einladen. Jetzt haben Sie das alles schon ungefragt beantwortet. Dafür möchte ich mich bei Ihnen bedanken. Dann können wir uns zwei Minuten ersparen.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Vielen Dank für die ausführliche Antwort, ohne dass ich gefragt habe.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ich bedanke mich, dass Sie heute die Frage gestellt haben. Es gibt natürlich Themen, die von unglaublicher Bedeutung sind. Erinnern Sie sich daran: Als wir in der damaligen Debatte verkündeten, dass wir gemeinsam einen Erfolg erzielt haben, hat sich niemand dafür interessiert, auch niemand von der Presse. 14 Tage zuvor, als es noch Dissense gab, gab es noch große Kritikdebatten darüber. Aber dass wir etwas Gutes gestaltet haben, dass wir, die Parteien, das gemeinsam tragen – auch über die Länder hinweg und über die Bundestagskoalition hinweg –, ist schon eine große Leistung. Mit derselben Ernsthaftigkeit agieren auch die Bund-Länder-Arbeitsgruppen – das ist auch ein tolles Ergebnis – im Austausch über die jeweiligen Gremien und Fraktionen hinweg.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Frau Abg. Wölfle.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Nein! Er hat schon alles beantwortet!)

– Keine Wortmeldung. – Dann Herr Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Minister Lucha, ich habe eine Frage zu § 94 des Bundesteilhabegesetzes. Danach sollen die Länder darauf hinwirken, dass flächendeckende, am Sozialraum orientierte und inklusiv ausgerichtete Angebote von unterschiedlichen Leistungserbringern sichergestellt sind.

Daraufhin meine Frage: Haben Sie schon eine Vorstellung, wie dieses Ziel in Baden-Württemberg umgesetzt werden soll und inwieweit – es gibt ja einen Vorläufer, bekannt unter der Überschrift „Gültstein-Prozess“ – die Ergebnisse des Gültstein-Prozesses hier eine Rolle spielen werden?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Herzlichen Dank, Herr Hinderer. – Wir haben ja gemeinsam den Psychiatrieplan des Landes auf den Weg gebracht. Sie können sich noch an die gemeinsamen Debatten über das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz erinnern. Da hatten wir genau die Frage nach der Gremienbildung und danach, mit welchen Strukturen wir den Bedarf steuern.

In einem nächsten Schritt würde ich Ihnen Selbiges auch gern vorschlagen, nämlich miteinander über ähnliche Verbände, Verbundstrukturen, wie wir sie jetzt in der Gemeinde- und Sozialpsychiatrie haben, auch für die Behindertenhilfe nachzudenken und das dann auch mit den neuen Trägern – die eventuell die alten sind; legen Sie mich da jetzt nicht fest –, vor allem mit den Trägern der Leistungserbringer und mit der Selbsthilfe zu tun.

Auch die Analyse ist im Prinzip ja ähnlich wie vorhin bei der Debatte über das Gesundheitswesen – Bestandsanalyse, Entwicklung und die Frage, welche Hilfen wir haben.

Mit Blick auf die Inklusion in der Schule stellt sich die Frage: Welche Schulabgänger sind hier, welche Menschen mit angeborener Behinderung sind hier? Quantitative Zuwachsraten haben wir ja ausschließlich bei Menschen mit seelischer Behinderung. Auf diesem Versorgungsgebiet sind wir heute planerisch, bei der Sicherstellung, durch gemeindenahe Angebote schon am weitesten in der Entwicklung.

Genau mit diesen Denkmustern werden wir auf § 94 zugehen. Ich glaube schon, dass wir gemeinsam ein ähnliches Werk machen werden, wie es uns beim Landespsychiatriegesetz glückt ist. Auch im Landes-Behindertengleichstellungsgesetz haben wir viele Punkte der Teilhabe und der Vertretung schon mit verankert – ganz unabhängig vom formalen Gültstein-Prozess, der sich auch mit den sozusagen physikalischen Fragen beschäftigt.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist dieses Thema erledigt.

Ich rufe das nächste Thema der Regierungsbefragung auf – gemeldet von der CDU-Fraktion –:

N o v e l l i e r u n g d e s P r i v a t s c h u l g e s e t z e s

Ich darf Frau Abg. Felder das Wort erteilen.

Abg. Sylvia Felder CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Privatschulen spielen in unserem Land eine bedeutende Rolle. Immer mehr Eltern sowie Schülerinnen und Schüler entscheiden sich für den Besuch einer Privatschule. Dafür spielen sicherlich viele Faktoren eine Rolle. Das mag die Vielfalt sein, das mag die Kreativität der Schulen sein, das mögen vielleicht auch neue Formen oder auch besondere Betreuungsformen sein, die die Privatschulen bieten können.

Die Privatschulfinanzierung stand in den letzten Jahren immer wieder im Fokus der Diskussion. Immer wieder neue Forderungen – Thema 80%-Förderung – wurden diskutiert und eigentlich von vielen gewollt. Aber die Frage der Finanzierung stand immer im Mittelpunkt.

Die Rechtsprechung hat uns nun verpflichtet, die Neuregelung der Privatschulen grundsätzlich anzugehen. Bis zum Sommer müssen wir dies geschafft haben. Wir haben aus vielen Presseveröffentlichungen und Diskussionen mitbekommen, dass Sie, Frau Ministerin, sich hier auf einen guten Weg gemacht haben. Sie haben auch bei der Demonstration der Privatschulen hier in Stuttgart Zusagen gegeben, die bei den Privatschulen auf große Resonanz und ein positives Echo gestoßen sind.

Deswegen möchte ich heute die Landesregierung fragen, ob sie uns die Eckpunkte dieser Novelle zum Privatschulgesetz ein wenig näher erläutern kann.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ausführlich erläutern!)

(Sylvia Felder)

– Ausführlich erläutern. – Was bedeutet z. B. die gesetzliche Verankerung des Kostendeckungsgrads von 80 % ganz konkret, und wie ist der Ausgleichsanspruch zukünftig geregelt?

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Eisenmann das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Felder, selbstverständlich beantworte ich Ihre Frage sehr gern.

Tatsächlich haben wir aufgrund von verschiedenen Einlassungen und ausgehend von einem Gerichtsurteil den Auftrag, bis zum Sommer dieses Jahres das Gesetz für Schulen in freier Trägerschaft, das Privatschulgesetz, neu zu regeln. Wir werden dafür in den nächsten Wochen auch eine entsprechende Kabinettsvorlage einbringen, weil wir uns – darüber freue ich mich sehr – mit den Privatschulen in großem Einvernehmen auf das weitere Vorgehen geeinigt haben. Den Privatschulen ist auch deutlich geworden, von welcher Wertschätzung dieses Verhandlungsergebnis, das selbstverständlich die gerichtlichen Auflagen vollständig umsetzt, getragen ist.

Zu Ihrer Frage: Zum einen glaube ich, dass wir ein ganz zentrales Signal ausgesendet haben – dafür bin ich der grün-schwarzen Koalitionsregierung auch dankbar –, indem wir für alle Schulen in freier Trägerschaft den Kostendeckungsgrad von bisher 78,1 % auf 80 % erhöhen. Das hat mit den gerichtlichen Grundlagen gar nichts zu tun. Vielmehr ist das die Umsetzung einer politischen Forderung, die seit vielen Jahren hier in Baden-Württemberg vorgebracht wird, nämlich die Grundförderung für die Privatschulen auf eine breitere Basis zu stellen. Ich freue mich sehr, dass dies gelungen ist und dass wir uns gemeinsam darauf verständigt haben, durch dieses Angebot den Schulen in freier Trägerschaft ein Zeichen der Wertschätzung und Stärke auszusenden. Abhängig von der Schulart sind es immerhin Kosten in einer Größenordnung von rund 15 Millionen €, die diese grundsätzliche Förderung mit sich bringt.

Dass die 80 % – das war ein großer Wunsch der Privatschulen – gesetzlich verankert werden sollen – das werden wir tun –, gibt Planungssicherheit. Es ist ein Signal an die Privatschulen, dass wir uns, auch für die nächsten Jahre, dazu bekennen – so, wie ich mir natürlich von den Privatschulen auch wünsche, dass diese Grundlage, die wir jetzt erarbeitet haben, für die nächsten Jahre stabil ist. Denn ich glaube, dass sie auch das widerspiegelt, was Privatschulen zu ihrer Förderung brauchen. Deshalb bin ich dem Wunsch der Privatschulen, die gesetzliche Verankerung vorzuschlagen, gern nachgekommen, um ihnen damit diese Grundförderung in Höhe von 80 % auch als langfristige Perspektive zu ermöglichen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

Der zweite Teil des Gerichtsurteils basiert darauf, dass den Schulen in freier Trägerschaft zugemutet wird bzw. dass nicht

ausgeschlossen wird, Schülerinnen und Schüler unabhängig von der sozialen Schichtung aufzunehmen. Das ist auch richtig so. Das sogenannte Sonderungsverbot ist Teil des Grundgesetzes und muss von den Schulen in freier Trägerschaft auch eingehalten werden. Ich gehe davon aus, dass sie dies tun. Das Gerichtsurteil hat aber uns, das Land Baden-Württemberg, dazu verpflichtet, einen gewissen Ausgleich zu zahlen, wenn das Schulgeld abgesenkt wird oder wenn auf das Schulgeld verzichtet werden soll. Das war das, worüber wir grundsätzlich verhandeln mussten.

Wir haben für dieses sogenannte Sonderungsverbot und den daran gekoppelten Ausgleichsanspruch eine Lösung gefunden. Der Ausgleich wird selbstverständlich vom Land bis zu einer gewissen Höhe, wie gerichtlich fixiert, bezahlt. Da gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Die Schulen in freier Trägerschaft müssen uns gegenüber natürlich nachweisen, dass sie dieses Sonderungsverbot in den Gesprächen mit den Eltern auch eingehalten haben.

Ich glaube, dies ist insgesamt für die Schulen in freier Trägerschaft für die Zukunft eine gute Grundlage bzw. Basis. Wir setzen selbstverständlich das Gerichtsurteil um, so, wie es sich gehört und wie es auch richtig ist. Deshalb ist es ein grundsätzlich erfreuliches Verhandlungsergebnis. Man muss sehen: Die Erhöhung der Grundförderung auf 80 % plus der Ausgleichsanspruch, den wir für das abgesenkte Schulgeld bei sozialer Notwendigkeit umsetzen, ergibt eine Förderung der Schulen in freier Trägerschaft von 90 %. 10 % Eigenleistung sind durch die Schulen zu erbringen. Das halte ich auch für absolut gerechtfertigt. Auch die Schulen in freier Trägerschaft bekennen sich dazu. Eine Förderung von 100 % oder gar über 100 % stand nie im Raum und ist auch keine Basis, die juristisch eingefordert würde oder die uns von den Gerichten vorgegeben worden wäre.

Insgesamt ist es eine runde Sache. Wir werden jetzt in der Folge natürlich aufgrund des Ausgleichsanspruchs in Sachen Schulgeld ein Berichtswesen etablieren mit regelmäßigen Berichtsabständen, damit auch transparent ist, wie die Schulen in freier Trägerschaft die Mittel einsetzen. Das heißt, die Verfahren werden ein Stück weit verändert. Es ist aber ein klares Signal der Wertschätzung an die Schulen in freier Trägerschaft. Alles zusammen, die Erhöhung der Grundförderung plus die Ausgleichszahlungen, ergibt eine jährliche strukturelle Belastung im Haushalt des Landes von rund 65 Millionen €. Damit bewegen wir uns in der Förderung der Schulen in freier Trägerschaft im Landeshaushalt bei jährlich knapp 1 Milliarde €.

Ich glaube, mit diesem Signal können die Schulen in freier Trägerschaft im Land Baden-Württemberg sehr gut leben, und sie empfinden das auch so. Deshalb freue ich mich, dass wir uns in diesem Sinn geeinigt haben.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abg. Beck.

(Zurufe)

– Es gibt eine Reihenfolge nach der Fraktionsstärke. Nun Herr Abg. Beck – dann geht es weiter; ich habe alle Wortmeldungen.

Abg. Norbert Beck CDU: Frau Ministerin, Sie haben ja gesagt, dass im Mittelpunkt das Sonderungsverbot stand. Deshalb die Detailfrage, ob denn eigentlich Beiträge für Sonder- und Profilleistungen auch dem Sonderungsverbot unterliegen.

Zum anderen haben Sie dargestellt, dass die Privatschulen knapp 90 % Zuschüsse bekommen. Da muss man sich zumindest rhetorisch die Frage stellen, ob die Privatschulen dann überhaupt noch ein Schulgeld verlangen dürfen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ja. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die juristisch andere Grundlagen haben, dürfen die Privatschulen auch künftig Schulgeld erheben. Das hat das Gericht klar festgelegt, und wir wollen die Privatschulen auch nicht davon abhalten. Schulgeld ist relativ klar definiert.

Beiträge für Sonder- und Profilleistungen, die die Schulen anbieten, die die Eltern freiwillig wahrnehmen können oder die besondere Grundlagen der Schule sind, dürfen unabhängig vom Sonderungsverbot auch zukünftig erhoben werden. Diese sind unabhängig vom Schulgeld.

Das Sonderungsverbot bezieht sich auf das Schulgeld und die daran angeschlossenen Ausgleichszahlungen, die das Land gegebenenfalls zu leisten hat.

(Abg. Norbert Beck CDU: Danke schön!)

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Ministerin, mir wurde von Privatschulen zugetragen, dass Inklusionskinder an Privatschulen mit dem sogenannten Inklusionssatz berechnet werden und der normale Kopfsatz entfällt. Anscheinend ist der Inklusionssatz niedriger. Das erschien mir unlogisch, und ich habe in der Sache Klärungsbedarf und bitte um eine Antwort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Auch um solche Dinge insgesamt auszugleichen, erhöhen wir die Grundförderung auf 80 %.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Spielt der Kopfsatz da keine Rolle?)

Präsidentin Muhterem Aras: Die Frage ist beantwortet. – Als Nächstes erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Ministerin, können Sie ausschließen, dass nach der Gesetzesnovelle definitiv keine Schule im Land schlechter gestellt wird, als das heute der Fall ist, gerade im Hinblick darauf, dass Eigenleistungen zu erbringen sind, die bei den Privatschulen ja nicht ganz unkritisch diskutiert werden? Können Sie ausschließen, dass tatsächlich keine Schule wirtschaftlich schlechter gestellt sein wird als zum jetzigen Zeitpunkt?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Das kann ich definitiv ausschließen. Wir erhöhen die Grundförderung und leisten zusätzlich, ausgehend vom Gerichtsurteil, die Ausgleichszahlungen – Stichwort Schulgeld. Das kann definitiv zu keiner Schlechterstellung führen, sondern es ist ein deutliches Signal einer Besserstellung. 10 %

Eigenleistung ist etwas, was die Schulen in freier Trägerschaft leisten können und im Übrigen auch wollen, wie ich der Fairness halber sagen möchte.

Präsidentin Muhterem Aras: Nun hat Herr Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Ministerin, dass die Privatschulfinanzierung von 80 % zukünftig gesetzlich verankert werden soll, unterstützt die FDP ausdrücklich. Allerdings stellt sich für uns die Frage, welche Aufwendungen in die 80 % tatsächlich eingerechnet werden und welche nicht. Es sollen eigentlich 80 % der Bruttokosten, also der tatsächlich anfallenden Kosten für einen Schüler in einer staatlichen Schule sein. Bisher wird beispielsweise die Ganztagsbetreuung, aber auch die Schulsozialarbeit nicht mit einberechnet. Die Bezuschussung der Schulbauten der Schulen in freier Trägerschaft läuft ebenso gesondert und wird allgemein als unzureichend angesehen.

Deshalb frage ich die Landesregierung, ob sie plant, noch in dieser Legislaturperiode die Kosten für Ganztagsbetreuung, Schulsozialarbeit sowie Schulbau und Schulsanierung mit in die Bruttokostenrechnung und Zuschussberechnung aufzunehmen, und ob sie beabsichtigt, hierüber mit den Privatschulverbänden zu sprechen, und, wenn ja, in welcher Form und bis wann.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Vielen Dank. – Nein. Ich habe in den letzten drei Monaten sehr konstruktiv, aber auch sehr intensiv mit den Privatschulen verhandelt, und dabei stand natürlich das Bruttokostenmodell, das Sie eben angesprochen haben, im Mittelpunkt. Es ist relativ klar definiert, und es ist akzeptiert, was darin verankert ist. Alles, was im öffentlichen Schulbereich gesetzlich verpflichtend ist, ist auch Teil dessen, was im BKM-Modell abgedeckt ist.

Wenn beispielsweise das neue Realschulkonzept, das im Herbst 2017 in Kraft tritt, an privaten Realschulen umgesetzt werden muss, ist dies Teil der Grundlagen, die wir dann natürlich im BKM auch abbilden.

Aber Ganztagsbetreuung ist beispielsweise keine Verpflichtung, sondern eine freiwillige Leistung. Es ist nicht Aufgabe – – Es bieten auch nicht alle öffentlichen Schulen Ganztagsbetreuung an. Dinge, die nicht gesetzlich fixiert und vorgeschrieben sind, bilden sich im BKM-Modell auch nicht ab. Deshalb werden wir in diesem Punkt auch nicht nachverhandeln. Wir haben dies ausdiskutiert.

Ich habe durchaus Verständnis – Stichwort Bau- und Investitionskosten oder Ähnliches – – Der Wunsch nach noch mehr Förderung ist legitim und nachvollziehbar. Diesen Wunsch hat jeder; zumindest hat fast jeder diesen Wunsch, der mit mir spricht. Aber in diesem Fall glaube ich, dass das Signal, die Grundförderung deutlich zu erhöhen – dies ist seit Jahrzehnten versprochen worden, wurde aber nie umgesetzt; es wurde von keiner einzigen Landesregierung umgesetzt –, ein klares Signal ist. Diese Grundförderung wird ergänzt um die Ausgleichszahlungen. Darüber hinaus jedoch sehe ich keinen weiteren Bedarf für Verhandlungen mit den Schulen in freier Trägerschaft. Wir haben uns darauf verständigt, dass eben nicht alles möglich ist. Dass nicht jeder Wunsch erfüllt werden

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

kann, ist klar; aber eine Förderung von in toto 90 % ist eine starke Leistung, die auch erst einmal haushalterisch umgesetzt werden muss.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt habe ich noch eine Wortmeldung von Frau Abg. Boser, und dann ist die Zeit für die Regierungsbefragung auch abgelaufen.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Frau Ministerin, um das Verhandlungsergebnis einordnen zu können: Können Sie etwas dazu sagen, wie die Reaktion der Privatschulverbände, der Schulen in freier Trägerschaft auf das Ergebnis war und wie diese das Ergebnis einordnen? Denn dies sollte ja auch für uns, für die Politik Richtschnur bei der Beurteilung sein, ob dieses Ergebnis am Ende positiv zu bewerten ist oder nicht.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ich habe auf die abgeschlossenen Verhandlungen hin von den Privatschulen die klare Rückmeldung bekommen, dass man mit dem Verhandlungsergebnis sehr, sehr zufrieden ist. Die Privatschulen sind wirklich zufrieden; sie waren überrascht – Sie konnten es ja auch wahrnehmen –, dass wir tatsächlich die Grundförderung auf 80 % erhöhen. Daran haben die Schulen in freier Trägerschaft selbst fast schon nicht mehr geglaubt.

Dass wir natürlich die juristischen Vorgaben umsetzen müssen und dies auch tun, ist klar. Aber insgesamt wird es genau so empfunden, wie es ist, nämlich als klares Signal der Wertschätzung, der Unterstützung der baden-württembergischen Schulen in freier Trägerschaft. Die Zufriedenheit ist aufseiten unserer Verhandlungspartner sehr, sehr groß, was auch mich wiederum freut. Deshalb bin ich froh, dass wir jetzt in die Umsetzung gehen können.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist eine sehr einseitige Wahrnehmung!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt zwar weitere Wortmeldungen, aber die eine Stunde für die Regierungsbefragung ist vorbei. Deshalb kann ich weitere Wortmeldungen nicht mehr zulassen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt, sodass wir zu Punkt 5 der Tagesordnung kommen können.

(Unruhe)

– Ich darf um etwas Ruhe bitten.

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: TOP 3 wurde noch nicht aufgerufen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich rufe nun Punkt 5 der Tagesordnung auf – –

(Zurufe – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich bitte auch um Ruhe auf der Regierungsbank. – Verehrte Kollegen, Herr Abg. Stächele und – –

(Fortgesetzte Unruhe – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Falscher Tagesordnungspunkt!)

– Moment, liebe Kollegen. – Vielen Dank. Da ich vorhin nicht im Saal war, erfahre ich erst jetzt, dass Punkt 3 der Tagesordnung auf den Nachmittag verschoben wurde. Wir kommen nun also zu diesem Punkt – keine Verwirrung.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr gut!)

Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Gewährleistung offener Kommunikation und Identifizierbarkeit – Drucksache 16/896

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/1944

Berichterstatter: Abg. Dr. Bernhard Lasotta

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

(Unruhe)

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Poreski.

(Unruhe)

– Moment! Es ist die Zweite Beratung, deshalb geht es nach der Stärke der Fraktionen. Wir beginnen mit der Fraktion GRÜNE, und ich erteile das Wort Herrn Abg. Poreski. – Danke schön.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht, das wissen wir; manchmal ist es sogar das Gegenteil.

Der Gesetzentwurf, den wir heute abschließend beraten, ist dafür ein Beispiel, und zum gut gemeinten Teil gehört immerhin, dass tatsächlich versucht wird, Antworten auf einige Fragen zu geben, die diskutiert und beantwortet werden müssen; denn ja, wir wollen keine demokratiefeindlichen Parallelgesellschaften.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Die Grüne Jugend!)

Dazu zählen übrigens auch diverse braune Sümpfe. Und ja, es gibt den gerechtfertigten Anspruch auf Sichtbarkeit und offene Kommunikation in der Öffentlichkeit. Auch wir wollen keine Burka.

Wir stehen zugleich für das liberale Recht auf Selbstbestimmung. Das kann auch für uns unverständliche Verhaltensweisen beinhalten. Es kann im Einzelfall also eine freie Entscheidung, z. B. zum Kopftuch, geben, aber ebenso auch offenen oder subtilen Druck dazu.

Beide Konstellationen erfordern rechtsstaatliche und faire Antworten. Dazu tragen die Oppositionsanträge nichts bei. Der Antrag der FDP/DVP hat sich auf das Thema Verschleierung reduziert. Das kann man tun, auch wenn der Horizont sehr viel weiter sein müsste. Für uns Grüne kann ich jeden-

(Thomas Poreski)

falls sagen: Freiheit ist ein Wert, der im Umgang innerhalb der Gesellschaft gelten und gelebt werden muss. Das braucht Regeln, z. B. auch eine gute Genderpolitik. Dafür stehen wir.

(Beifall des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE
– Abg. Stefan Räßle AfD: Bitte? Muss das sein? –
Abg. Anton Baron AfD: Welches von den 50 Geschlechtern meinen Sie eigentlich?)

– Wir kennen Ihre Haltung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Frauenrechte gibt es nicht nur im Kontext mit Migration. Vielleicht nehmen Sie sich das auch einmal zu Herzen. Auf der Basis des eingeschränkten Horizonts der Opposition könnte man nun aber immer noch feststellen

(Widerspruch bei der AfD – Abg. Sascha Binder SPD: Jetzt ist es aber gut! – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wer hat das denn geschrieben?)

– des Horizonts des Antrags der Opposition, Entschuldigung! –: Verschleierung ist ganz sicher ein Zeichen einer menschen- und frauenfeindlichen Ideologie.

(Zurufe von der AfD: Ah!)

Nur: In der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Baden-Württemberg ist das kein relevantes Problem. Burkas gibt es auf den Straßen von Stuttgart kaum, wenn überhaupt, und unter Schülerinnen schon gar nicht.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Gehen Sie mal nach Mannheim!)

Selbst mit diesem reduzierten Ansatz können wir nicht ignorieren, was die Anhörung zum Gesetzentwurf der FDP/DVP erbracht hat, nämlich das Qualitätsurteil „ungenügend“.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Falsch!)

Ich beschränke mich auf wenige Zitate: „Mit der gegebenen Begründung verfassungswidrig“, „Es fehlt der Nachweis einer hinreichend konkreten Gefahr in Abwägung mit der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit der Grundrechtsträger“, „Der vorgeschlagene § 17 schießt über das Ziel hinaus und würde auch die Verschleierung mit einer Faschingsmaske verbieten“.

(Heiterkeit bei der AfD)

Damit nicht genug: Der Bund hat für Beamte ein Bundesgesetz auf den Weg gebracht, nach dem Ausnahmen vom Verbot der Verschleierung nur möglich sind, wenn dies aus dienstlichen oder gesundheitlichen Gründen erforderlich ist. Das Land hat für seine Gerichte eine entsprechende Regelung auf den Weg gebracht. Wir beraten heute abschließend darüber.

Trotzdem stellen nun SPD und FDP/DVP Änderungsanträge zu einem Gesetz, das in der Anhörung nicht in Details, sondern in der Substanz als unhaltbar und handwerklich schlecht beurteilt wurde. Bemerkenswert!

(Zuruf von der FDP/DVP: Ja!)

Die FDP/DVP fokussiert sich nun in ihrer Verlegenheit auf das Schulgesetz. Die SPD reduziert es in ihrem Antrag, wegen der Bundesregelung, weiter auf die Schülerinnen. Nur: Verschleierte Schülerinnen in Baden-Württemberg sind bisher – ich zitiere unsere Sachverständigen aus der Anhörung – „keine hinreichend konkrete Gefahr“, vor allem keine Situation, die nicht pädagogisch geklärt werden könnte. Sie machen also Symbolpolitik ohne Substanz.

(Abg. Anton Baron AfD: In anderen Ländern geht es!
– Zurufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE und Gabi Rolland SPD)

Aber wie es so schön heißt: Der Berg kreißte und gebar eine Maus. Da es jetzt nur noch um das Schulgesetz geht, müsste der Bildungsausschuss die Anträge federführend beraten. Dies versuchen Sie mit der heute beantragten Abstimmung zu umgehen. Das ist zumindest schlechter Stil, wenn nicht sogar unzulässig.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Geht es noch? Unzulässig?)

Damit aber keine Missverständnisse entstehen: Es gibt sehr viele Situationen und Gewaltverhältnisse, die eine politische Antwort verlangen, unabhängig davon, ob die Gewalt nun religiös, weltanschaulich oder kulturell motiviert ist – oder einfach nur kriminell. Das Spektrum ist riesig: von körperlicher und seelischer Gewalt gegen Frauen und Kinder über Zwangsprostitution bis hin zu Rassismus und Unterdrückung von Minderheiten.

Eine Erkenntnis aus der Anhörung ist jedoch, dass es für den komplexen Umgang mit komplexen Problemen vieler Mittel, eines ganzen Instrumentenkastens bedarf: von Beratungsmöglichkeiten und Unterstützungsstrukturen über Ermessensspielräume, etwa in Schulen und Hochschulen, über Ermutigung zur Zivilcourage, bis hin zu gesetzlichen und untergesetzlichen Flankierungen.

Die Diskussion darüber ist notwendig und sinnvoll, ganz im Gegensatz zu aufmerksamkeitsheischenden Schnellschüssen oder ungelentken Reparaturversuchen. Wenn wir uns einig sind, dass es eines ganzen Instrumentenkastens bedarf, dann wirkt die Opposition mit ihren Anträgen wie ein Hobbyhandwerker, der statt seines Werkzeugkastens nur einen Hammer mitbringt

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und dann frei nach einem chinesischen Sprichwort agiert, das lautet: „Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel.“ Damit bekommen Sie aber weder eine Schraube festgezogen noch einen Knopf an die Sache – und Sie bekommen schon gar kein Problem gelöst.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr gut! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Du hast doch selbst keine Ahnung! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Lasotta.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Lieber Herr Präsident, wertere Kollegen, verehrte Kolleginnen! Der uns vorliegende Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion zum Thema „Offene Kommunikation“, der quasi ein Verbot der Vollverschleierung in verschiedenen Bereichen vorsieht, hat zumindest zu einer guten Debatte im Parlament geführt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Die ist seit der Rede des Kollegen Poreski vorbei!)

Ich glaube, auch die Anhörung war für die Debatte in unserem Parlament hilfreich,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt
Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Andreas Stoch
SPD)

weil sie uns in vielen Bereichen die Augen geöffnet hat.

Natürlich kann man dem Gesetzentwurf so, wie er vorgelegt wurde – auch mit den vorliegenden Änderungsanträgen –, nicht zustimmen. Aber ich möchte der FDP/DVP-Fraktion ausdrücklich bescheinigen, dass sie das Thema – im Vergleich zu dem, was die AfD-Fraktion Anfang des Jahres beantragt hatte – auf eine sachliche Ebene gezogen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Was war daran denn nicht sachlich?)

Der Entwurf der AfD war eher von Angst und Hass geprägt. Die FDP/DVP-Fraktion hat sich damit auseinandergesetzt, unterschiedliche Grundrechte abzuwägen. Dafür gebührt ihr Dank.

(Abg. Anton Baron AfD: Und was ist mit Österreich?
Lächerlich!)

In welchen Bereichen kann es nun also zu einem Vollverschleierungsverbot in Baden-Württemberg kommen? In der Anhörung wurden vier Bereiche untersucht. Das eine war das Versammlungsgesetz. Da waren sich alle Experten einig; sie haben gesagt, man könne die vorgeschlagene Regelung nicht treffen.

Der zweite Punkt betraf die Regelung für die Beamten. Hier ist der Bund mittlerweile auch auf Ebene des Bundesrats tätig geworden. Ich glaube, hier haben wir eine gute Regelung hinbekommen, sodass wir als Landesgesetzgeber in diesem Bereich – außer dem, was wir im Bereich der Gerichte regeln – nicht tätig werden müssen.

Es bleiben noch zwei Bereiche: die Schulen und die Hochschulen. Die Mehrheit der Experten hat in der Anhörung eindeutig gesagt, dass wir im Schulbereich regeln können. Das ergibt sich aus zwei Aspekten. Zum einen haben wir den besonderen Erziehungsauftrag in unserem Grundgesetz und können dadurch auch entsprechende Regelungen treffen, weil wir im Unterricht eine offene Kommunikation brauchen, da ansonsten eine Vermittlung der Lehrinhalte und eine Rückkopplung mit dem Schüler nicht möglich ist. Dies ergibt sich zweitens auch aus unserer Landesverfassung. Hier kann also eine allgemeine Regelung getroffen werden.

Der zweite Bereich betrifft die Hochschulen. Hier ist der besondere Erziehungsauftrag nicht vorhanden. Aber die Mehrheit der Experten hat dafür plädiert und gesagt, wir sollten den Rektoren an den Hochschulen eine Regelungsmöglichkeit überlassen – in den Seminaren, in den Laboren, im Hörsaal, bei Klausuren, immer, wenn eine offene Kommunikation gewährleistet werden muss –, damit auch hier ein Verbot der Vollverschleierung geregelt werden kann und wir den Rektoren der Hochschulen eine Handlungsermächtigung geben können.

Jetzt ist der Entwurf der FDP/DVP-Fraktion eben ungenügend, nicht zielgenau gewesen. Deswegen konnten wir dem auch nicht zustimmen. Wir, die CDU-Landtagsfraktion, haben das Angebot an die anderen Fraktionen im Parlament gemacht und gesagt: Lasst uns überlegen, ob wir Gemeinsamkeiten finden, wo Regelungen erarbeitet werden können, die auf allgemeine Akzeptanz – analog der Anhörung – stoßen.

Ich muss jetzt schon meine Verwunderung darüber ausdrücken – insbesondere gegenüber der SPD, Herr Binder –, dass, wenn vertrauliche Gespräche geführt werden, in denen versucht wird, zu sondieren und abzustimmen, ob hier eine Gemeinsamkeit möglich wäre, sofort Pressekommentare abgegeben werden nach dem Motto: Diese Geschichte ist gescheitert.

(Abg. Sascha Binder SPD: Die Grünen sind nicht gekommen!)

Ich glaube, das ist kein kollegialer Umgang.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

– Nein. – Wenn Sie wirklich etwas erreichen wollen,

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

dann sollten Sie mit uns sprechen und nicht über die Presse mit anderen sprechen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich finde es gegenüber unserem grünen Koalitionspartner nicht fair, wenn er einfach noch Zeit braucht, um Gespräche zu führen, dann über die Presse zu sagen: „Das ist gescheitert.“ Wir kommen hier nicht weiter.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie sind einfach nicht gekommen! – Glocke des Präsidenten)

Das ist unkollegial und unfair. Auf diesem Weg bekommen Sie im Parlament keine Gemeinsamkeit hin.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Dr. Lasotta, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hinderer?

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Am Ende meiner Rede.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Dann ist es keine Zwischenfrage mehr; also nein.

(Heiterkeit – Unruhe)

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Zwei Sekunden vor dem Ende der Rede wäre es noch eine Zwischenfrage.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Eine Sekunde!)

Für die CDU sind Regelungen für den Bereich der Schule und für den Bereich der Hochschulen vorstellbar. So haben wir das gerade formuliert. Für uns ist klar, dass eine Vollverschleierung nicht tolerierbar ist. Denn sie ist frauenfeindlich und steht der offenen Kommunikation entgegen.

Die Rechtspolitiker der Grünen haben uns signalisiert, dass sie dieses Thema im Zuge der Änderung des Schulgesetzes noch mal aufrufen werden und dass wir darüber reden werden. Das halte ich für einen richtigen Weg.

(Beifall des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Schon bei vielen anderen Debatten habe ich betont: Diese Koalition der Mitte, aus Grünen und CDU,

(Zuruf von den Grünen: Genau!)

ist immer wieder bereit, Kompromisse zu finden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die gleiche Leier! Ergebnisse aber null!)

Unser Ministerpräsident sagt, dass der politische Kompromiss an sich einen Wert hat. Das gibt die Kraft, entsprechende Regelungen zu finden.

(Abg. Anton Baron AfD: Sagen Sie es doch einfach, dass die Grünen blockieren!)

Dafür sind wir unserem Koalitionspartner ausdrücklich dankbar. Die Zusammenarbeit mit den Grünen ist, lieber Herr Binder, wesentlich vertrauensvoller, ehrlicher und zielgenauer als mit Ihnen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Man sieht's!)

Deswegen wird die Koalition der Mitte die Kraft haben, auch in Zukunft gute Regelungen zu finden.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wir werden das Thema im Rahmen der Änderung des Schulgesetzes erneut aufrufen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Dr. Baum.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo ist jetzt die Zwischenfrage? Er vergisst innerhalb von drei Minuten seine Zusage!)

– Herr Vizepräsident a. D., Sie wissen: Wenn die Redezeit abgelaufen ist, können keine Zwischenfragen mehr gestellt werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eben! Deswegen kann man es am Ende der Redezeit machen! – Gegenruf

des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ich hatte es angeboten!)

Frau Kollegin Dr. Baum, bitte.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Danke schön. – Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Die öffentliche Anhörung im Plenarsaal sowie auch die anschließende Diskussion im Ausschuss haben uns darin bestätigt, dass nur ein vollständiges Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum überhaupt Sinn macht.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Alle anderen Entwürfe sind letztendlich inkonsequent, viel zu unpräzise und damit nicht praktikabel. Würden wir den Vorschlägen von Herrn Kilic und Frau Ahadi, die sie in der Anhörung gemacht haben, folgen – übrigens den einzigen Vertretern aus dem islamischen Kulturkreis –, müssten wir den Gesetzentwurf sogar um ein Kopftuchverbot erweitern. Doch uns ist natürlich ganz klar, dass bei dieser Zusammensetzung des Parlaments hier in Stuttgart die Umsetzung eines solchen Ansinnens derzeit unrealistisch ist.

Wir bedauern sehr, dass der interfraktionelle Dialog nicht zustande kam.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das liegt an Herrn Binder! – Lachen des Abg. Sascha Binder SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Aufpassen!)

Das ist insofern unverständlich, als Sie alle einmütig bekundet haben, dass Ihnen eine diesbezügliche Regelung wichtig und notwendig erscheint.

(Beifall bei der AfD)

Doch Sie missbrauchen diese wichtige Debatte ausschließlich für parteipolitisches Taktieren vor dem Hintergrund der anstehenden Bundestagswahl. Das ist unehrlich und damit verantwortungslos.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Wir für unseren Teil sind hier in Stuttgart angetreten, die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Deshalb sind wir durchaus bereit, einem Entwurf zuzustimmen, der in die richtige Richtung geht, auch wenn er nicht zu 100 % unserem Wunsch entspricht.

Den vorliegenden Entwurf sehen wir lediglich als ein erstes Zeichen an. Wir können ihm in dieser minimalistischen Form allerdings nur mit größten Bauchschmerzen zustimmen. Entscheidend für ein Verbot ist weiterhin der gesamte öffentliche Raum, in dem sich die Menschen jeden Tag begegnen: die Fußgängerzonen und Einkaufszentren, die Arztpraxen und die Volksfeste. Hier zeigt sich, wie sich unsere Gesellschaft zusammensetzt und welche Kultur tatsächlich den Ton angibt.

Vor Kurzem erst hatten wir das Thema Frauenpolitik auf der Tagesordnung. Über Quoten und Diversity-Programme wol-

(Dr. Christina Baum)

len Sie die Gleichstellung der Frauen herbeiführen. Gleichzeitig sind Sie nicht bereit, einen konsequenten Weg zur kompletten Abschaffung eines unsäglichen, die Frauen entwürdigenden

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Unterdrückungsinstruments aufzuzeigen und umzusetzen. Das ist beschämend.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es beweist uns und allen selbstständig denkenden Menschen, dass Sie dieses Thema einzig und allein zu Wahlkampfzwecken missbrauchen.

Genauso verhält es sich auch mit der angestoßenen Debatte zur Leitkultur. Gesetze, die nicht wirken und nichts bewirken, Debatten, die Sie nicht zu Ende führen werden, dienen der Verblendung und Irreführung des Wahlvolks und sind nichts weiter als Heuchelei.

(Beifall bei der AfD)

Im Vorfeld einer großen Wahl erkennt man leider wieder sehr deutlich, dass Sie nur die Kultur des Machterhalts kennen; denn noch auf der Wahlparty wird Frau Merkel wieder voller Verachtung die Deutschlandfahne in die Ecke werfen und die Debatte um die Leitkultur damit beerdigen,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe)

zumindest für die nächsten viereinhalb Jahre. Denn wie wir in den letzten Jahren erleben durften, machte die CDU aus der Leitkultur ja eine Leidenskultur.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Deshalb: Halten Sie sich bei diesem Thema bitte lieber zurück.

Das alles zeugt von einer verantwortungslosen sogenannten Elite, die unsere Werte und damit unsere Freiheit skrupellos verrät und verkauft.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Haltung zur Burka stellt sowieso nur einen Teil einer größeren Debatte dar. Denn es geht eigentlich um ganz grundsätzliche Fragen: Welche Zukunft wollen wir? Welches Verständnis von unserer Gesellschaft haben wir? Wie wollen wir leben, und wer wollen wir sein?

Wir, die AfD, haben von Anfang an darauf eine ganz eindeutige Antwort gegeben. Wir wollen unsere Werte und unsere Lebensweise nicht für einen zum Scheitern verurteilten Albtraum von Multikulti opfern.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb sind wir froh, dass wir diese Debatte angestoßen haben. Wir versprechen Ihnen gleichzeitig, dass wir es nicht dabei werden bewenden lassen. Dafür ist dieses Thema viel zu wichtig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Binder.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Einfach nur Entschuldigung sagen!)

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage, wie viele Nikab-, wie viele Burkaträgerinnen es in Baden-Württemberg gibt und wer wie viele gesehen hat, ist eine müßige Frage. Fakt ist, dass dieses Thema bei den Bürgerinnen und Bürgern durchaus eine Rolle spielt und die Menschen darüber diskutieren.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Deshalb halte ich es schon für richtig, dass sich auch der Landtag von Baden-Württemberg mit diesem Thema beschäftigt. Der Gesetzentwurf, der von der FDP/DVP-Fraktion eingebracht wurde, wurde auf unseren Antrag hin einer Anhörung zugeführt, die sehr spannend war, die sehr interessant war, bei der zugegebenermaßen der Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion auch nicht gut wegkam. Aber, Kollege Poreski, wie Sie sich hier am Pult abfällig über die Opposition hier im Landtag ausgedrückt haben, das ist kein guter Stil.

(Beifall bei der SPD, der AfD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Eine absolute Frechheit!)

Kein guter Stil! Denn es liegt heute ein Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zu ihrem eigenen Gesetzentwurf vor, in dem sie die Anhörungsergebnisse mit aufnimmt. Es gibt einen Änderungsantrag der SPD. Sie heute hier hinzustellen und uns als Hobbyopposition darzustellen

(Zuruf von der FDP/DVP: Genau!)

ist geradezu eine Frechheit in diesem Parlament.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Haben Sie nicht zugehört? Nicht zugehört! – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Sie haben sich jeglichem Gespräch verwehrt, hier, in öffentlicher Anhörung. – Kollege Lasotta, hören Sie zu, bevor Sie weiterhin Ihre Märchen erzählen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Oberlehrer! Er kann reden und gleichzeitig zuhören!)

Hier gibt es eine Anhörung, eine öffentliche Anhörung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben den Vorschlag unterbreitet – den ich richtig fand –, dass sich die Fraktionen des Landtags zusammensetzen, um über dieses Thema zu reden und einen gemeinsamen Gesetzentwurf zu erarbeiten. Kollege Poreski, die FDP/DVP war sogar bereit, ihren eigenen Gesetzentwurf zurückzunehmen, um gemeinsam einen einzubringen.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Deshalb können Sie jetzt alles zurücknehmen, was Sie heute über den Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion gesagt haben.

(Sascha Binder)

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Thomas Poreski GRÜNE:
Aber er steht noch zur Debatte!)

Das war in einer öffentlichen Anhörung, bei der Kollege Poreski Zustimmung erklärt hat. Er hat gesagt, er sei bereit, in solche Gespräche zu gehen. Dann lädt der CDU-Abgeordnete Lasotta zu einem Gespräch ein, und die Grünen kommen nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

– Nein, sie sind nicht gekommen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: S i e sind nicht gekommen!)

Dann war die Nachfrage: Was ist aus dem Vorschlag Lasotta und aus diesen gemeinsamen Gesprächen geworden? Da habe ich gesagt –

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sie haben es kaputt gemacht!)

Jetzt sage ich Ihnen einmal eines: Dass Sie im Wahlkampf sagen: „Burkaverbot in Baden-Württemberg“, jetzt aber nicht mal die kleinste Regelung hinbekommen, daran bin doch nicht ich schuld. Daran ist Ihr Koalitionspartner schuld, Kollege Lasotta.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn Sie sich in Ihrer Koalition nicht durchsetzen können, dann brauchen Sie nicht die Schuld bei der Opposition zu suchen. Wir haben zustimmungsfähige Vorschläge gemacht. Ich glaube, dass wir jetzt eine Regelung haben, die zustimmungsfähig ist

(Abg. Nicole Razavi CDU: Getroffene Hunde bel-len!)

und der die CDU auch liebend gern zustimmen würde, wenn sie denn dürfte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der AfD und der FDP/DVP)

Ich glaube, dass wir darin einig sind, dass das Thema „Beamtinnen und Beamte“ durch das Bundesgesetz geregelt ist, dass beim Versammlungsgesetz das Vermummungsverbot ausreicht. Im Unterschied zur FDP/DVP sind wir der Auffassung, dass wir das Verbot an der Hochschule nicht brauchen.

Andere Ansicht, Herr Kollege Poreski: Ihr Sachverständiger, den Sie für die Anhörung benannt haben, hat ausdrücklich eine Regelungsmöglichkeit und sogar Regelungsbedarf bei den Hochschulen angemerkt. Das ist insofern spannend, als Ihr eigener Sachverständiger hier der FDP/DVP sogar zugestimmt hat.

(Widerspruch des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Wir sehen das anders und sind da anderer Meinung.

Bei der Schule gibt es eine Nuance, Kollegen von der FDP/DVP. Aber wir haben gesagt – da die Regierungsfaktionen

nicht bereit waren, gemeinsam in Gespräche einzutreten –, dass wir heute unsere klaren Positionen äußern. Wir sind gespannt, Herr Kollege Lasotta, ob Sie tatsächlich beim Schulgesetz noch einmal auf das Thema zurückkommen. Denn die Grünen haben nicht gesagt, dass Binder schuld sei, sondern die Grünen haben als Begründung, warum sie in dieser interfraktionellen Arbeitsgruppe nicht mitarbeiten wollen, angegeben, dass sie keinen Regelungsbedarf sehen. Das stand am 24. März in der „Heilbronner Stimme“: Die Grünen sehen beim Thema Burka keinen Regelungsbedarf. Insofern bin ich gespannt, wie Sie da im Schulgesetz weiterkommen.

Wir werden den Änderungsantrag der FDP/DVP aus den von mir genannten Gründen ablehnen und unseren Änderungsantrag zur Abstimmung stellen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einigkeit sollte darüber bestehen, dass eine Kompletverschleierung, eine Gesichtverhüllung dann unzulässig sein muss, wenn die öffentliche Sicherheit eine direkte Identifizierbarkeit erforderlich macht, und ebenso, wenn Kommunikation nicht nur verbal stattfindet, sondern auch auf Mimik und Gestik angewiesen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

In dieser Erkenntnis hat die FDP/DVP-Fraktion im Herbst letzten Jahres diesen Gesetzentwurf zur Gewährleistung offener Kommunikation und Identifizierbarkeit eingebracht und damit einen sachlichen Diskussionsbeitrag im Land, aber auch hier im Parlament gefördert.

In der Folge der parlamentarischen Anhörung und der nachfolgenden Diskussion haben sich für uns, aber, wie ich denke, auch allgemein mehrere Punkte herauskristallisiert. Das ist zum einen, dass die von uns zunächst vorgesehene Regelung im Versammlungsrecht aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken nicht weiterverfolgt werden kann. Herr Kollege Poreski, ich muss schon sagen, dass wir zumindest, auch infolge der Expertenanhörung, die passenden Schlüsse daraus gezogen haben, anders als Sie beim Landeshochschulgebührengesetz.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Des Weiteren haben wir auch entschieden, das Thema bei den Beamten aufgrund der Bundesinitiative nicht weiterzuverfolgen.

Deutlich geworden ist im Rahmen der Anhörung auch, dass sich die am Schulwesen Beteiligten bewusst für eine entsprechende Regelung ausgesprochen haben, diese für geboten und verhältnismäßig und insbesondere auch verfassungsrechtlich konform erachtet haben. Diesen Gedanken haben wir weitergeleitet.

Ebenso – auch da hat der Kollege Lasotta recht – wurde die Empfehlung auch für die Hochschulen ausgesprochen mit der

(Nico Weinmann)

Modifikation, dass entsprechend der Hochschulautonomie hier eine Ermächtigungsgrundlage sinnvoller wäre.

Diesen als Ergebnis der Anhörung gemeinsamen Nenner haben wir umgesetzt und ihn dann schließlich auch auf Anregung des Kollegen Lasotta und des Kollegen Binder zum Anlass genommen, die Möglichkeiten einer – das wäre der Bedeutung dieses Punktes angemessen – gemeinsamen Lösung zu prüfen. Lediglich die Grünen haben sich hier total verweigert. Die Grünen haben damit gezeigt, dass sie eben nicht in der Lage sind, auf die Entwicklungen der Zeit zu reagieren

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und grundlegende Entscheidungen, die unser gesellschaftliches Zusammenleben in einem freiheitlichen Staat ausmachen, angesichts der zunehmenden Heterogenität auch gesetzlich zu sichern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

– Herr Kollege Poreski, in Anbetracht Ihrer Aussagen würde ich mich an Ihrer Stelle mit Zwischenrufen heute sehr stark zurückhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

Die CDU hat daraufhin die Unterstützung widerrufen. Dies überrascht und befremdet insofern umso mehr, als der Beifall aus den Reihen der CDU zu den Thesen von Thomas de Maizière im Zusammenhang mit der vom ihm angestoßenen Leitkulturdiskussion ununterbrochen groß ist. Thomas de Maizière hat in seiner These Nummer 1 gesagt:

Wir legen Wert auf einige soziale Gewohnheiten ...

U. a.:

Wir zeigen unser Gesicht.

Und:

Wir sind nicht Burka.

(Beifall des Abg. Anton Baron AfD)

Unser Landesinnenminister hat sich daraufhin bemüht gefühlt, zu sagen: Der Entwurf des Bundesinnenministers ist goldrichtig.

Auch der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Professor Reinhart, hat gesagt: „Eine gemeinsame Leitkultur setzt gemeinsame Werte voraus“, und eben auch Unterstützung signalisiert.

Übrigens haben auch Sie, Herr Dr. Lasotta, gesagt: „Wir wollen ein gesetzliches Burkaverbot“, ähnlich wie auch der Vorsitzende der Jungen Union Nikolaus Löbel.

Zu den Äußerungen von Bundesinnenminister de Maizière gibt es Beifall. Der Gesetzentwurf der FDP/DVP jedoch, der mit der offenen Kommunikation einen gemeinsamen Wert unserer Gesellschaft sichert, wird abgelehnt. Dieses widersprüchliche Verhalten ist für uns nicht nachvollziehbar. In der Tat steht es allen Bemühungen, Glaubwürdigkeit in die Politik zurückzubringen, entgegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Die CDU – Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen – muss nun klarstellen, dass Sie nicht nur in Worten stark sind – ähnlich wie beim Konsultatsunterricht –, und Sie müssen die Frage beantworten, ob Sie sogar Ihren Gestaltungsanspruch in der Innen- und Rechtspolitik an die Grünen abgegeben haben – wie man auch beim Gesetzentwurf zur Neutralität an Gerichten sieht.

Einen Abschlusssatz, Frau Dr. Baum, möchte ich schon noch sagen: Den Vorwurf, dass wir skrupellos Interessen unseres Landes verkaufen würden, weise ich mit Nachdruck zurück. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben Interesse daran, zum Wohle unseres Landes ein ordentliches Konstrukt zu schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Lucha das Wort.

(Die Abgeordneten der AfD setzen sich mit dem Rücken zum Rednerpult.)

– Kolleginnen und Kollegen! Es ist unüblich, dass man sich im Parlament auf den Sitzen vom Redner wegdreht. Wenn Sie dem Redner nicht folgen wollen, bitte ich Sie, den Plenarsaal zu verlassen.

(Die Abgeordneten der AfD verlassen den Plenarsaal.
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen!)

Herr Minister, beginnen Sie mit Ihren Ausführungen.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal ein herzliches Dankeschön an Sie, die Fraktionen, dafür, dass Sie diese Anhörung am 13. März durchgeführt haben. Ich weiß es: Das war mein Geburtstag; ich bin extra hergekommen, aber es hat sich rentiert.

Vorab: Es war wirklich eine hoch qualifizierte und auch tief gehende Debatte. Dafür von meiner Seite an Sie, auch an die Obleute der Fraktionen, die sich dafür eingesetzt haben, ein herzliches Dankeschön.

Als Ergebnis des Anhörungsverfahrens und der öffentlichen Anhörung sehen wir nämlich jetzt klarer, wo überhaupt bereichsspezifische Verbote für Gesichtverschleierungen denkbar oder notwendig erscheinen. Im Anschluss an die Anhörung haben Sie seitens der antragstellenden Fraktion selbst schon einmal Konsequenzen gezogen und Ihren Gesetzentwurf abgespeckt – Sie hatten es gerade erwähnt –, und zwar mit der Streichung beim Versammlungsgesetz und auch mit Blick auf die im Gesetzentwurf ursprünglich vorgeschlagenen Änderungen im Landesbeamten-gesetz. Ich glaube, ich muss das nicht weiter ausführen. Sie selbst haben es auch dargestellt, dass beim Beamten-gesetz der Bund – da haben wir in der Tat gemeinsam gewirkt – tätig war. Also steht eine Än-

(Minister Manfred Lucha)

derung des Landesbeamtengesetzes ebenso nicht zur Debatte.

(Unruhe)

– Entschuldigung, ich wollte Sie nicht auch noch durcheinanderbringen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von der SPD)

Da sind ja offensichtlich manche schon ein bisschen – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das können wir ruhig immer so machen! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Wir lassen nur noch Herrn Lucha reden! Dann ist die AfD-Fraktion draußen!)

– Ja, genau. Das wäre vielleicht eine Medizin.

Wir haben festgestellt, dass Änderungen in sieben Gesetzen und Verordnungen vorgesehen sind – sie werden sehr intensiv betrieben –, im Bundesbeamtengesetz, im Beamtenstatusgesetz, im Soldatengesetz, im Bundeswahlgesetz. Sie alle haben das in der Anhörung mitbekommen. Somit ist eine Änderung des Landesbeamtengesetzes tatsächlich nicht erforderlich. Übrig geblieben sind bei anlassbezogenen Verboten tatsächlich noch die zwei Bereiche Schule und Hochschule.

Fast alle Expertinnen und Experten haben die Frage, ob an den Hochschulen überhaupt hinreichende Anforderungen für ein generelles Verbot gegeben sind, am Ende doch wirklich mehrheitlich verneint. Mehrere Stellungnahmen bei der Anhörung – darunter wiederum auch die des Deutschen Hochschulverbands – haben betont, dass ein generelles Verbot von Gesichtverschleierungen im Hochschulbetrieb verfassungswidrig sein dürfte. Realistischerweise können wir ein solches Verbot nur für Prüfungssituationen in Betracht ziehen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU meldet sich.)

Aus Sicht der Landesregierung besteht für den Hochschulbereich aktuell also kein Regelungsbedarf.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Herr Präsident!)

Damit kommen wir zum letzten Punkt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, einen Moment bitte. Ich frage Herrn Abg. Dr. Lasotta: Möchten Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Zustimmung des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Herr Minister, Sie stimmen zu?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ja.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte schön, Kollege Dr. Lasotta.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Herr Minister Lucha, an diesem Punkt brauchen wir, glaube ich, schon noch Aufklärung. Können Sie uns erklären, woher die andere Wahrnehmung der Landesregierung in Bezug auf die Hochschulen kommt?

Ich habe die Anhörung mitverfolgt und war durchaus der Meinung, dass die Mehrheit der Experten für den Bereich der Hochschulen zwar keine generelle Lösung vorgeschlagen hat, aber eine Ermächtigung der Rektorate,

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das hat er doch gesagt!)

damit diese für bestimmte Bereiche – Prüfungssituationen, in Seminaren, in Laboren – eben eine Regelung treffen können.

Diesen Widerspruch müssten Sie noch aufklären, um einfach auch deutlich zu machen, warum die Experten in Ihrem Haus sagen, bei der Anhörung habe eine Mehrheit der Experten das anders gesehen. Ich habe aus dieser Anhörung eine andere Wahrnehmung mitgenommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Lieber Kollege Lasotta, da wir ja beide Fan von Herrn Watzlawick und dem Theorem der Wahrnehmung sind, möchte ich Ihnen – – Ich bin jetzt ein bisschen schnell vorgegangen, weil ich nicht redundant sein wollte. Aber der Deutsche Hochschulverband hat bei der öffentlichen Anhörung dringend darum gebeten, von einer untergesetzlichen Regelung beim Thema Gesichtverschleierung abzusehen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Die wollten sogar eine generelle Regelung! Von der wir gesagt haben, das sei zu weitgehend!)

– Gut. – Wir sehen im Moment bloß keinen Regelungsbedarf. Sollte ein Regelungsbedarf entstehen – so war, glaube ich, die Einigung aller; darauf werden wir auch beim Schulgesetz noch kommen –, dann werden wir uns tatsächlich damit beschäftigen. Nur haben uns die Hochschulen selbst signalisiert, es bestehe kein Regelungsbedarf.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Okay!)

Darauf beziehen wir uns jetzt im Moment, wenn wir uns verfassungsmäßig ohnehin auf schwierigem Terrain bewegen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ja, bitte.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Dr. Lasotta, bitte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Koalitionsgespräch! – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Herr Minister Lucha, könnten Sie mit mir in dem Punkt einig gehen, dass der Hochschulverband deswegen keine untergesetzliche Regelung gefordert hat, weil er eine generelle Regelung haben wollte? Der Vertreter des Hochschulverbands hat gesagt: „Gebt uns keine Ermächtigung, sondern regelt das als Land, dann sind wir es quasi los.“ – Jetzt einmal vereinfacht gesagt.

(Dr. Bernhard Lasotta)

Die anderen Experten haben gesagt – das konnten alle nachvollziehen –, es liege nicht wie bei den Schulen der besondere Erziehungsauftrag vor, deswegen könnten wir das an den Hochschulen nicht generell regeln, könnten den Rektoraten aber eine entsprechende Ermächtigungsgrundlage geben.

Ich finde, es gehört zur Fairness in der Darstellung dazu, nicht außer Acht zu lassen, dass die Mehrheit der Experten gesagt hat, man könne hier durchaus untergesetzlich etwas regeln und den Rektoraten etwas an die Hand geben, mit dem sie Konflikte in der Hochschule regeln können und vor allem vermeiden können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Lieber Kollege Lasotta, da exzerpieren wir die vorliegenden Ergebnisse der Anhörung wirklich anders. Der Hochschulverband hat betont, dass ein generelles Verbot von Gesichtverschleierungen verfassungswidrig sein dürfte, und das haben auch Juristen betont. Da können wir doch nicht einfach sagen: „Dann schlagen wir eine untergesetzliche Regelung vor.“ Es wird kein Regelungsbedarf dazu gesehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vielleicht kann man das vertagen!)

Ich bitte einfach darum, dass wir mit den Instrumenten, die notwendig sind, die Aufgaben lösen, die sich dann ergeben.

Aber ich glaube, dass wir, wenn wir das wirklich unterschiedlich interpretieren, diese Debatte noch mal zurücknehmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP meldet sich.)

Denn es wird ja sowieso – wenn ich weitermachen darf, Kollege Bullinger – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Bullinger?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Bitte.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Dr. Bullinger, bitte.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eigentlich wollte ich zur Geschäftsordnung fragen, Herr Präsident: Ist es möglich, wenn es solche unterschiedlichen Auffassungen gibt, dass man das vertagt? Das gibt es in anderen Gremien ja auch. Ich kenne die Geschäftsordnung nicht auswendig. Ich bin da nicht auf dem aktuellen Stand. Kann man das vertagen, wenn es solche Ungereimtheiten gibt?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ich nehme Ihre Anfrage auf. Wir prüfen das. Das müsste aber in Übereinstimmung aller Fraktionen erfolgen.

Herr Minister, fahren Sie fort.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Okay.

(Unruhe)

Ich würde jetzt weitergehen zum letzten offenen Punkt, zu einer möglichen Änderung des Schulgesetzes.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der vorliegende Gesetzentwurf hat hier von Beginn an auch einige praxisrelevante Detailfragen in den Blick genommen. So sollten Gesichtshüllen auch künftig im Chemieunterricht oder bei Schultheateraufführungen anlassbezogen erlaubt sein.

In anderen wichtigen Punkten griff der Gesetzentwurf – und das auch noch in der Fassung des Änderungsantrags in der Ausschussberatung – aber eindeutig zu kurz.

Der neuerliche Änderungsantrag bringt eine Schärfung in unsere Diskussion. Statt wie im ersten Änderungsantrag diffus von „Schulangehörigen“ zu sprechen, soll es jetzt um die Lehrkräfte und die weiteren an der Schule beruflich tätigen Personen sowie die Schülerinnen und Schüler an allen unter staatlicher Aufsicht stehenden Schulen gehen. Damit hat die antragstellende Fraktion zumindest präzisiert, welche Zielgruppe von einer etwaigen gesetzlichen Regelung zur Gesichtverschleierung konkret betroffen wäre.

Bevor wir uns aber im Landtag weiter mit der Frage nach bereichsspezifischen Verboten der Gesichtverschleierung an staatlichen Schulen befassen können, müsste das federführend betroffene Kultusministerium zunächst einmal grundsätzlich prüfen, ob hier Regelungsbedarf besteht. Bevor dies nicht erfolgt ist, brauchen wir sicher nicht in die weiteren Details zu gehen. Aber Sie haben ja angekündigt, das unter die Lupe zu nehmen. Der neuerliche Änderungsantrag ist dann tatsächlich nicht nötig.

Hinzu käme auch – das ist ein Ergebnis der öffentlichen Anhörung –, dass wir die Kindertagesstätten bei einer entsprechenden Prüfung nicht außer Acht lassen dürften. Der Städtetag hatte dieses Argument ins Spiel gebracht. Auf diesen Punkt sind Sie auch nicht eingegangen.

Ich denke generell, liebe Kollegen, wir sollten hier zunächst Gelassenheit und Ruhe bewahren. Aktuell ist kein Anlass bekannt, für den wir gesetzliche Regelungen zur Gesichtverschleierung an staatlichen Schulen benötigen würden. Sollte sich künftig ein Regelungsbedarf für diesen Bereich ergeben, müssten das KM und wir gemeinsam im Detail prüfen, wo und in welchem Geltungsbereich gesetzliche Regelungen zur Gesichtverschleierung an Kindertagesstätten und staatlichen Schulen möglich und sinnvoll erscheinen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Die Landesregierung – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, lassen Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Binder zu?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Bitte.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte schön, Kollege Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Minister Lucha, Sie haben darauf hingewiesen, dass die Kindertagesstätten seitens des Städtetags bei dieser Anhörung ins Spiel gebracht worden sind, und haben zum Gesetzentwurf der FDP/DVP darauf hingewiesen, dass die Initiatoren des Gesetzentwurfs dazu keine Stellung genommen haben. Haben Sie bei dieser Anhörung zur Kenntnis genommen, dass es verfassungsrechtlich höchst fragwürdig ist, bei Kindertagesstätten überhaupt ein solches Verbot auszusprechen, weil es keine Kindergartenpflicht gibt und die FDP/DVP das insofern schon allein aus verfassungsrechtlichen Gründen gar nicht in ihren Gesetzentwurf mit hätte aufnehmen können?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Das haben Sie richtig gesagt. Ich will noch einmal sagen, weil hier jetzt auch die ganze Zeit ein bisschen Unruhe herrscht: Wir waren uns doch eigentlich – – Ich hatte den Eindruck, dass konsentiert ist: Der Gesetzentwurf ist nicht tauglich. Wenn es tatsächlich anlassbezogenen Regelungsbedarf gibt, werden wir dem gerecht werden müssen und dazu die notwendigen Schritte unternehmen, wie wir es beim Beamtengesetz und anderem ja schon getan haben. Wir sollten mit Ruhe und Besonnenheit auf das schauen, was wir tatsächlich regeln müssen.

Ihr Hinweis auf die Kindertagesstätten ist richtig. Im Moment könnten wir da vermutlich gar keinen Eingriff vornehmen, weil er uns nicht zustünde.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage zu?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Nein, jetzt bringe ich meine Rede zu Ende.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gut, keine weiteren Zwischenfragen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Es wird zu kompliziert!)

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Es waren jetzt, glaube ich, fünf. Das ist okay.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Zwei! – Heiterkeit)

– Du bist ja quasi schon für drei – – Entschuldigung.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das stimmt! Dann sind es fünf! – Zuruf des Abg. Fabian Gramling CDU)

– Dann sind es fünf. – Wir werden da ohnehin ganz engagiert weiter miteinander im Gespräch bleiben.

Aber lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wir stehen weiter zu unserem Wort: Wir unterstützen alle Initiativen, mit denen noch fehlende erforderliche Regelungen beim Thema Gesichtverschleierung ergänzt werden sollen. Die Landesregierung lehnt die Vollverschleierung gesellschafts- und integrationspolitisch ab, weil sie im Gegensatz zur Verfasstheit unserer offenen Gesellschaft steht. Wir lehnen sie auch ab, weil

sie unserem Verständnis der Menschenrechte und der Stellung von Frauen in unserer Gesellschaft zuwiderläuft.

Die bisherige Diskussion zum Thema Gesichtverschleierung belegt aber eindeutig: In seiner jetzigen Fassung ist der von der FDP/DVP-Fraktion vorgelegte Gesetzentwurf nicht zustimmungsfähig. Somit ist er aus unserer Sicht abzulehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Gedeon.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ist der noch da? – Die AfD-Fraktion betritt wieder den Plenarsaal. – Abg. Sascha Binder SPD: Ach, zum Gedeon kommen sie rein! – Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, was ist das jetzt? Den mögt ihr?)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kurz zu meinem Hierbleiben: Das ging nicht darauf zurück, weil ich Herrn Lucha so toll fände. Vielmehr will ich ihn nicht unnötig aufwerten, und wenn ich eine solche Aktion mitmachen würde, müsste er politisch schon etwas bedeutender sein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Zum Thema: Kultur ist nicht rational, zumindest nicht primär rational, teilweise arational und mitunter sogar irrational, und das ist gut so.

Sie sagen: „Es geht doch um Grundrechte bei der Religionsausübung und um Religionsfreiheit.“ Darum geht es in diesem Fall nicht. Warum? Es ist ja nicht so, dass es sich in Europa plötzlich Millionen Europäer anders überlegen würden und sagen würden: „Wir wollen keine Christen mehr sein“ oder „Wir wollen keine Atheisten mehr sein, wir wollen jetzt Moslems sein und dann auch das Recht haben, eine Burka zu tragen.“ So ist es nicht, meine Damen und Herren.

Wir haben keine endogene, wir haben eine exogene Islamisierung – eine von außen durch Zuwanderung. Und das ist etwas ganz anderes. Deswegen geht es hier nicht um Religionsfreiheit, sondern um eine Form des kulturellen Imperialismus. Eine Kultur versucht die andere zu erobern. Das ist das Problem. Und die Burka ist ein Symptom dieses kulturellen Eroberungskampfs.

Deswegen ist die einzig richtige Forderung die, die Frau Baum aufgestellt hat: ein generelles Burkaverbot auf öffentlichen Plätzen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kämen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. – Kollege Dr. Bullinger, stellen Sie jetzt einen förmlichen Geschäftsordnungsantrag?

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es hat sich jetzt ergeben, dass man es nicht mehr braucht! – Vereinzelt Heiterkeit)

Dann kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/896. Der Sozialausschuss empfiehlt Ihnen in Abschnitt I der Beschlussempfehlung Drucksache 16/1944, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Wir kommen in der Abstimmung über den Gesetzentwurf zunächst zur Abstimmung über Abschnitt I der Beschlussempfehlung. Zu dem Gesetzentwurf liegen der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2029-1, und der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/2029-2, vor, die beide mehrere Artikel des Gesetzentwurfs betreffen. Ich schlage Ihnen vor, über die beiden Änderungsanträge abzustimmen, bevor wir in die Abstimmung über die einzelnen Kapitel des Gesetzentwurfs eintreten.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/2029-2. Wenn Sie damit einverstanden sind, stelle ich ihn insgesamt zur Abstimmung. – Sie stimmen dem Vorschlag zu.

Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2029-1, den ich ebenfalls insgesamt zur Abstimmung stelle. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP ist damit ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Meine Damen und Herren, es ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Hat der Antrag die in § 99 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete? – Das ist der Fall.

Meine Damen und Herren, wer dem Gesetzentwurf Drucksache 16/896 im Ganzen zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer das Gesetz ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte nun Frau Schriftführerin Seemann, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben T.

Ich darf noch eine Bitte äußern: Nach der letzten namentlichen Abstimmung kam der Schriftführer zu mir und hat gesagt: „Es ist unmöglich. Ich habe in jedem zweiten Fall nicht verstanden, was für ein Votum die Kollegen abgegeben haben.“ Ich bitte Sie nun, sich mit Rücksicht auf die Schriftführerin entsprechend ruhig zu verhalten. – Bitte, Frau Abg. Seemann, beginnen Sie.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, ist jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Die Abstimmung ist geschlossen, und ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

Wir unterbrechen so lange den Tagesordnungspunkt 3 und setzen mit Tagesordnungspunkt 5 fort.

Ich rufe also **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 16. Februar 2017 – Mögliche Folgen eines EU-Austritts des Vereinigten Königreichs für Baden-Württemberg – Drucksachen 16/1639, 16/1797

Berichterstatter: Abg. Joachim Köbler

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich Frau Kollegin Saebel das Wort erteilen.

Abg. Barbara Saebel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Briten verlassen die Europäische Union. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU geht es nicht um deren Erweiterung, sondern um den Verlust eines Mitgliedsstaats – ein herber Rückschlag, den wir gemeinsam und geschlossen überwinden müssen. Aber ich bin überzeugt: Wir schaffen das. Niemand reißt sein Haus ab, nur weil es renovierungsbedürftig ist. Ich denke, wir stehen zusammen und renovieren und erhalten unser gemeinsames Haus, und wir entwickeln es weiter.

(Beifall bei den Grünen)

Was wir jedoch verurteilen, ist die Brexit-Kampagne, die in weiten Teilen auf populistischem, teilweise rassistischem und fremdenfeindlichem Gedankengut beruhte. Ein für alle Seiten fairer Austrittsprozess muss jetzt starten, damit die durch das Brexit-Votum ausgelöste große Unsicherheit schnellstmöglich beendet und das Vertrauen in die EU nicht weiter beschädigt wird.

Es geht darum, den Zusammenhalt der verbleibenden 27 EU-Mitgliedsstaaten zu bewahren und zu stärken. Nachdem Theresa May am 29. März endlich ihr Austrittsgesuch überreicht hat, hat der Europäische Rat Leitlinien für den Brexit beschlossen. Die 27 verbleibenden EU-Staaten wollen zusammenhalten und mit einer Stimme verhandeln. Der Austritt soll in Phasen gegliedert werden, auch, um eine größtmögliche Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen zu wahren.

Das Königreich soll auch künftig ein enger Partner der EU bleiben, wobei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten selbstverständlich ist. Rosinenpickerei soll also ausgeschlossen werden, und das ist auch gut so.

(Beifall bei den Grünen)

Es gilt der Grundsatz: Nichts ist verhandelt, solange nicht alles verhandelt ist. Der gesamte Finanzrahmen der EU muss

(Barbara Saebel)

künftig ohne den zweitgrößten Nettozahler gestaltet werden. Der finanzielle Beitrag Großbritanniens wird fehlen; das sind etwa 12,5 Milliarden € jährlich. Ob die anderen Mitgliedsstaaten sich finanziell stärker einbringen wollen, ist noch offen. Die noch bestehenden britischen Verpflichtungen, um die zurzeit gestritten wird, werden auf 60 bis 100 Milliarden € geschätzt.

Der Brexit schwächt Großbritannien aber auch innenpolitisch. Die Auflösung des Parlaments und das erneut angestrebte Unabhängigkeitsreferendum in Schottland offenbaren, wie viel auch dort mit einem Austritt aus Europa auf dem Spiel steht. In London allein droht der Verlust von 75 000 Arbeitsplätzen in der Finanzbranche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch für Baden-Württemberg erwarten wir als Folge des Brexits Einbußen, und zwar vor allem für Maschinen- und Autobauer sowie für die pharmazeutische Industrie. Wir erwarten einen Rückgang wissenschaftlicher Kooperationen im Forschungsprogramm Horizon 2020, weniger Auslandsaustausch junger Menschen mit ERASMUS und weniger europäische Medienförderung. Das schmälert unsere gemeinsamen europäischen Ressourcen, um im Wettbewerb der globalen Wissensgesellschaft auch künftig mithalten zu können. Die Mobilität von Gedanken, Ideen und Menschen ist Teil unserer europäischen Identität, die uns bei aller Vielfalt der Kulturen in Europa stärkt.

Für die verbleibenden Mitglieder ist der Brexit ein Weckruf, der vielleicht gerade wegen vieler Unsicherheiten mit der Chance einhergeht, den Prozess der europäischen Integration neu zu beleben und notwendige Reformen beherzt anzugehen. Die Regelungstiefe so mancher Richtlinien und Verordnungen müssen wir hinterfragen, und wir müssen uns entscheiden, wo wir eine engere Zusammenarbeit in wesentlichen Fragen brauchen – Fragen, in denen der Nationalstaat für sich allein in der globalisierten Welt nicht handlungsfähig ist, etwa in der Sicherheitspolitik, beim Klimawandel, in der Umwelt- und Energiepolitik oder bei der Fiskal- und Wirtschaftspolitik. Hier muss die EU dringend Gestaltungskraft beweisen.

(Beifall bei den Grünen)

Deshalb sind wir Grünen über den Ausgang der Wahl in Frankreich auch erst einmal sehr erleichtert. Mit Emmanuel Macron zieht ein überzeugter Proeuropäer und Garant der deutsch-französischen Freundschaft in den Elysée-Palast ein. Für uns ist natürlich auch entscheidend, dass nach dem Brexit kein „Frexit“ droht. Aber hierzu hören Sie morgen mehr von meinen Kollegen.

Krisen bieten uns die Chance, uns neu aufzustellen und gestärkt daraus hervorzugehen. Nutzen wir dies, wir als Land Baden-Württemberg, als eine Region, die ganz besonders von der europäischen Zusammenarbeit profitiert!

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Köbller.

Abg. Joachim Köbller CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu Beginn auf eine

Anekdote zurückgreifen, die dem früheren britischen Premierminister Winston Churchill zugeschrieben wird. Er ist aufgefordert worden, eine Rede über sein Leben und die wichtigsten Erkenntnisse zu halten. Er ist ans Pult gegangen, hat eine Weile ins Publikum geschaut und folgenden Satz gesagt:

Geben Sie niemals auf, nie, nie, nie!

Das Publikum war konsterniert, hat aber dann gejubelt und Beifall geklatscht.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Diese Botschaft sollten wir uns zu eigen machen, insbesondere, was Europa betrifft. Wir sollten nie aufgeben, ein gemeinsames Europa anzustreben.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Weiteren Zentralismus, oder wie?)

– Das können Sie nachher anbringen. – Trotz Brexit müssen wir eine vernünftige Lösung mit Großbritannien finden, die die gemeinsame Zusammenarbeit in Europa stärkt und eine zukünftige Zusammenarbeit gut gestalten lässt.

Natürlich ist der Brexit eine historische Zäsur für Deutschland, für Europa und für die gesamte Weltgemeinschaft. Es ist nun bald ein Jahr her, als Großbritannien darüber abgestimmt hat, ob es in der EU bleibt. Es gibt fast täglich die Diskussion über Rosinenpickerei – harter Brexit, weicher Brexit –, und das gesamte Wahlkampfgeschrei in Großbritannien hat mehr mit Wahlkampf und weniger mit Realität zu tun.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Es ist wichtig, dass wir erkennen, dass wir mit Großbritannien eventuell einen sehr wichtigen Partner verlieren, der ähnliche wirtschaftspolitische Vorstellungen hat wie wir, wenn es darum geht, einen starken Ordnungsfaden in der Wirtschaft zu verankern, weniger Interventionen des Staates vorzunehmen und Bürokratie zurückzudrängen. Baden-Württemberg ist das Land der Subsidiarität. Hier gibt es eine gemeinsame Gedankenwelt mit Großbritannien.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Räßle?

Abg. Joachim Köbller CDU: Wenn es sein muss.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ja oder nein?

Abg. Joachim Köbller CDU: Ja.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, bitte.

Abg. Stefan Räßle AfD: Es ehrt Sie, dass Sie die Frage zulassen. Ich danke Ihnen. – Herr Kollege, ich wollte fragen: Was hat es für Gründe, dass Großbritannien jetzt den EU-Austritt erwägt? Welche Gründe sind dies Ihrer Meinung nach? Sie sagen, ein wichtiger Partner sei uns verloren gegangen; das ist sicherlich richtig. Das hat auch Gründe. Welche sind das?

Abg. Joachim Köbler CDU: Sie klauen meine Zeit, aber ich will einmal ganz kurz etwas dazu sagen.

(Zuruf von der SPD: Auch unsere!)

Ich sage Ihnen eines: Wenn mit Unwahrheiten, mit Fake-News, Wahlkampf gemacht wird – das war in Großbritannien der Fall –,

(Beifall der Abg. Andrea Schwarz GRÜNE)

wird die Bevölkerung hinters Licht geführt. Das war der Fall. Mit Unwahrheiten ist in der Abstimmung in Großbritannien Wahlkampf betrieben worden. Die Menschen in Großbritannien werden noch erkennen, dass es falsch war, die Austrittsentscheidung zu treffen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Von Konfuzius stammt der Satz:

In allen Dingen hängt der Erfolg von den Vorbereitungen ab.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Deshalb hat die baden-württembergische Landesregierung rechtzeitig und frühzeitig eine Folgenabschätzung in Auftrag gegeben. Insbesondere der Europaminister hat sich hier sehr verdient gemacht.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Hier wurde die Grundlage gelegt, wie wir in Zukunft mit Großbritannien verhandeln müssen, wie wir unsere Interessen einbringen müssen. Ich denke, wir sind hier auf einem guten Weg. Natürlich hat diese Abschätzung deutlich gemacht, dass Baden-Württemberg als Exportland sehr stark betroffen ist. Ich möchte nur eine Zahl nennen: Der Wert der Exporte nach Großbritannien betrug im Jahr 2015 12,3 Milliarden €. Im vergangenen Jahr ist dieses Exportvolumen um 12 % gestiegen. Dies hat natürlich gewaltige Auswirkungen auf die Investitionen in Großbritannien, es hat auch Auswirkungen auf die baden-württembergische Industrie. Großbritannien ist der sechstgrößte Exportpartner für Baden-Württemberg.

Der Brexit hat natürlich auch Auswirkungen auf den Wissenschaftsbereich. Man muss sagen: Wir haben sehr gute Verbindungen zu Großbritannien im Wissenschaftsbereich. Wir müssen schauen, dass diese Verbindungen auch in Zukunft tragfähig sind.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wir müssen insbesondere auch dafür sorgen, dass in den Austrittsverhandlungen die Länder beteiligt werden. Ich begrüße es, dass die Europaministerkonferenz auf Initiative unseres Europaministers einen Beschluss gefasst hat, dass die Länder stärker beteiligt werden müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Joachim Köbler CDU: Ich kann nur eines sagen: Wir müssen mit ruhiger Hand und kühlem Kopf die Verhandlungen mit Großbritannien führen. Wir brauchen Großbritannien in Europa. Wir müssen dafür sorgen, dass es gute Verhandlungen gibt und dass wir zu einem guten Ergebnis kommen, damit Baden-Württemberg nicht geschädigt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Merz.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Kollegen Abgeordnete, verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Gerade das Industrie- und Exportland Baden-Württemberg muss ein starkes Interesse daran haben, dass im Zuge des Austritts Großbritanniens aus der europäischen Schulden- und Haftungsunion vernünftige und für beide Seiten vorteilhafte Verträge geschlossen werden. Denn grundsätzlich gilt: Warum sollte das Vereinigte Königreich Großbritannien irgendwelchen Verträgen oder Vereinbarungen zustimmen, wenn diese nicht auch in seinem Interesse wären oder sie gar zum Nachteil für Großbritannien wären?

(Beifall bei der AfD)

Gerade dies sollten alle am Prozess Beteiligten und insbesondere unsere Eurokraten zuallererst begreifen, bevor versucht wird, aufgrund der souveränen Entscheidung eines souveränen Staates nun ein Exempel zu statuieren, so wie dies am 29. April von den 27 derzeit in der EU noch verbleibenden Staaten beschlossen wurde – ein Exempel zu statuieren wohl auch und insbesondere deshalb, um weitere Staaten vom vernünftigen Austritt aus der derzeitigen EU abzuschrecken.

Was passiert übrigens, wenn sich London nicht beeindrucken lässt und womöglich sogar Kontra gibt? Drei Millionen EU-Bürger arbeiten in Großbritannien. Was wäre, wenn deren Überweisungen in ihre Herkunftsländer wegfallen würden? Mal sehen, wie lange z. B. Polen die Phalanx der nun ach so einig und geschlossen stark tuenden 27 Mitgliedsstaaten der Rest-EU aufrechterhält.

(Beifall des Abg. Udo Stein AfD)

Auch übertreffen die Lieferungen aus der EU die britischen Ausfuhren bei Weitem. Dies gilt insbesondere für Baden-Württemberg. Für welche Seite wären die von der EU in den Raum gestellten Zollregelungen und Handelsbeschränkungen denn nun eigentlich negativer? Baden-Württemberg muss alles daransetzen, auf eine vernünftige Verhandlungsführung zu drängen – ohne Trotzreaktionen und statuierte Exempel der verbleibenden Rest-EU.

(Beifall bei der AfD)

Denn die Lösung kann, wie bereits eingangs gesagt, nur darin liegen, mit Großbritannien vernünftige und für beide Seiten vorteilhafte Verträge abzuschließen. Großbritannien und wir bleiben Nachbarn in Europa und hoffentlich auch Freunde.

(Dr. Heiner Merz)

Zu den möglichen Folgen des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs für Baden-Württemberg kann derzeit nur gesagt werden: Es kommt darauf an – und zwar auf die Vereinbarungen, Verträge und Abkommen. Es gibt so viele Bereiche, in denen wir, das Land Baden-Württemberg, mit britischen Partnern direkt Vereinbarungen oder Verträge schließen können. Wie konstruktiv, unbürokratisch und zielgerichtet solche Abkommen dann sind, liegt nur an denen, die verhandeln. Dann also direkt auch an uns.

(Beifall bei der AfD)

Überhaupt sollte man sich grundsätzlich von dem Irrglauben lösen, dass ohne eine EU die Zusammenarbeit zwischen Staaten irgendwie unmöglich wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es klappt doch prima mit der Schweiz, mit Norwegen, mit Japan, Korea, Indien, China usw. usf. Wissenschaft und Forschung beispielsweise haben schon immer und glücklicherweise meist auch ohne staatliche Hilfe international zusammengefunden.

Das Ministerium schreibt – ich zitiere –:

Die Austrittsentscheidung ... berührt den europäischen Gedanken in seinen Grundfesten.

Wow! Welchen europäischen Gedanken denn? Etwa den Gedanken des Vertrags von Lissabon aus dem Jahr 2007, den Gedanken eines immer zwanghafteren Zusammenzwingens von etwas, was so nicht zusammengehört und so zusammen nicht funktioniert?

(Beifall bei der AfD)

Der gute Geist der Römischen Verträge von 1957 ist jedenfalls schon lange verfliegen.

Das Raumschiff Brüssel hat sich immer und immer weiter von der Vorstellung und der Lebenswirklichkeit der europäischen Völker abgehoben. Verlautbarungen der EU-Kommission und anderer Zentralorgane klingen nun nur noch wie ein Pfeifen im Walde.

Wir wünschen jedenfalls Großbritannien und der Rest-EU konstruktive und freundschaftliche Verhandlungen, sodass nach der Scheidung keine Zerrüttung folgt.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geideon [fraktionslos])

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa erlebt derzeit aufwühlende Zeiten. Die Europäische Union, die gemeinsamen Werte der freiheitlichen Demokratie und der Solidarität zwischen den Völkern Europas stehen offenkundig zur Disposition. Die europäische Wertegemeinschaft wird derzeit attackiert, einerseits von Extremisten aus der radikalen Opposi-

on – wie wir es gerade in Frankreich beobachtet haben –, aber eben auch von autoritären Regierungen aus den Mitgliedsstaaten wie etwa aus Polen oder Ungarn. Es ist für uns unerklärlich, wie man Freiheit, Frieden und Wohlstand durch stumpfe nationalistische Parolen aufs Spiel setzen kann, zumal gerade diese europäischen Völker leidvoll erfahren mussten, zu welchem Elend dies am Ende führen kann. Die beiden Weltkriege sollten uns Mahnung genug sein.

(Beifall bei der SPD)

Auch die SPD-Fraktion ist erleichtert, dass das französische Volk am vergangenen Sonntag mit deutlicher Mehrheit Emmanuel Macron zum Präsidenten gewählt hat. Die „New York Times“ titelte am Montag nach der Wahl: „Macron and the Revival of Europe“. Ich bin guter Dinge, dass wir die Herausforderungen gemeinsam meistern werden. Es ist bitter, dass uns hierbei Großbritannien fehlen wird, eine Nation mit großen Verdiensten um die gemeinsame europäische Idee.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rottmann?

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das deutsch-britische Verhältnis steht durch den Austritt Großbritanniens nicht vor einer Bewährungsprobe. Ich bin überzeugt davon, dass die partnerschaftliche und vertrauensvolle Bindung zwischen unseren Völkern bestehen bleiben wird. Dennoch ist nicht ausgeschlossen, dass der Austritt, in welcher Form er im Endeffekt auch eintreten wird, tiefgreifende Auswirkungen auf die rechtlichen, wirtschaftlichen, aber auch die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern haben wird.

Die OECD geht davon aus, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Vereinigten Königreich im Jahr 2030 durch den Brexit um 5 % unter dem Niveau liegen wird, das ohne Brexit erreicht worden wäre. Das hat auch mittelbar Auswirkungen auf die exportorientierte Wirtschaft in Baden-Württemberg, weil dadurch die Kaufkraft der Briten sinken dürfte und sich dadurch auch die Nachfrage nach Importgütern etwa aus Baden-Württemberg verringert.

Wenn man sich vor Augen hält, dass aus Baden-Württemberg – der Kollege hat es schon gesagt – im Jahr 2015 mit steigender Tendenz Waren im Gesamtwert von 12,3 Milliarden € auf die Insel exportiert wurden, muss es unser gemeinsames Ziel sein, trotz Brexit den freien Dienstleistungs- und Warenverkehr mit Großbritannien zu sichern und unsere Exportprodukte nicht noch durch Zölle oder weitere Handelshindernisse zu verteuern.

Die Austrittsverhandlungen werden zeigen, ob dies der Europäischen Union gelingen wird. Bis dahin müssen wir auf alles vorbereitet sein und passende Antworten und Maßnahmen parat haben. Die Landesregierung beschreibt in ihrem Bericht Szenarien, benennt zumindest teilweise Verhandlungspositionen, aber definiert leider – das ist der entscheidende Schwachpunkt dieses Berichts – keine klaren Handlungsoptionen. Man

(Dr. Boris Weirauch)

verharrt in der Analyse möglicher Auswirkungen und unterlegt die Szenarien nicht mit konkreten Handlungsschritten.

Wir erwarten, dass die Landesregierung bei den Brexit-Verhandlungen eine aktive Rolle spielt, und zwar unabhängig vom legislativen Verfahren und nicht nur über den Bundesrat, sondern auch unmittelbar über Kontakte auf europäischer Ebene. Wenn wir zudem konstatieren, dass nach einer Studie von Ernst & Young 14 % der Unternehmen in Großbritannien infolge des Brexits beabsichtigen, ihren Sitz in die EU zu verlagern, und dabei mehr als die Hälfte der Unternehmen erklären, dass Deutschland hierbei das attraktivste Zielland sei, dann darf ungeachtet des tatsächlichen Ausgangs des Brexits keine wertvolle Zeit verloren werden.

(Beifall bei der SPD)

Jedes britische Unternehmen, das die Insel verlassen möchte, muss wissen können, dass Baden-Württemberg ein ausgezeichnete Standort mit besten Perspektiven ist. Die Landesregierung muss hier mehr Flagge zeigen und offensiv werben. Wir werden niemanden daran hindern, zu uns nach Baden-Württemberg zu kommen und hier Arbeitsplätze zu schaffen. Dort, wo es erforderlich ist, muss die Landesregierung entsprechend Türen öffnen. Hier bedarf es einer klaren Strategie, die aufseiten der Regierung bisher noch nicht zutage getreten ist.

Mit Verlaub, Tagesreisen von Staatssekretären und Ministern auf die Insel reichen nicht; das ist an dieser Stelle definitiv zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Gleiches gilt für die Gewinnung von Fachkräften für die baden-württembergischen Universitäten und die heimische Industrie. Mehr als 20 % der Akademiker in Großbritannien sind EU-Bürger, zumeist deutsche oder italienische Staatsbürger. Nach einem Bericht des britischen „Guardian“ fließen zudem mehr als die Hälfte der nach Großbritannien vergebenen Fördermittel des European Research Council an Projekte, die Wissenschaftler aus anderen EU-Staaten verantworten. Sowohl der Aufenthaltsstatus der EU-Wissenschaftler als auch der Fortbestand der EU-Förderkulisse sind mehr als ungewiss. Die dadurch wahrscheinlich werdende Neuorientierung von Spitzenkräften bietet daher auch für Baden-Württemberg die Chance, dem Fachkräftemangel in unserem Land wirksam zu begegnen – aber auch nur, wenn die Landesregierung hier an der entscheidenden Stelle handelt. Wir brauchen eine breit angelegte Kampagne, um diese gut ausgebildeten Menschen für Baden-Württemberg zu gewinnen. Wir können sie sehr gut bei uns gebrauchen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Bei allen möglichen Nachteilen können wir den Brexit in den Bereichen Forschung, Industrieansiedlung und Fachkräftegewinnung zu einem Erfolg für Baden-Württemberg machen. Der Bericht der Landesregierung ist ein wirklich guter Ansatz, aber jetzt muss strategisch gehandelt werden. Was wir brauchen, ist eine koordinierte Aktion, um Unternehmen und Fachkräfte von einem Wechsel nach Baden-Württemberg zu überzeugen.

Ich fordere die Landesregierung auf, sich in diesen Prozess aktiv einzubringen und es nicht bei einer Analyse möglicher Auswirkungen zu belassen.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Abschließend bleibt festzuhalten: Wir hätten den Brexit gern vermieden. Aber das britische Volk hat in einer demokratischen Wahl anders entschieden. Nun müssen beide Seiten mit dem Ergebnis leben, und die Trennung muss sauber und fair vollzogen werden. Es darf aber hier auch kein Cherry-Picking geben. Wir dürfen keine Anreize für den Austritt weiterer Staaten aus der EU schaffen. Aber klar muss auch sein: Großbritannien muss weiterhin ein wichtiger Partner der EU, Deutschlands und Baden-Württembergs sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Aden.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Die „Times“ titelte im Jahr 1957: „Schwerer Nebel über dem Ärmelkanal – Kontinent abgeschnitten“. Das zeigt eine Denkweise, die auf der Insel leider immer noch vorhanden zu sein scheint: Die Briten können es auch allein und brauchen keine anderen Staaten zum Überleben.

War der Brexit-Entscheid ein Zufall, vielleicht ein Betriebsunfall? Viele auf dem Kontinent mögen es vielleicht so sehen. Aber ein Blick in die Geschichte zeigt, dass eine echte Liebesbeziehung zwischen Großbritannien und dem Kontinent eigentlich nie bestanden hat. Nachdem der Hundertjährige Krieg zwischen England und Frankreich 1350 bis 1450 – Stichwort Jeanne d’Arc – die Briten vom Festland vertrieben hat, hat der Inselstaat eine eigene Entwicklung durchgemacht, die ihn doch vom restlichen Europa entfremdet hat, Stichworte Heinrich VIII., Anglikanische Kirche, Seemacht usw.

Deshalb war es folgerichtig, dass die Briten erst verspätet in die EU eingetreten sind, aber immer mit Skepsis nach Brüssel geschaut haben. Man muss sich nur an die Worte von Margaret Thatcher erinnern: „I want my money back.“

Jetzt ist die Liebe beendet, und es kommt zur Scheidung – wie im richtigen Leben. Eine Scheidung ist wie einmal ausgebrannt. Es wird teuer für beide Seiten, und zwar nicht nur ökonomisch, sondern vor allem auch politisch.

Die Katze ist aus dem Sack. 100 Milliarden € soll der Austritt aus der EU kosten. Das sind nur die direkt abschätzbaren Kosten. Die Folgen für die Menschen und für die Wirtschaft in der Alt-EU und im Alt-Empire kann man gar nicht absehen. Auslandsbriten in der EU und EU-Bürger im Königreich wissen nicht, ob sie in der neuen Heimat bleiben dürfen. Aber immerhin, die Briten haben ja vielleicht die Chance, am 9. Juni etwas dagegen zu tun. Aber die Prognosen sprechen leider eine ganz andere Sprache.

Für uns und die Europäische Union stellt die Flucht der Briten einen Verlust, aber möglicherweise auch eine große Chance dar. Jetzt werden hoffentlich alle Staaten wachgerüttelt,

(Dr. Gerhard Aden)

weil ein Land die Drohungen des EU-Austritts wahrgemacht hat. Jetzt muss sich die EU auf ihre vier Grundfreiheiten besinnen und diese leben, aber auch eine gemeinsame Linie finden, um nach außen aufzutreten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir sind für mehr Europa in der Sicherheits- und Außenpolitik, aber auch für mehr Gestaltungsspielraum bei inneren Angelegenheiten für jeden einzelnen Staat. Wir müssen über Europa jetzt erst recht neu nachdenken. Es geht nicht, dass die Staaten die positiven Effekte für sich proklamieren und die negativen auf die EU schieben,

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

z. B. nach dem Motto: Für schönes Wetter sind die nationalen Hauptstädte verantwortlich, für schlechtes Wetter aber Brüssel. Das darf nicht mehr gelten.

Die Verhandlungen bergen die Chance, dass die 27 verbleibenden Staaten eine gemeinsame politische Linie für die Briten finden und nebenbei erkennen, welche wichtigen Privilegien sie selbst innerhalb der EU genießen. Es müssen Zugeständnisse gemacht werden, aber die vier Grundfreiheiten gehören nur den Mitgliedern der EU.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Austritt der zweitgrößten Wirtschaftsmacht der EU mit dem stärksten Militär wird die Europäer noch vor weitere Herausforderungen stellen. Machen die Schotten ihren Austrittswunsch wahr, werden auch Separationsbestrebungen wie z. B. in Katalonien und im Baskenland an Fahrt aufnehmen. Zudem muss Deutschland als stärkstes Land wahrscheinlich mehr Geld ausgeben, und andere bekommen weniger. Ein Sitz im UN-Sicherheitsrat, den die Briten innehaben, geht uns verloren, was auch international unsere politische Bedeutung deutlich schmälern wird.

Um diese Mängel zu kompensieren, brauchen wir mehr gemeinsames Handeln auf der internationalen Bühne. Wir müssen die politische Stärke erlangen, um die verbleibenden 450 Millionen Menschen, die jetzt unter dem europäischen Dach leben, auch repräsentieren zu können.

Hier in Baden-Württemberg müssen wir angesichts der engen Wirtschaftsbeziehungen mit Großbritannien – darauf wurde ja schon hingewiesen – aufpassen, dass die Wirtschaft in unserem Land nicht fremde britische Standards berücksichtigen muss. Ein Abkommen wie CETA sollte auch für die Briten stehen, um die Folgen so klein wie möglich zu halten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf: Sehr richtig!)

Darum fordern wir die Landesregierung auf, konstruktiv an dem Austrittsprozess mitzuarbeiten, wie der Bundesrat dies schon beschlossen hat. Sehr geehrter Herr Minister, Sie sind in diesem Zusammenhang unser Anwalt.

Meine Redezeit ist genau zu Ende; das passt wunderbar. Aber eines muss ich Ihnen an dieser Stelle noch sagen – und das ist wirklich das Allerwichtigste –: Unabhängig davon, dass die

EU ein Wirtschaftsprojekt ist, dürfen wir nie vergessen, dass die EU vor allem ein Friedensprojekt ist.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Bravo-Rufe von der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Wolf das Wort.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Brexit – dafür gibt es keinen Vorgang, dafür gibt es keine Blaupause – ist der erstmalige Austritt eines Mitgliedsstaats aus der Europäischen Union. Niemand von uns hat ihn wirklich für möglich gehalten. Viele von uns haben bis zum Schluss darauf gehofft, dass die Briten sich doch für den Verbleib in der Europäischen Union entscheiden werden. Auch viele Repräsentanten der Wirtschaft haben nicht für möglich gehalten, was dann mit einer knappen Mehrheit erfolgt ist.

Auch wenn es bis heute für viele Briten ebenso unglaublich erscheint wie für uns im kontinentalen Europa, sind die Würfel doch unwiderruflich gefallen. Es wird kein Zurück geben, und – auch da dürfen wir uns keine Illusionen machen – es werden schwere und für beide Seiten unangenehme Verhandlungen werden.

Für mich, für die Landesregierung und für die Staaten der Europäischen Union insgesamt ist das Ziel völlig klar: Wir sind entschlossen, die Europäische Union weiter zusammenzuhalten. Wir werden nicht zulassen, dass die unüberlegte Entscheidung einer knappen Mehrheit in Großbritannien zu Europas Schicksal wird. Ganz im Gegenteil: Wir werden aus diesem Brexit und seinen Folgen auch neue Kraft für Europa schöpfen, und wir werden näher zusammenrücken, wenn es darum geht, Europa auch wieder als Wertegemeinschaft und als Rechtsgemeinschaft in die Köpfe und in die Herzen der Menschen zu bringen.

Die eigentlichen Brexit-Verhandlungen nehmen nun konkrete Gestalt an, auch wenn sie en détail erst nach den Unterhauswahlen am 8. Juni richtig beginnen werden.

Geschätzter Kollege Dr. Weirauch, als Sie hier sprachen, fühlte ich mich an Gespräche in London mit Vertretern Großbritanniens erinnert, die mich allesamt gefragt haben, wie ich mir denn den Brexit vorstelle. Das hat mich jeweils zu der Bemerkung veranlasst: Das war nicht unsere Idee; das war die souveräne Entscheidung der Briten, und jetzt sind zunächst einmal die Briten gefragt, uns zu sagen, wie *s i e* sich den Brexit vorstellen. Dann werden wir unsere Antworten darauf geben.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Im Übrigen war und ist es die baden-württembergische Landesregierung, die wie keine andere Landesregierung in Deutschland diesen Brexit als eigene Verantwortung begriffen hat und begreift. Es war die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, die bereits im Februar dieses Jahres mit einer Delegation der Wirtschaft nach Groß-

(Minister Guido Wolf)

britannien gereist ist, um Gespräche zu führen, Präsenz zu zeigen und natürlich auch dort Perspektiven für die Wirtschaft in anderen Ländern aufzuzeigen. Denn mangelnde Kalkulierbarkeit, mangelnde Planbarkeit ist Gift für die Wirtschaft. Deshalb ist das natürlich eine Situation, in der sich Unternehmen in Großbritannien Gedanken machen, wie es für sie weitergeht.

Dass wir uns in dieser Situation als potenzielle Partner anbieten, ohne aggressiv abzuwerben, versteht sich von selbst. Da ist die baden-württembergische Landesregierung seit Monaten erfolgreich unterwegs.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das Zweite: Ich selbst war im März in Großbritannien, übrigens genau an dem Tag – das war ja nicht planbar –, als Theresa May den Austrittsantrag Großbritanniens überreicht hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war abgesprochen!)

– Das war abgesprochen, richtig, Kollege. – Das war eine beklemmende Situation. Ich habe in Großbritannien viele Menschen erlebt, die sich Sorgen über die Zukunft ihres eigenen Landes machen. Den eigentlichen Brexit-Gegnern wird dort kaum mehr gestattet, sich in der Öffentlichkeit zu positionieren.

Als der Supreme Court entschieden hat, dass im Zuge der Brexit-Verhandlungen das Unterhaus zu beteiligen ist, haben britische Medien am nächsten Tag die Richter in Großbritannien als „Volksverräter“ bezeichnet. Das ist ein Skandal an sich. Noch schwieriger aber ist, dass sich am Tag danach kein Minister, keine Ministerin, keine Premierministerin veranlasst fühlte, sich schützend vor die Justiz, vor die Neutralität und Unabhängigkeit der Justiz zu stellen.

Dies sage ich, um deutlich zu machen, wie die aktuelle Stimmungslage in Großbritannien ist. Es gibt viele, die sich über die Zukunft Sorgen machen. In der politischen Diskussion in Großbritannien ist es derzeit aber nicht angezeigt, dies auch wirklich öffentlich zu tun.

Bei den Unterhauswahlen, die in Kürze stattfinden – Theresa May hat sie für den 8. Juni ausgerufen –, gibt es keine politische Kraft, die die Brexit-Gegner derart binden könnte, dass man damit noch einmal ein starkes Gegengewicht zu den anstehenden Austrittsverhandlungen setzen könnte. Das ist meine Sorge. Ich habe die Sorge, dass diese Unterhauswahlen der Premierministerin noch einmal ein starkes Mandat für harte Brexit-Verhandlungen geben werden. Das ist Teil der großen Herausforderung, vor der wir stehen.

Die EU der 27 geht mit einer klaren Linie in die Verhandlungen, die jetzt anstehen. Für uns ist völlig klar: Oberste Maxime ist, dass wir uns in diesen Verhandlungen mit Großbritannien nicht auseinanderdividieren lassen. Das wird seitens Großbritanniens da und dort versucht. Dazu darf es nicht kommen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Das Zweite: Heute ist mehrfach angeklungen – auf Deutsch oder auf Englisch –, dass es Rosinenpickerei oder Cherry-Pi-

cking nicht geben darf. Deshalb ist die Antwort des Präsidenten des Europäischen Rats, Tusk, richtig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Wir werden zunächst die Austrittsverhandlungen führen. Erst wenn die Scheidungsgespräche abgeschlossen sind, werden wir in einer zweiten Stufe darüber befinden, in welcher Weise wir künftig mit Großbritannien zusammenarbeiten. Wir wollen zuerst das eine zum Abschluss bringen, Rechtsklarheit und Rechtssicherheit schaffen, und danach in einem zweiten Schritt überlegen, auf welche Weise wir künftig gute Beziehungen zu Großbritannien pflegen.

Es kann nicht sein, bereits jetzt, im Zuge der Austrittsverhandlungen, darüber zu befinden, wo man sich weiterhin die Vorteile der Europäischen Union sichert. Wer sich für den Ausstieg entschieden hat, der muss ihn zunächst einmal auch in allen Konsequenzen realisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Bullinger?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wenn es hilft!)

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Bitte schön.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Dr. Bullinger, bitte.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ich hätte das vielleicht auch an einer anderen Stelle fragen können. Es geht ja auch darum, dass ein erheblicher Teil der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die bei uns wohnen, noch die britische Staatsbürgerschaft haben. Ich denke gerade an den Fall eines hervorragenden Beamten im Wirtschaftsministerium. Ist auch entsprechend zu berücksichtigen, welche Möglichkeiten diese Menschen haben? Nicht dass man dann womöglich diese Bürger aufgrund dieser Fehlentscheidung in Großbritannien abstraft.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Das war das Ergebnis eines Gesprächs, das wir in London mit Vertretern des Oberhauses geführt haben: Von dort wird der Anspruch erhoben, dass die in Großbritannien lebenden Europäer in gleicher Weise rechtssicher behandelt werden, wie es unser Anspruch ist, dass die Briten, die bei uns – auch in Baden-Württemberg – leben – das sind etwa 11 000 bis 12 000 Bürger –, Rechtssicherheit bekommen.

Wir erleben durchaus den einen oder anderen Einbürgerungsantrag von Briten, die ihr Schicksal jetzt selbst in die Hand nehmen und für klare Rechtsverhältnisse sorgen, weil sie nicht wissen, inwieweit sich durch die Austrittsverhandlungen Rahmenbedingungen verändern können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch im Beamtenrecht?)

– Bitte?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch im Beamtenrecht?)

(Minister Guido Wolf)

– Auch im Beamtenrecht, aber da sind sicherlich noch Details zu klären.

Es geht also jetzt darum, Rechtssicherheit für heute zu schaffen, und erst dann darum, die Verhältnisse von morgen zu gestalten.

Wir haben mit dieser Kabinettsvorlage zur Brexit-Folgenabschätzung frühzeitig die Initiative ergriffen, in einer ersten Stufe, Kollege Dr. Weirauch, natürlich erst einmal eine Analyse anzustellen, inwieweit Länder wie Baden-Württemberg von diesem Brexit überhaupt betroffen sind. Denn es ist unser Anspruch, gegenüber der Bundesregierung zu verdeutlichen, dass die Verhandlungen über die Folgen des Brexits auch Wirkungen bis hinein in die Länder haben.

Deswegen ist auf Initiative Baden-Württembergs auf der Europaministerkonferenz eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht worden, die im Bundesrat einstimmig beschlossen worden ist. Sie beinhaltet, dass die Länder im Rahmen der Brexit-Verhandlungen eine transparente Beteiligung wollen, um sich in diese Gespräche einbringen zu können. Denn die Auswirkungen kommen auch bei uns an, und deshalb müssen wir mit an den Beratungs- und Verhandlungstisch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir wollen in den kommenden Wochen und Monaten in einer weiteren Runde eine interministerielle Arbeitsgruppe einrichten, die aufgesetzt auf dieser Kabinettsvorlage jetzt konkret formuliert, wie es in den einzelnen Bereichen weitergeht, wie wir uns aus baden-württembergischer Sicht einbringen. Themen sind das Aufenthaltsrecht, gewerberechtliche Erlaubnisse, Umsatzsteuerregeln, Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung – ein ganz entscheidender Bereich, bei dem die Gefahr besteht, dass wir Baden-Württemberger durch den Brexit erhebliche Nachteile erleiden. Das alles sind die Punkte, die wir jetzt erst einmal innerhalb des Landes in enger Zusammenarbeit mit den Häusern der Landesregierung aufarbeiten und aufbereiten, um dann in den anstehenden Gesprächen auf Bundesebene unsere Länderinteressen deutlich zu machen.

Ich sage offen: Die Euphorie des Bundes, was Länderbeteiligung angeht, hält sich da noch in Grenzen. Die Beteiligung muss hart erarbeitet werden. Aber wir werden da nicht nachlassen und unsere Rechte behaupten.

Ein letzter Punkt, meine Damen und Herren: Es geht jetzt darum, die Brexit-Verhandlungen mit viel Aufmerksamkeit und sicherlich auch einem guten Nervenkostüm zu begleiten. Das wird Kräfte binden. Es ist davon die Rede, dass im Rahmen der Brexit-Verhandlungen über 20 000 Gesetze geändert werden müssen oder zumindest daraufhin überprüft werden müssen, ob sie einer Änderung bedürfen. Hinter der Frage, wie man das alles in dem durch den EU-Vertrag vorgesehenen Zeitrahmen von zwei Jahren erreichen will, steht für viele noch ein großes Fragezeichen. Aber das ist jetzt der Zeitdruck, und das ist die Vorgabe, um diese Verhandlungen zu führen.

Wir werden auch darauf achten und es ist unser Anliegen, dass diese Verhandlungen nicht durch irgendwelche unnötigen Rängeleien, Durchstechereien, Nickligkeiten, wie wir sie in den letzten Tagen und Wochen erlebt haben, belastet werden. Ich glaube, die Europäische Union und Großbritannien wären

besser beraten, sich auf Verhandlungen in der Sache zu konzentrieren. Gegenseitige Verletzungen werden uns jetzt nicht weiterhelfen. Denn am Ende wird das Vereinigte Königreich, unser NATO-Verbündeter und Mitglied in zahlreichen europäischen wie internationalen Organisationen, doch unser Partner bleiben –

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

zwar nicht mehr in der Europäischen Union, aber in einem Europa, das in einer immer kleiner werdenden Welt immer enger zusammenrücken sollte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Gedeon.

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Oh nein! – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Brüssel wähnt sich auf hohem Ross. Mitunter droht man den Briten sogar. Viele meinen, die Briten würden es bald bereuen, dass sie die Austrittsentscheidung getroffen haben. Ich glaube das nicht. Ich glaube, dass eher wir diejenigen sind, die, wenn wir so weitermachen, bald bereuen werden, dass wir nicht eine grundsätzliche Änderung unserer Politik vorgenommen haben. Denn die Briten sind in der EU nicht nur unser Partner, sondern der zweitgrößte Nettozahler. Was bedeutet das konkret? Dass auf den größten Nettozahler – das ist bekanntlich Deutschland – ganz erhebliche Belastungen zukommen. Es ist sehr schwer vorstellbar, dass wir dies noch so ohne Weiteres stemmen können.

Die Briten haben ihre Entscheidung auch nicht aus einer Laune heraus getroffen, sondern sie haben das ganz klare Empfinden, dass es mit dem „Kontinent“ – sie sprechen ja nicht einmal von „Europa“ – immer mehr nach unten, immer weiter abwärts geht. Sie verstehen das ganz in dem Sinn wie der amerikanische CIA-Chef Michael Hayden, der auch einige Jahre in Europa war und gesagt hat, dass Deutschland spätestens 2020 nicht mehr regierbar sein wird.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer hat das gesagt?)

– Der Chef der CIA hier in Europa.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Sie lachen sich krank. Gut, lachen Sie sich krank. Vielleicht vergeht Ihnen irgendwann das Lachen. Ich hoffe nicht, dass es Ihnen vergeht.

Das ist also die Situation, meine Damen und Herren. Daher müssen wir ganz andere Konsequenzen ziehen, als sie hier üblicherweise angedacht werden – nicht m e h r Integration, sondern w e n i g e r Integration,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ein Quatsch!)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

viel weniger Integration, im Wesentlichen eine Rückkehr zu den Rahmenbedingungen der alten EG. Das sollte die Schlussfolgerung sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 16/1797. Der Ausschuss für Europa und Internationales schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/1639, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe nochmals **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Gewährleistung offener Kommunikation und Identifizierbarkeit – Drucksache 16/896

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/1944

Berichterstatter: Abg. Dr. Bernhard Lasotta

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

Beteiligt haben sich 128 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 32 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 96 Abgeordnete gestimmt.*

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/896 ist damit abgelehnt.

(Abg. Anton Baron AfD: Schade!)

*

Mit J a haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Heiner Merz, Dr. Jörg Meuthen, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Räßle, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden, Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon, Claudia Martin.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus

Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Raimund Haser, Peter Hauk, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Paul Nemeth, Christine Neumann, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Felix Schreiner, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulstlei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Gabi Rolland, Dr. Nils Schmid, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölflle.

*

Nun kommen wir zur Abstimmung über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Integration, Drucksache 16/1944. Der Ausschuss für Soziales und Integration schlägt Ihnen vor, den Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/897, für erledigt zu erklären. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neutralität bei Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes – Drucksache 16/1954

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/1994

Berichterstatter: Abg. Reinhold Gall

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich dem Kollegen Filius für die Fraktion GRÜNE das Wort.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Go!)

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vieles zum Gesetzentwurf wurde bereits in der ersten Lesung im Plenum am 3. Mai 2017 und auch im Ständigen Ausschuss gesagt. Lassen Sie mich trotzdem nochmals ein paar Worte zu den Ausführungen meiner Kolleginnen und Kollegen der Opposition und zu dem Änderungsantrag sagen.

Es geht dabei um die Differenzierung zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern. Natürlich haben ehrenamtliche Richterinnen und Richter das gleiche Stimmrecht bei zu treffenden Urteilen oder Entscheidungen wie Berufsrichterinnen und Berufsrichter und müssen ebenso neutral sein. Wir schätzen die Arbeit der vielen Ehren-

(Jürgen Filius)

amtlichen ungemein und sind dankbar dafür, dass sie mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zu einem funktionierenden Rechtsstaat in unserem Land leisten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das Verbot religiöser Symbole stellt aber einen nicht zu unterschätzenden Eingriff in die verfassungsmäßig garantierte Glaubens- und Bekenntnisfreiheit dar. Wir wollen daher eine minimalinvasive Maßnahme, das heißt eine Beschränkung auf den Bereich, in dem ein Verbot wirklich notwendig ist. Ich denke, das ist hier mit diesem Gesetzentwurf auch gelungen.

Auch wenn Hauptamtliche und Ehrenamtliche dasselbe Stimmrecht haben und neutral sein müssen, gibt es nämlich durchaus Unterschiede, die in diesen Überlegungen eine Rolle spielen müssen. Durch Schöffinnen und Schöffen in einem Strafverfahren soll die Bevölkerung einbezogen werden. § 36 Absatz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes sieht sogar ausdrücklich eine Beteiligung aller Gruppen der Bevölkerung vor – ja, im Namen des Volkes. Nach den gesetzgeberischen Erwägungen dient das dazu, die Transparenz der Gerichtsentscheidung gegenüber der Öffentlichkeit zu fördern. Ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Fachgerichtsbarkeit werden vor allem aufgrund ihrer besonderen Kenntnisse aus der Praxis und wegen ihres Sachverständnisses berufen.

Allen ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern ist gemein, dass sie eine neue Perspektive in die Verfahren einbringen und unsere Demokratie sowie unseren Rechtsstaat bereichern. Sie repräsentieren die Gesellschaft bzw. ihren Fachbereich in allen Facetten. Einen vergleichbaren Eingriff sehen wir daher nicht als zweckdienlich an.

Eine solche Unterscheidung zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen ist übrigens nicht so ungewöhnlich, wie das behauptet wird. Bei der Amtstracht wird bekanntlich auch in den meisten Fällen differenziert. In vielen Verfahrensarten ist die Richterrobe nicht für Ehrenamtliche vorgesehen. Es ist schon bisher eine optisch hervorgehobene Stellung für Berufsrichter üblich.

Warum daher nun eine solche Differenzierung teilweise als völlig fernliegend dargestellt wird, kann ich hier nicht nachvollziehen. Das muss man jeweils nochmals anders bewerten.

Die Sitzungsleitung obliegt allein den Berufsrichterinnen und Berufsrichtern. Ehrenamtliche Richterinnen und Richter kennen in vielen Fällen die schriftlichen Akten nicht, und bei einer richterlichen Vernehmung sind Zeugen auch nur von den Berufsrichtern zu vernehmen. Es hat also schon immer Unterschiede gegeben. Das wollten wir hier einfach noch einmal festhalten. Insofern ist diese Unterscheidung angezeigt und auch verfassungskonform.

Eines ist trotz der neuen Regelung klar: Die bisherigen rechtsstaatlichen Grundsätze gelten natürlich weiter auch für Laienrichter und Laienrichterinnen. Darauf habe ich schon in der letzten Rede hingewiesen – Stichwort „Befangenheit und Mäßigungsgebot“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ist eine gute und durchdachte Lösung gefunden worden. Die Neutralität der Gerichte wird weiterhin gewahrt, ohne hier Rechte der Bekenntnis- und Religionsfreiheit un-

verhältnismäßig einzuschränken. Meine Fraktion wird dem Gesetzentwurf heute zustimmen. Dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP wird meine Fraktion daher nicht folgen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Kollegen Dr. Lasotta das Wort.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen, verehrte Kolleginnen! Mit der zweiten Lesung zum Neutralitätsgesetz vollenden wir ein wichtiges Gesetzesvorhaben, das die dritte Gewalt in unserem Staat betrifft und das auch zu einer großen öffentlichen Diskussion geführt hat. Es stärkt das Vertrauen in die Justiz, in die Unabhängigkeit, die Neutralität unserer Justiz, in die unparteiische Wahrheitsfindung. Deswegen wird ein Kernelement unseres Staates gestärkt, indem Richtern und Staatsanwälten verboten wird, politische, weltanschauliche oder religiöse Symbole zu tragen.

Jeder Anschein einer mangelnden Neutralität vor Gericht muss vermieden werden. Unser Staat handelt neutral. Darauf können auch die Bürger vertrauen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist ein Märchen!)

Die Regelung zum Verbot politischer, religiöser und weltanschaulicher Symbole für Richter und Staatsanwälte ist sinnvoll und geboten und stellt einen guten Kompromiss dar, den die Koalition der Mitte aus CDU und Grünen gefunden hat. Wie ja schon unser Ministerpräsident sagt: Der politische Kompromiss ist schon ein Wert an sich. Oder wie unser stellvertretender Ministerpräsident, der immer Müntefering zitiert, sagt: Wer den politischen Kompromiss nicht versteht, hat das Wesen der Demokratie nicht verstanden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nicht in jedem Fall!)

Deswegen steht die CDU zu diesem Kompromiss. Es ist eine Selbstverständlichkeit, diese Neutralität vor Gericht auch auszudrücken.

Wie in der ersten Lesung möchte ich auch jetzt nicht verhehlen, dass wir, die CDU-Landtagsfraktion, das Verbot auch gern für ehrenamtliche Richterinnen und Richter sowie Schöffen mitgetragen hätten. Wir glauben, dass es nicht ein bisschen Neutralität gibt. Es gibt einen einheitlichen Spruchkörper. Jeder Richter hat eine Stimme. Die Schöffen können auch einen Richter überstimmen, wenn sie anderer Meinung sind. Deswegen glauben wir, dass es in der Abwägung durchaus legitim ist, die Bedenken, die die Grünen geäußert haben, voranzustellen. Das ist ein Kompromiss, der vertretbar ist. Wir hätten es, wenn wir es als CDU hätten alleine regeln können, jedoch anders gesehen, weil wir eine andere Gewichtung hineingebracht hätten.

Dennoch ist es vertretbar, weil auch Ehrenamtliche ihre Erfahrungen aus der Gesellschaft, aus dem Arbeitsleben abbilden und hierdurch mit besonderen Regelungen gebunden sind. Die Mäßigung im Amt gilt natürlich weiterhin.

(Dr. Bernhard Lasotta)

Dass es da durchaus unterschiedliche Auffassungen gibt, hat im Übrigen auch die Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung im November gezeigt, Herr Binder, in der Sie sich dahin gehend geäußert haben, dass man vielleicht ehrenamtliche Schöffen heraushalten müsste.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Daher kann durchaus ein Wandlungsprozess in der Meinung stattfinden. Insofern ist die Frage, wie Ihre Anträge zu verstehen sind. Sind diese inhaltlich motiviert, oder sind sie eher politisch motiviert, um einen Keil in die Koalition der Mitte zu treiben?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Zwischen uns passt kein Keil!)

Da die Arbeit mit der grünen Landtagsfraktion dermaßen vertrauensvoll ist

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das können wir bestätigen!)

und wir uns auch auf dem Weg zu einer gesellschaftlichen Debatte befinden, wie insgesamt mit dem Kopftuch in unserer Gesellschaft umzugehen ist, haben wir da größtes Vertrauen in unseren Koalitionspartner, dass wir uns auch auf diesem Weg – oft ist der Weg das Ziel – auf einer guten Diskussions-ebene befinden.

Auf jeden Fall ist das vorliegende Gesetz vertretbar

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nicht politisch!)

und aus unserer Sicht auch verfassungskonform.

Ich glaube schon, dass die gesellschaftliche Debatte über das Tragen des islamischen Kopftuchs, die Frage, in welchen Bereichen hier Rechte in der Gesellschaft als Religionsfreiheit gelten können und in welchen Bereichen eine strikte Neutralität zu wahren ist, eine wichtige Diskussion ist. Sie wird uns auch bezogen auf das Schulgesetz noch beschäftigen, weil die entsprechenden Verfassungsgerichtsurteile vorliegen und wir hier eine Änderung vornehmen müssen. Auch aus den Gruppierungen selbst werden die Diskussionen angestoßen. Viele Frauenrechtlerinnen und viele Muslime, die das Kopftuch als ein nicht nur religiöses, sondern auch politisches Symbol thematisieren und ablehnen, müssen wir ernst nehmen und uns dieser gesellschaftlichen Debatte stellen.

Nochmals: Ich bin froh, dass diese Koalition der Mitte

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Da lacht er ja selbst! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

einen guten Kompromiss gefunden hat.

Schauen Sie doch mal, welchen großen Anteil diese Koalition an Wählern hat und was sie repräsentiert! Das ist die Mitte der Gesellschaft: CDU und Grüne oder Grüne und CDU,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

und das ist die Koalition der Mitte. Wir haben die Kraft, zu gestalten und zu wirken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut, Bernhard!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erlaube ich Herrn Kollegen Klos das Wort.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Herr Präsident, wertige Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir debattieren diesen Gesetzentwurf der Koalition heute zum zweiten Mal. Er kommt aber leider, nachdem er den Ständigen Ausschuss passiert hat, in völlig unveränderter Form zurück. Ich sage „leider“, weil sämtliche Fachverbände den gleichen Kritikpunkt aufgreifen wie unisono auch sämtliche Oppositionsfraktionen: die Trennung zwischen Berufsrichtern und ehrenamtlich tätigen Richtern. Diese ist sachlogisch nicht gerechtfertigt.

(Abg. Anton Baron AfD: „Kompromiss“!)

Sie tragen das hier als Kompromiss vor. Ein Kompromiss ist, wenn ich 100 will, wenn ich etwas verkaufe, und jemand mir 80 bietet und ich dann bei 90 lande.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das ist ein Kuhhandel!)

Aber Sie haben jetzt Folgendes gemacht. Sie sagen: Hier ist Justitia – wir kennen sie mit Binde und mit Waage –, und dann kommen die Grünen und nehmen die Waage weg.

Und das heißt dann: „Kompromiss“; ein Kompromiss hat einen Wert an sich. – Entschuldigung, das ist kein Kompromiss; das ist einfach nur Unsinn. Das sagt einem schon der gesunde Menschenverstand.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Folgen nehmen Sie billigend in Kauf, und diese Folgen sieht man schon jetzt: Unruhe in der Richterschaft – deutliche Unruhe in der Richterschaft –, und bei Urteilen haben wir jetzt die Gefahr, dass wegen der Besorgnis der Befangenheit viel öfter diese Urteile angegriffen werden können. Das heißt, Sie haben zusätzlich auch noch Rechtsunsicherheit. Aus einem Konzept, das insgesamt stimmig war, haben die Grünen etwas gemacht, was nicht mehr so stimmig ist – auch eine Leistung!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Änderungsanträge von SPD und FDP/DVP gehen genau in die Richtung, in die auch meine Kritik in der Ersten Beratung zielte. Insofern werden wir diesen Anträgen natürlich zustimmen – was nichts nützen wird, weil die Grünen und die Schwarzen

(Ein Abgeordneter niest.)

– Gesundheit, Kollege –

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Da kann man ja nur krank werden! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Das kommt vom Feinstaub! Stuttgarter Feinstaub!)

hier die Mehrheit haben. Insofern hätte man sich diese Anträge auch sparen können.

Dem Gesetzentwurf werden wir auch zustimmen, weil er vom Grundsatz her in die richtige Richtung geht und weil dessen Vorteile die Nachteile überwiegen.

(Rüdiger Klos)

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das ist z. B. auch ein wunderbarer Kompromiss, dieses Abstimmungsverhalten!)

Aber einen Punkt würde ich hier nun doch gern konzentriert betrachten. Herr Dr. Lasotta, Sie haben gesagt, Sie hätten den Grünen nachgegeben. Aber warum haben die Grünen denn das gefordert? Da muss man mal ein bisschen in die Geschichte der Grünen schauen. Und die Geschichte der Grünen ist in vielen Teilen keine gute.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sehr kinderfreundlich! Vor allem die Frühgeschichte ist kinderfreundlich!)

Die Grünen hatten nämlich immer eine grundsätzlich linke Ideologie. Das ist die Wahrheit über ihre Partei. Sie sind in die Parlamente eingezogen, indem sie das Gewaltmonopol des Staates infrage gestellt haben. Sie haben sich damals hingestellt und haben gesagt: Gewalt gegen Sachen ist in Ordnung. Bei der Frage von Gewalt gegen Personen waren sie sich auch nicht so ganz einig.

(Zuruf von den Grünen: Ach wo!)

Ihr Außenminister als Steinewerfer und Brandsatzwerfer

(Lachen bei den Grünen)

ist ins Parlament eingezogen. Sie greifen permanent die ethisch-moralischen Grundlagen dieser Gesellschaft an.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Fragen Sie mal Ihren Freund Horst Mahler!)

Was Sie jetzt machen, ist genau das Gleiche. Sie wollen die Islamisierung Deutschlands. Sie wollen den politischen Islam nicht bekämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Und da Sie ihn nicht bekämpfen wollen, haben Sie jetzt der CDU Knüppel zwischen die Beine geworfen. Das ist der wahre Grund. Aus diesem Grund haben Sie das gemacht und aus keinem anderen.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den Grünen – Zurufe)

Wenn ich mir all das ansehe, was Sie so treiben in Ihrem Kontrollwahn, der sogar so weit geht, dass Sie den Leuten vorschreiben wollen,

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wann und was sie zu essen haben, dann, muss ich sagen, zeigt dies ganz klar: Sie wollen die deutschen Werte abschaffen. Die AfD wird sich dagegen stellen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Gott sei Dank! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie wollen sogar Deutschland abschaffen!)

Und da Sie diesen linken Kontrollwahn in jeglicher Ausprägung permanent hier in diesen Landtag hineinbringen, wird deutlich: Sie bilden die Basis der Ideologie für diese populis-

tischen linken Strömungen. Wenn es jemals eine linkspopulistische Gruppierung gegeben hat, dann sind Sie das, Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden verhindern, dass sich die Grünen wie ein verwesender Algent Teppich über dieses Land verbreiten.

(Lebhafte Heiterkeit bei der AfD)

Denn über diesem verwesenden Algent Teppich ist der Himmel, und der Himmel ist blau, meine Freunde.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Anscheinend nicht nur der Himmel! – Heiterkeit)

Vielen Dank. – Ich habe leider keine Zeit mehr.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs zur Neutralität

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

bei Gerichten und Staatsanwälten. Es geht also um die dritte Gewalt. Herr Klos, die Art und Weise, wie Sie diese wichtige Debatte um den Gesetzentwurf, bei dem es um die dritte Gewalt im Staat geht, für Ihre Tiraden nutzen, ist eine glatte Frechheit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Nun zum Gesetzentwurf, der durch die Anhörung sowie durch die Beratung im Ständigen Ausschuss, obwohl sich viele hierum bemüht haben, keine Besserung erfahren hat. Es gibt nach wie vor ein durchweg unterstützenswertes Ziel dieses Gesetzentwurfs, und zwar, ausgehend von dem Urteil in Augsburg eine Regelung zu finden. Denn das Gericht hat klar gesagt: Wir brauchen eine Gesetzesgrundlage, um für Neutralität zu sorgen.

Dieser Gesetzentwurf ist ein Kompromiss. Aber, Kollege Dr. Lasotta und Kollege Filius, es ist ja nicht so, dass nur in den Stellungnahmen der dritten Gewalt diese Unterscheidung kritisiert wird. Sie sagen sogar, dass dieser Kompromiss, der als Wert an sich gilt, eher zu mehr als zu weniger Problemen in der Justiz führen wird. Und genau das ist es, was wir Ihnen vorwerfen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich darf eine Stellungnahme aus der Justiz zitieren:

Es steht zu befürchten, dass die Unterscheidung zwischen Berufs- und Laienrichtern dazu führt, dass zukünftig Befangenheitsanträge gegen Schöffen mit Umständen begründet werden, die bislang unproblematisch waren.

(Sascha Binder)

Weitere Stellungnahmen sagen, man müsse sich sogar überlegen: Ist der Gesetzentwurf mit diesen Regelungen es überhaupt wert, verabschiedet zu werden? Denn dieses Gesetz würde weitere Probleme mit sich bringen, die Sie mit diesem Kompromiss bei der Justiz verursachen. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, ob man einen Regelungsbedarf hat oder nicht. Wenn man aber einen Regelungsbedarf erkennt – das hat diese Koalition einmütig getan; da war die Einmütigkeit noch vorhanden –, dann kann man nicht zu dem Ergebnis kommen, Laien- und Berufsrichter unterschiedlich zu behandeln. Herr Kollege Dr. Lasotta, dazu hatte ich bisher auch keine andere inhaltliche Auffassung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Heute erzählen Sie wirklich ein Märchen nach dem anderen. In dieser Podiumsdiskussion ging es um die Gesetzgebungskompetenz, um die Frage: Muss man es im Landesrecht regeln? Wäre es sogar besser, es vielleicht im GVG zu regeln? Darüber wurde diskutiert.

Kollege Lasotta, vielleicht sollten Sie Ihre Informanten besser wählen. Es wäre vielleicht auch ganz gut – am besten nehmen Sie den Kollegen Filius mit –, zur nächsten Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung einfach selbst zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Wenn Sie zur Konrad-Adenauer-Stiftung kommen!)

Da wir zwar die Zielrichtung richtig finden, aber in der Abwägung zu dem Ergebnis kommen, dass Sie mit diesem Gesetz mehr Probleme bei der dritten Gewalt schaffen, als Sie lösen, werden wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Sie schaffen für die dritte Gewalt Probleme, nur weil Sie sich nicht ordentlich einigen können. Wenn man keinen Kompromiss findet, dann lässt man es besser sein, als dem Landtag ein solches Gesetz vorzulegen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Weinmann das Wort.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Neutralität der Gerichte ist ein Wesensmerkmal unseres Rechtsstaats und Grundvoraussetzung einer funktionierenden Demokratie. Jeglicher Anschein einer Voreingenommenheit des Gerichts muss vermieden werden. Insoweit ist das Gericht nicht nur der hauptamtliche Richter, sondern der gesamte Spruchkörper. Daher muss diese Neutralität auch durch den entsprechenden Spruchkörper sichtbar werden. Für eine Differenzierung, wie sie hier vorgenommen wird, ist kein Raum. Diese ist weder geboten noch sachgerecht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Vielmehr ist das im Entwurf vorliegende Gesetz dazu geeignet, statt rechtlicher Klarheit – die durchweg zu begrüßen ist – rechtliche Unsicherheit zu erzeugen. So sind die geplanten

Regelungen schlechterdings ein fauler Kompromiss, der bekanntlich sowohl von den betroffenen Fachleuten vonseiten der Richterschaft als auch vonseiten der Schöffen entsprechend verrissen wurde.

Heute Vormittag hat genau an dieser Stelle unser Innenminister Thomas Strobl gesagt: Es gibt keine faulen Kompromisse. Aber, Kollege Dr. Lasotta, Sie haben es bei der ersten Lesung zutreffend gesagt: Ich bin entweder schwanger oder nicht schwanger. Ein bisschen schwanger gibt es nicht. Das ist das exemplarische Beispiel eines faulen Kompromisses,

(Zuruf von der SPD)

der nicht nur die Einheit der Justiz infrage stellt, sondern auch die Schöffinnen und Schöffen sowie die ehrenamtlichen Richter in ihrem – richtigen – Neutralitätsverständnis vor den Kopf stößt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, darf und sollte nicht Ihr Anspruch an diese Gesetzgebung sein.

Ich darf noch einmal an die Aussage unseres Ministerpräsidenten von heute früh erinnern: Erst kommt das, was richtig für das Land ist, und dann die Politik. Auch das zeigt, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird; mehr noch, es zeigt, dass dieser Kompromiss schonungslos offenlegt, dass Wunsch und Wirklichkeit in der eigenen Wahrnehmung deutlich differieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Wolf.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Gesetz zur Neutralität bei Gerichten und Staatsanwaltschaften hat uns nun in vielen Diskussionen und Beratungen sehr viel abverlangt. Wir haben gründlich miteinander verhandelt. Es gab unterschiedliche Ansätze, die wir auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin überprüft haben. Es gab auch aus den Regierungsfractionen heraus unterschiedliche Vorstellungen, wie wir die Frage der Neutralität bei Gerichten und Staatsanwaltschaften angehen.

Die Vorgeschichte ist bekannt. Aber der Gesetzentwurf, den wir Ihnen heute in der zweiten Lesung zur Abstimmung vorlegen, schafft Rechtssicherheit. Er wird dem Gebot der Neutralität und Objektivität in unseren Gerichtssälen gerecht, und er verhindert, dass Verfahrensbeteiligte aus ihrem Empfängerhorizont heraus das Gefühl haben müssten, dass jemand im Spruchkörper eines Gerichts entscheidet, der nicht wirklich politisch und religiös neutral ist.

Deshalb finde ich, dass dieses Gesetz ein gutes Gesetz ist. Es ist bemerkenswert, dass Baden-Württemberg das erste Bundesland ist, das einen solchen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht hat.

(Abg. Anton Baron AfD: Es ist ein absurdes Gesetz!)

(Minister Guido Wolf)

Während wir heute Morgen beim Thema Vollverschleierung immer darüber diskutiert haben, ob es einen Handlungsbedarf gibt – mit Verlaub, ich könnte ihn mir auch da vorstellen –, ist Handlungsbedarf in Sachen Neutralität bei den Gerichten jetzt unbestreitbar.

(Abg. Anton Baron AfD: Finden Sie das Gesetz gut?)

Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Augsburg aufgrund der Klage einer Referendarin, als Sitzungsvertreterin der Staatsanwaltschaft ein Kopftuch tragen zu dürfen, bedarf es einer gesetzlichen Ermächtigung, wenn man der Klägerin dies verbieten will. Daher war Handlungsbedarf gegeben. Dem sind wir in Baden-Württemberg gerecht geworden.

Diese Debatte zeigt unterschiedliche Ansätze. Lieber Kollege Binder, lieber Kollege Weinmann, ein bisschen muss ich schon schmunzeln: Das ist der Versuch, denke ich, bei einer auch von Ihnen als durchaus gutes Gesetz betrachteten Grundlage irgendwo doch noch das Haar in der Suppe zu suchen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ein ganzer Zopf! – Abg. Anton Baron AfD: Das ist jetzt nicht Ihr Ernst, oder? – Zuruf von der SPD: Ganze Haarbüschel liegen da drin! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie sich einmal vor Augen führen, dass schon heute an den Gerichten eine Unterscheidung vorgenommen wird, dann erkennen Sie, dass der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf durchaus plausibel und nachvollziehbar ist. Wir haben heute an den Gerichten Berufsrichterinnen und Berufsrichter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die nach dem Gesetz eine Amtstracht tragen. Das unterscheidet sie von den ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern.

(Glocke des Präsidenten)

Diese Unterscheidung erfolgt bewusst. Aus dieser Unterscheidung heraus kann man auch argumentativ begründen, dass es mit Blick auf die Amtstracht einer unterschiedlichen Bewertung bedarf.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binder?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Bitte schön, Kollege Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Minister, Sie haben gerade in Ihren Ausführungen gesagt, die Vertreter der Opposition hätten das Haar in der Suppe gesucht und wohl auch gefunden. Sie haben sicherlich zur Kenntnis genommen, dass wir – sowohl der Kollege Weinmann als auch ich – uns in unseren Reden auf die Anhörung bezogen haben, in der die gesamte Justiz genau diese Unterscheidung für falsch hält. Würden Sie die Stellungnahmen aus der Justiz zu Ihrem Gesetzentwurf als das Suchen und das Finden des Haars in der Suppe bezeichnen?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Ihr Kaprizieren auf diese Thematik ist für mich das Suchen nach dem Haar in der Suppe. Dass sich betroffene ehrenamtliche Richterinnen und Richter natürlich die Frage stellen, ob sie in diesem Prozess weniger wert sind als die Berufsrichter, verstehe ich. Darüber diskutieren wir mit den ehrenamtlichen Richtern

und Richtern auch. Denn jeder hat – das betone ich in dieser Debatte nochmals – ein volles Stimmrecht und ist vollwertiger Teil des Spruchkörpers.

Aber schon heute gilt, dass eben die Berufsrichterinnen und Berufsrichter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte Amtstracht tragen, während die Ehrenamtlichen auch in ihrem Erscheinungsbild ein Spiegelbild, ein Abbild der Gesellschaft sind.

Ich räume ein, dass man verfassungsrechtlich auch einen anderen Weg begründen könnte. Aber ich lege Wert auf die Feststellung, dass wir den Gesetzentwurf, den wir jetzt vorgelegt haben, auf seine Verfassungsmäßigkeit hin sauber überprüft haben und von dieser überzeugt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte schon noch eine Anmerkung machen. Kollege Klos, ich stehe ja nun nicht in Verdacht, ein übertriebener Verteidiger der Geschichte der Grünen zu sein.

(Heiterkeit des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das können wir bestätigen!)

Aber wenn sich hier jemand aus einer Fraktion zu solchen Behauptungen aufschwingt, die Mitglieder bei sich duldet, die das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnen, die in ihren Reihen Mitglieder hat, die Brandanschläge auf Asylbewerberheime als Form zivilen Ungehorsams bezeichnen, dann sage ich klar: Sie haben kein Recht, vor diesem Haus den moralischen Zeigefinger in Richtung anderer Parteien und Gruppierungen zu erheben.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich danke allen Beteiligten dafür, dass sie sich an diesem Gesetzgebungsprozess so intensiv beteiligt und eingebracht haben. Ich finde, das ist jetzt ein guter Weg.

(Abg. Anton Baron AfD: Lachnummengesetz!)

Es ist ein klares Signal, dass für uns Neutralität und Objektivität im Gerichtssaal ein hohes und nicht disponibles Gut sind. Damit werden wir dem Stellenwert, der Bedeutung unserer dritten Gewalt, der Rechtsprechung, in diesem Land gerecht.

Ich bitte Sie auch heute um Ihre Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1954.

(Abg. Anton Baron AfD begibt sich zu stellv. Präsident Wilfried Klenk und spricht ihn an.)

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

– Wir sind jetzt in der Abstimmung. Kann man das nächstes Mal etwas eher ansprechen?

Kollege Klos, Sie möchten eine persönliche Erklärung abgeben. Zur Abstimmung oder zur Zurückweisung eines Vorwurfs?

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Zurückweisung eines Vorwurfs!)

Bitte.

(Unruhe)

Abg. Rüdiger Klos AfD: Wo ist der Herr Minister? Ist er absent, oder ist er wieder an seinen Platz zurückgekehrt?

(Abg. Sascha Binder SPD: Es ist Abstimmung! Deshalb sitzt er auf seinem Abgeordnetenplatz! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Der Minister ist für die Abstimmung auf seinem Abgeordnetenplatz.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Wunderbar, dann sehe ich ihn.

Also, eine kurze Antwort auf Ihren Vorwurf. In der Tat hat Björn Höcke gesagt, dass es ein Mahnmal der Schande ist.

(Widerspruch – Zurufe: Nein! – Persönlicher Vorwurf! – Halt! – Abg. Sascha Binder SPD: Das geht nicht! – Glocke des Präsidenten)

Was damals – –

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollegen, die Sitzungsleitung habe ich. – Herr Kollege Klos, bei einer persönlichen Erklärung geht es um die Zurückweisung persönlicher Angriffe.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Wäre das in diesem Fall keiner?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das ist kein persönlicher Angriff gegen Sie.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Okay, gut.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Hinsetzen!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Alles gut.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Geschäftsordnung lesen! Da steht es genau drin! – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Wenn Sie bei der Wahrheit bleiben würden, dann wären wir uns einig! Das wäre einfacher!)

Also, dann fahren wir in der Abstimmung fort.

(Unruhe)

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/1994. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich den hierzu vorliegenden gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion der SPD und

der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2039, vor der Abstimmung über die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs insgesamt zur Abstimmung stelle? – Dies ist der Fall.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2039, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

(Unruhe)

Nun rufe ich auf

Artikel 1

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit

mit den Nummern 1 und 2.

Ich schlage Ihnen vor, dass ich Artikel 1 mit den Nummern 1 und 2 insgesamt zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Gesetzes über die Gerichte für Arbeits-sachen

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung

mit den Nummern 1 und 2. Ich schlage Ihnen vor, dass ich Artikel 3 mit den Nummern 1 und 2 insgesamt zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 3 ist damit zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

mit den Nummern 1 bis 3. Ich schlage Ihnen auch hier vor, dass ich Artikel 6 mit den Nummern 1 bis 3 insgesamt zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Wer Artikel 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. Mai 2017 das folgende Gesetz beschlossen“:

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Neutralität bei Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, wir stimmen zu! – Unruhe)

Wir kommen nun zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg – Bestätigung der Vertreterinnen/Vertreter und der Ersatzmitglieder, die seitens des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg e. V. vorgeschlagen wurden, sowie Bestätigung des Vertreters der kommunalen Landesverbände

Meine Damen und Herren, der Landtag hat am 18. Dezember 2013 das Gesetz zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V., Drucksache 15/4401, einstimmig beschlossen.

(Unruhe)

– Ich habe Zeit. – Nach Artikel 2 dieses Vertrags haben das Land und der Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V., einen gemeinsamen Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg errichtet.

Nach Artikel 2 Absatz 4 des Gesetzes sind heute zum zweiten Mal die in den Rat zu berufenden Mitglieder sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter durch den Landtag zu bestätigen. Hierbei handelt es sich um die seitens des Verbands Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V., vorgeschlagenen Personen und außerdem um einen Vertreter der kommunalen Landesverbände. Das Staatsministerium hat mit Schreiben vom 24. April 2017 die Vorschläge übermittelt. Die Liste der von Frau Staatssekretärin Schopper vorgeschlagenen und zu bestätigenden Personen ist den Fraktionen zugegangen und liegt auf Ihren Tischen (*Anlage*).

Wer der Bestätigung der in der Vorschlagsliste enthaltenen Personen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Bestätigung ist damit einstimmig zugestimmt, und die Berufung der vorgeschlagenen Personen in den Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg wird damit für eine Amtszeit von drei Jahren wirksam.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem die Fraktionen übereingekommen sind, Tagesordnungspunkt 8 abzusetzen und diesen Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung am 31. Mai zu setzen, sind wir damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, 11. Mai 2017, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:04 Uhr

Vorschlag für die Neubesetzung der Vertreterinnen und Vertreter des VDSR-BW und des Vertreters der kommunalen Landesverbände im Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg

Für den VDSR-BW:

Frau Magdalena Guttenberger, Ravensburg
Frau Jane Simon, Bildungsberaterin, Offenburg
Frau Melody Klibisch, Koordinierende Referentin für Bildung und Jugend, VDSR-BW, Neunußheim
Herr Romeo Franz, Geschäftsführer Hildegard-Lagrenne Stiftung, Mannheim
Herr Jakob Lehmann, Vorstand VDSR-BW, Stuttgart
Herr Daniel Strauß, Vorstandsvorsitzender VDSR-BW, Mannheim

Stellvertretende Mitglieder des VDSR-BW:

Herr David Weiss, stellv. Vorsitzender des VDSR-BW, Koordinierender Referent für Kultur und Gedenken, Neunußheim
Herr Jovica Arvanitelli, Koordinierender Referent für Inklusion und Soziales, VDSR-BW, Mannheim
Herr Jerome Weiss, Koordinator der Geschäftsstelle des VDSR-BW, Brühl
Herr Sony Kutscher, Vorstand VDSR-BW, Mannheim
Herr Aaron Weiss, freiberuflicher Referent für Kultur, Bildung und Geschichte, Neunußheim
Frau Chana Dischereit, Koordinierende Referentin für Politik und Gesellschaft, wissenschaftliche Assistentin der Geschäftsstelle, VDSR-BW, Mannheim

Für die kommunalen Landesverbände:

Herr Bürgermeister Ulrich von Kirchbach, Freiburg im Breisgau